

DANIEL DÜRRSCHMIDT

»Personenmehrheiten« im
individualrechtlich geprägten
Staat-Bürger-Verhältnis

Jus Publicum

339

Mohr Siebeck

JUS PUBLICUM
Beiträge zum Öffentlichen Recht

Band 339



Daniel Dürschmidt

„Personenmehrheiten“ im
individualrechtlich geprägten
Staat-Bürger-Verhältnis

Mohr Verlag

Daniel Dürrschmidt, geboren 1975; Studium der Rechtswissenschaften (Universität Bayreuth), Promotion (Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg), Aufbaustudium (University of Sydney) und Habilitation (Ludwig-Maximilians-Universität München); Lehrstuhlvertretungen an der Ludwig-Maximilians-Universität München und weiteren Universitäten.

ISBN 978-3-16-164442-9 / eISBN 978-3-16-164443-6
DOI 10.1628/978-3-16-164443-6

ISSN 0941-0503 / eISSN 2568-8480 (Jus Publicum)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind über <https://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2026 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohrsiebeck.com

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Laupp & Göbel in Gomaringen gesetzt, von Druckerei Stückle in Ettenheim auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Spinner in Ottersweier gebunden.

Printed in Germany.

Vorwort

Die vorgelegte Schrift behandelt „Personenmehrheiten“, die in der Lebenswirklichkeit qualitativ heterogen und quantitativ in großer Zahl vorhanden sind. Diesem tatsächlichen Befund scheint die häufig angenommene individualrechtliche Prägung der Rechtsordnung und des Staat-Bürger-Verhältnisses zu widersprechen. Diesem Eindruck wird in der Schrift entgegengetreten. Es wird gezeigt, dass das Staat-„Bürger“-Verhältnis überindividualbezogenen Erweiterungen zugänglich und deshalb eine Einordnung von „Personenmehrheiten“ in dieses möglich ist.

Diese Schrift wurde im Sommersemester 2020 fertiggestellt und im Wintersemester 2020/21 von der Juristischen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München als Habilitationsschrift angenommen. Lehrstuhlvertretungen, Publikationsprojekte und bedauerlicherweise auch die Tücken der Technik (Literaturverwaltungsprogramm) haben die Veröffentlichung verzögert. Änderungen des Rechts sowie Neuauflagen zitierter Werke wurden bis einschließlich 2023 berücksichtigt. Punktuell wurden neue Gerichtsentscheidungen und Literaturquellen eingearbeitet.

Besonderen Dank schulde ich den beiden Gutachtern. Entgegen der chronologischen Reihenfolge der Gutachtenerstellung nenne ich zuerst Herrn Professor Dr. *Moris Lehner*, weil er mir durch die Möglichkeit zur Mitarbeit an seinem Lehrstuhl den Weg ins Habilitationsverfahren bereitet hat. Auch nach seiner Versetzung in den Ruhestand stand und steht er stets als Ratgeber und Mutmacher bereit und erstellte in kurzer Frist das Zweitgutachten. Dafür und für viele hilfreiche Erfahrungen, die ich während meiner Zeit an seinem Lehrstuhl machen durfte, danke ich herzlich. Ebenso herzlich danke ich seinem Nachfolger, Herrn Professor Dr. *Klaus-Dieter Driuen*, der nicht nur den Lehrstuhl, sondern auch mich als Mitarbeiter und „Schüler“ übernommen hat. Ich weiß es sehr zu schätzen, dass ich an seinem Lehrstuhl wie unter seinem Vorgänger über viele Jahre vielfältige Förderung erfahren und viele Freiräume eingeräumt bekommen habe, um diese Schrift abzuschließen und andere Vorhaben zu verwirklichen. Trotz vieler Aufgaben hat er nicht nur das Erstgutachten kurzfristig erstellt, sondern er stand und steht stets als kompetenter Gesprächspartner und Ratgeber sowie als Förderer zur Verfügung.

Danken möchte ich ferner Herrn Professor Dr. *Martin Burgi*, der mich als dasjenige Mitglied des Fachmentorats ohne steuerrechtlichen Hintergrund dabei unterstützt hat, ein öffentlich-rechtliches Profil zu bilden. Aufgrund der Vielzahl

von Kolleginnen und Kollegen sowie studentischen Hilfskräften während meiner Zeit am Lehrstuhl ist es mir nicht möglich, alle namentlich zu nennen. Ungeachtet dessen bin ich sehr dankbar für die jahrelange und vielfältige Unterstützung, die mir die Erstellung dieser Schrift erleichtert hat. Schließlich danke ich dem Verlag Mohr Siebeck, insbesondere der Programmleiterin Öffentliches Recht Frau *Daniela Taudt*, für die Aufnahme der Schrift in die Reihe „Ius Publicum“.

München, im Juli 2024

Daniel Dürrschmidt

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	IX
Abkürzungsverzeichnis	XLVII
Einleitung	1
Teil 1: Grundlagen: Begriffliche Abgrenzung und Typologie sowie individualrechtliche Prägung des Staat-Bürger-Verhältnisses . . .	21
Kapitel 1: Begriffliche Abgrenzung und Typologie	21
Kapitel 2: Individualrechtliche Prägung des Staat-Bürger-Verhältnisses als Ausgangspunkt und Grundsatz	145
Teil 2: Überindividualbezogene Erweiterungen des individualrechtlich geprägten Staat-Bürger-Verhältnisses	371
Kapitel 3: Grundlagen der überindividualbezogenen Erweiterungen des individualrechtlich geprägten Staat-Bürger-Verhältnisses	371
Kapitel 4: Überindividualbezogenheit der Grundrechte	383
Kapitel 5: Überindividualbezogenheit der Staatsstrukturmerkmale und Staatszielbestimmungen sowie weiterer verfassungsrechtlicher Vorgaben .	595
Kapitel 6: Systematisierung der Erkenntnisse zur Einordnung von „Personenmehrheiten“ in das individualrechtlich geprägte Staat-Bürger- Verhältnis und Folgefragen	619

Teil 3: Rechtsbereichsspezifische Konkretisierung der überindividualbezogenen Erweiterungen des Staat-Bürger- Verhältnisses	645
Kapitel 7: Grundlagen der rechtsbereichsspezifischen Konkretisierung der überindividualbezogenen Erweiterungen des Staat-Bürger-Verhältnisses .	645
Kapitel 8: Überindividualbezogenheit des Steuerrechts	647
Kapitel 9: Überindividualbezogenheit des Sozialrechts	740
Kapitel 10: Überindividualbezogenheit des Polizei- und Sicherheitsrechts	794
Kapitel 11: Überindividualbezogenheit des Wirtschaftsverwaltungsrechts	822
Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse (Thesen)	839
Literaturverzeichnis	853
Register	931

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungsverzeichnis	XLVII
Einleitung	1
<i>A. Problemstellung</i>	1
<i>B. Gegenstand und Gang der Untersuchung</i>	14
Teil 1: Grundlagen: Begriffliche Abgrenzung und Typologie sowie individualrechtliche Prägung des Staat-Bürger-Verhältnisses . . .	21
Kapitel 1: Begriffliche Abgrenzung und Typologie	21
<i>A. Allgemeines</i>	21
<i>B. (Einzel-)„Person“ – Begriff und Funktion</i>	22
I. Allgemeines	22
II. Funktion des Begriffs der „Person“	22
III. Begriff der „Person“ als außerjuristischer Begriff	24
1. Allgemeines	24
2. Herkunft (Etymologie) und Bedeutung (Semantik) des Worts „Person“	25
3. Begriff der „Person“ in der Philosophie	26
4. Begriff der „Person“ in der Medizin und Psychologie	29
5. Begriff der „Person“ in der Soziologie	30
IV. Begriff der „Person“ und synonyme Begriffe als Rechts- und Gesetzesbegriff	31
1. Allgemeines	31
2. „Personenbezug“ von Funktion und Geltungsgrund des Rechts .	32
a) Allgemeines	32
b) Funktion des Rechts als „Sollensordnung“	32
c) Geltungsgrund des Rechts und Rechtssubjektivität	34

3.	Begriff der „Person“ im einfachen Recht	36
a)	Allgemeines	36
b)	Begriff der „Person“ als Oberbegriff	36
c)	Herausgehobene Bedeutung „natürlicher“ „Personen“	37
d)	Synonyme zum Begriff der „Person“	38
e)	Einschränkende Konkretisierung des Begriffs der „Person“	38
f)	Abgrenzung zum Begriff des „Bürgers“	39
4.	Begriff der „Person“ im Verfassungsrecht	39
V.	Begriff der „Person“ im Sinne der Untersuchung	41
C.	„Personenmehrheit“ – Begriff und Funktion	42
I.	Allgemeines	42
II.	Funktion des Begriffs der „Personenmehrheit“	43
1.	Allgemeines	43
2.	Subjektiver Anknüpfungspunkt rechtlicher Regelungen	43
3.	Abgrenzung des Untersuchungsgegenstands	44
III.	Begriff der „Personenmehrheit“ als außerjuristischer Begriff	44
1.	Allgemeines	44
2.	Herkunft (Etymologie) und Bedeutung (Semantik) des Worts „Personenmehrheit“	45
3.	Begriff der „Personenmehrheit“ in der Philosophie	46
4.	Begriff der „Personenmehrheit“ in der Medizin und Psychologie	47
5.	Begriff der „Personenmehrheit“ in der Soziologie	47
IV.	Begriff der „Personenmehrheit“ und synonyme Begriffe als Rechts- und Gesetzesbegriff	48
1.	Allgemeines	48
2.	„Personenmehrheitsbezug“ von Funktion und Geltungsgrund des Rechts	49
a)	Allgemeines	49
b)	Funktion des Rechts als „Sollensordnung“	49
c)	Geltungsgrund des Rechts und Rechtssubjektivität	49
3.	Begriff der „Personenmehrheit“ im einfachen Recht	50
a)	Allgemeines	50
b)	Unterschiedliche Regelungszusammenhänge des Begriffs der „Personenmehrheit“	51
c)	Uneinheitliches Begriffsverständnis und weitere (Rechts-)Gebilde	52
4.	Begriff der „Personenmehrheit“ im Verfassungsrecht	53
V.	Begriff der „Personenmehrheit“ im Sinne der Untersuchung	54
1.	Allgemeines	54
2.	Annahme einer „Personenmehrheit“ (Abgrenzung auf erster Stufe) a) Allgemeines	55

b) Außerrechtliche inhaltliche Abgrenzungskriterien	55
aa) Allgemeines	55
bb) „Bezugssubjekt“ und „Bezugsobjekt“	58
(1) Allgemeines	58
(2) „Bezugssubjekt“	58
(3) „Bezugsobjekt“	59
(4) Zusammentreffen von „Bezugssubjekt“ und „Bezugsobjekt“	60
cc) „Emotionale Verbundenheit“ und biologische Abstammung	60
dd) „Gleichgerichtete oder gemeinsame Interessen“	61
ee) „Gleichgerichtetes oder gemeinsames Handeln“	63
ff) „Gemeinsamer religiöser Glaube“ und „gemeinsame Religionsausübung“	64
gg) Feststellung der Eigenschaft als „Personenmehrheit“ als Einzelfallentscheidung	65
c) Rechtliche Verfestigung	65
aa) Allgemeines	65
bb) Gründe der rechtlichen Verfestigung	65
cc) Quelle und Qualität der rechtlichen Verfestigung	67
d) Verhältnis der rechtlichen Verfestigung zu außerrechtlichen inhaltlichen Abgrenzungskriterien	68
aa) Allgemeines	68
bb) Sachliche Rechtfertigung rechtlicher Regelungen durch außerrechtliche inhaltliche Abgrenzungskriterien	68
cc) Erfüllung außerrechtlicher inhaltlicher Abgrenzungs- kriterien bei rechtlicher Verfestigung nicht erforderlich . .	69
dd) Rechtliche Verfestigung außerhalb des öffentlichen Rechts nicht zwingend	70
e) Verpflichtung des Gesetzgebers zur Schaffung einer rechtlichen Verfestigung	71
3. Rechtliche Verselbständigung einer „Personenmehrheit“ und eigene Rechtspersönlichkeit (Abgrenzung auf zweiter Stufe) . . .	72
a) Allgemeines	72
b) Rechtliche Verselbständigung	73
aa) Allgemeines	73
bb) Gründe der rechtlichen Verselbständigung	73
cc) Quelle und Qualität der rechtlichen Verselbständigung . .	74
c) Verhältnis von rechtlicher Verfestigung und rechtlicher Verselbständigung	75
d) Eigene Rechtspersönlichkeit rechtlich verselbständigter „Personenmehrheiten“	75

e) Verpflichtung des Gesetzgebers zur Schaffung einer rechtlichen Verselbständigung	76
f) Verhältnis rechtlich verselbständigter „Personenmehrheiten“ zu Mitgliedern	77
4. „Prototypen“ unterschiedlicher Kategorien von „Personenmehrheiten“	79
a) Allgemeines	79
b) „Familienverband“ als „Prototyp“ rechtlich verfestigter „Personenmehrheiten“ ohne rechtliche Verselbständigung	80
c) Personengesellschaften als „Prototyp“ rechtlich verselbständigter „Personenmehrheiten“ ohne eigene Rechtspersönlichkeit	81
d) Kapitalgesellschaften als „Prototyp“ rechtlich verselbständigter „Personenmehrheiten“ mit eigener Rechtspersönlichkeit	82
e) Sonderfall der sog. Einpersonen-Gesellschaften	83
5. Berücksichtigung rechtsbereichsspezifischer Besonderheiten und regelungsinteressenbezogene bzw. mikrorechtsbereichsspezifische Abgrenzung	84
6. Folgerung für den Begriff der „Personenmehrheit“ für die weitere Untersuchung	85
<i>D. „Staat-Bürger-Verhältnis“ und „Beteiligtenfähigkeit“</i>	85
I. Allgemeines	85
II. Begriff des „Staat-Bürger-Verhältnisses“	86
III. (Einzel-)„Personen“ als „Beteiligte“ am Staat-Bürger-Verhältnis	88
IV. „Personenmehrheiten“ als „Beteiligte“ am Staat-Bürger-Verhältnis	89
1. Allgemeines	89
2. Zusammenhang von rechtlicher Verselbständigung und Beteiligung am Staat-Bürger-Verhältnis	89
3. „Personenmehrheiten“ als Teil des „staatlichen“ Bereichs	89
<i>E. Typologie der „Personenmehrheiten“</i>	91
I. Allgemeines	91
II. Individualbezogene Betrachtung unter Berücksichtigung der Mitgliedschaft in „Personenmehrheit“ („Typ 1“)	92
1. Allgemeines	92
2. Bedeutung der rechtlichen Verfestigung und Verselbständigung	93
3. „Familienverband“ als „Musterbeispiel“	93
III. „Personenmehrheit“ als eigenständiges Rechtssubjekt („Typ 2“)	94
1. Allgemeines	94
2. Bedeutung der rechtlichen Verselbständigung und der eigenen Rechtspersönlichkeit	94
3. „Gesellschaften“ als „Musterbeispiel“	95

IV.	Typenübergreifende Fragestellungen	96
	1. Allgemeines	96
	2. Abgrenzung der „Typen“ und Gestaltungsfreiheit des Gesetzgebers	96
	3. Erfordernis einer rechtsbereichs- und mikrorechtsbereichsspezifischen Abgrenzung	97
	4. Verhältnis von „Personenmehrheiten“ zu ihren Mitgliedern	97
	5. Verhältnis der Mitglieder einer „Personenmehrheit“ zueinander	98
	6. „Personenmehrheiten“ als Mitglied anderer „Personenmehrheiten“	99
	a) Allgemeines	99
	b) Rechtlich verselbständigte „Personenmehrheiten“ („Typ 2“)	99
	als Mitglied	99
	aa) Allgemeines	99
	bb) Mitgliedschaft in rechtlich verselbständigter „Personenmehrheit“ („Typ 2“)	99
	cc) Mitgliedschaft in rechtlich nicht verselbständigter „Personenmehrheit“ („Typ 1“)	100
	(1) Allgemeines	100
	(2) Rechtlich nicht verselbständigte „Personenmehrheit“ („Typ 1“) mit „Dritten“	100
	(3) Rechtlich nicht verselbständigte „Personenmehrheit“ („Typ 1“) mit Mitgliedern der rechtlich verselbständigten „Personenmehrheit“ („Typ 2“)	100
	c) Rechtlich nicht verselbständigte „Personenmehrheiten“ („Typ 1“) als Mitglied	101
	<i>F. Einordnung ausgewählter Erscheinungsformen mehrerer (Einzel-)„Personen“ als „Personenmehrheit“ und „Beteiligte“ am „Staat-Bürger-Verhältnis“</i>	
		102
I.	Allgemeines	102
II.	Schuldner- und Gläubigermehrheiten, Gemeinschaften und Haftung für fremde Schulden	102
	1. Allgemeines	102
	2. Schuldner- und Gläubigermehrheiten, insbesondere Gesamtschuldner- und -gläubigerschaften	103
	a) Allgemeines	103
	b) Schuldnermehrheiten	103
	c) Gläubigermehrheiten	104
	3. Gemeinschaften	105
	4. Haftung für fremde Schulden	105
III.	Rechtsnachfolge als „zeitlich gestreckte Personenmehrheit“	106
IV.	Kommunikationsvorgänge	107

1. Allgemeines	107
2. Beteiligte an Kommunikationsvorgang als „Personenmehrheit“	108
3. Nutzen und Bedürfnis einer „Personenmehrheit“ aus Beteiligten an Kommunikationsvorgang	109
4. „Personenmehrheit“ als Teilnehmer auf einer Seite des Kommunikationsvorgangs	111
V. „Homogene Gruppe“ im Rahmen der Sonderabgabendogmatik	113
VI. „Juristische Personen“ des Zivil- und des öffentlichen Rechts	113
1. Allgemeines	113
2. „Juristische Personen“ des Zivilrechts	116
3. „Juristische Personen“ des Öffentlichen Rechts	117
4. Bundesstaat der Bundesrepublik Deutschland und Staatenverbund der Europäischen Union	119
VII. Solidargemeinschaften	120
1. Allgemeines	120
2. Solidargemeinschaften im Grundsicherungs-/Sozialhilfe- und Sozialversicherungsrecht	121
a) Allgemeines	121
b) Finanzierungsquellen der sozialrechtlichen Solidargemeinschaft	121
c) Solidargemeinschaft keine „Personenmehrheit“ im Staat-Bürger-Verhältnis	122
aa) Allgemeines	122
bb) Gesamtheit der Steuerpflichtigen („Steuerzahler“)	122
cc) Mitglieder der Sozialversicherungssysteme	123
3. Solidargemeinschaften in anderen Bereichen	125
VIII. Politische Parteien	125
IX. Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, insbesondere Gewerkschaften, sowie sonstige Verbände	127
X. Religionsgemeinschaften	128
XI. „Unternehmen“ und „Konzern“ als Rechtsbegriff und personeller Anknüpfungspunkt für Regelungen	132
1. Allgemeines	132
2. „Unternehmen“	132
3. „Konzern“	134
XII. Wettbewerbs- und Konkurrenzsituationen	135
XIII. „Allgemeinheit“, „Gemeinwesen“, „Gemeinwohl“, „Gesellschaft“, „Öffentlichkeit“ und zusammengesetzte Begriffe mit Adjektiv „öffentlich“	137
1. Allgemeines	137
2. Eigenschaft als „Personenmehrheit“	137
a) Allgemeines	137
b) „Öffentlichkeit“ und Adjektiv „öffentlich“ als Begriffsbestandteil	137

c) „Allgemeinheit“, „Staatsvolk“ sowie „Frauen“ und „Männer“	139
d) „Gemeinwohl“	139
e) „Gesellschaft“ und „Zivilgesellschaft“	141
f) „Gemeinwesen“	142
3. Funktional keine Einordnung in das Staat-Bürger-Verhältnis möglich	143
XIV. „Personenmehrheiten“ als „Gegenstand“ von Berechtigungen	143

Kapitel 2: Individualrechtliche Prägung des Staat-Bürger-Verhältnisses als Ausgangspunkt und Grundsatz 145

A. Allgemeines 145

B. (Einzel-)„Personen“ im demokratischen, rechtsstaatlich-freiheitlichen und sozialen Bundesstaat im Allgemeinen 147

I. Allgemeines 147

II. Individualbezogenheit des einfachen Rechts 148

III. Grundlagen der rechtlichen Verbindlichkeit der Ausübung von Staatsgewalt 148

1. Allgemeines 148

2. Begriff und Wesen des Staats als Grundlage der Ausübung von Staatsgewalt 148

a) Allgemeines 148

b) Staatsbegriff in außerjuristischen Wissenschaftsdisziplinen 149

 aa) Allgemeines 149

 bb) Politikwissenschaftlicher Staatsbegriff 149

 cc) Soziologische, sittliche und (rechts-)philosophische Staatsbegriffe 150

c) Juristischer Staatsbegriff 150

 aa) Allgemeines 150

 bb) Merkmale des juristischen Staatsbegriffs und Vorrechtlichkeit 151

 cc) Insbesondere rechtspositivistisch motiviertes Staatsverständnis von Kelsen 152

 dd) Bestimmung der Reichweite staatlicher Gewalt 153

d) Staatlichkeit im Bundesstaat und Eigenstaatlichkeit der (Bundes-)Länder 154

e) Staatlichkeit und kommunale sowie sonstige Selbstverwaltung 154

f) Staatlichkeit im Prozess der europäischen Integration 155

g) Staatlichkeit in der Völkergemeinschaft 155

h) Zurechnung hoheitlicher Maßnahmen zum Staat 156

3. Legitimation staatlicher Gewalt durch Gemeinwohlorientierung und weitere verfassungsrechtliche Grenzen 156

a) Allgemeines	156
b) Legitimation staatlicher Gewalt durch Gemeinwohlorientierung	157
c) Weitere verfassungsrechtliche Grenzen aus Grundrechten sowie Staatsstrukturmerkmalen und Staatszielbestimmungen	158
4. Mehrdimensionale Teilung der Staatsgewalt	161
5. Recht als Mittel der Ausübung von Staatsgewalt	161
IV. Grundrechte als „Prototyp“ individualbezogener Grenzen staatlicher Gewalt	163
1. Allgemeines	163
2. Rechtsquellenunabhängige Individualbezogenheit der Grundrechte	164
a) Allgemeines	164
b) Grundgesetz	164
c) Verfassungen der (Bundes-)Länder	164
d) Unionsrecht	165
e) Völkervertragsrecht	166
3. Auslegung der Grundrechte	167
4. Subjektiv-rechtliche Dimension der Grundrechte als unmittelbar wirkende individualbezogene Grenze staatlicher Gewalt	168
a) Allgemeines	168
b) Individualbezogenheit der subjektiv-rechtlichen Dimension der Grundrechte	169
aa) Allgemeines	169
bb) Menschenrechtliche Verwurzelung als Grund der Individualbezogenheit der Grundrechte	170
(1) Allgemeines	170
(2) Bezug der Grundrechte auf „einzelne Menschen“ im nationalen und internationalen Kontext aus historischer Sicht	170
(3) Menschenrechtliche Verwurzelung im Text der Grundrechte des Grundgesetzes	172
(4) Menschenrechtliche Verwurzelung und Vorrecht- bzw. -staatlichkeit im nationalen und internationalen Kontext	174
cc) Grundrechte als konstitutionalisierte vorrecht- bzw. -staatliche Garantien	176
dd) Bedeutung der Konstitutionalisierung von Grundrechten für das Staat-Bürger-Verhältnis	177
ee) Existenz des Art. 19 Abs. 3 GG als weiterer Beleg für Individualbezogenheit	178
ff) Individualbezogenheit als Gegensatz zum nationalsozialistischen „Kollektivismus“	179

gg) Individualbezogenheit kein Ausdruck von „Individualismus“	180
hh) Folgerungen aus der Individualbezogenheit der subjektiv-rechtlichen Dimension der Grundrechte	181
c) Funktionen und Wirkungen der subjektiv-rechtlichen Dimension der Grundrechte	182
aa) Allgemeines	182
bb) Abwehrrechte	183
cc) Leistungs- und Teilhaberechte	183
dd) Beteiligungsrechte	184
ee) Schutzpflichten	185
ff) Verfahrensmäßige Absicherung	185
gg) Grundpflichten	186
hh) Insbesondere Steuern zwischen Grundrechten und Grundpflichten	188
(1) Allgemeines	188
(2) Steuerstaatliche Grundpflichten	188
(3) Grundrechtliche Grenzen und „Steuern als Preis der Freiheit“ bzw. Sozialbindung des Eigentums nach Art. 14 Abs. 2 GG	190
d) Grundrechte als subjektive Rechte	191
e) Individualbezogenheit der Freiheits- und Gleichheitsgrundrechte	192
f) Schranken als Voraussetzung für Rechtfertigung von Grundrechtseingriffen	192
g) Schranken-Schranken als Grenze für Rechtfertigung von Grundrechtseingriffen	193
5. Objektiv-rechtliche Dimension der Grundrechte als mittelbar wirkende individualbezogene Grenze staatlicher Gewalt	194
a) Allgemeines	194
b) Individualbezogenheit der objektiv-rechtlichen Dimension der Grundrechte	194
c) Funktionen und Wirkungen der objektiv-rechtlichen Dimension der Grundrechte	196
aa) Allgemeines	196
bb) Negative Kompetenznormen	196
cc) Institutsgarantien	197
dd) Grundrechte als Elemente der Gesamtrechtsordnung	198
ee) Konstituierung einer objektiven Wertordnung und „mittelbare Drittwirkung“	199
ff) Grundrechtlicher Gesetzesvorbehalt	200

6.	Verhältnis von subjektiv- und objektiv-rechtlicher Dimension der Grundrechte	201
7.	Konzeptionelle Individualbezogenheit nichtgrundgesetzlicher Grundrechte	202
V.	Grenzen staatlicher Gewalt im demokratischen, rechtsstaatlich-freiheitlichen und sozialen Bundesstaat des Grundgesetzes	202
1.	Allgemeines	202
2.	Auslegung der Staatsstrukturmerkmale und Staatszielbestimmungen	204
3.	Zusammenspiel von objektiv-rechtlichen Staatsstrukturmerkmalen und Staatszielbestimmungen sowie subjektiv-rechtlichen Grundrechten	205
4.	Rechtsstaatsprinzip als individualbezogene objektiv-rechtliche Garantie	208
a)	Rechtsstaatsprinzip als staatstragendes Prinzip	208
b)	Individualbezogenheit des materiellen Rechtsstaatsprinzips	209
aa)	Allgemeines	209
bb)	Bedeutung der Grundrechte für rechtsstaatliche „Gerechtigkeit“ und Entwicklung vom „liberalen“ zum „sozialen“ Rechtsstaat	210
cc)	Verhältnismäßigkeitsprinzip als Ausgleichsmechanismus für Rechtspositionen	212
dd)	Vertrauensschutz und Rechtssicherheit	213
c)	Individualbezogenheit des formellen Rechtsstaatsprinzips	215
aa)	Allgemeines	215
bb)	Vorrang und Vorbehalt des Gesetzes	215
cc)	Freiheitssichernde Funktion der „horizontalen“ Gewaltenteilung	216
d)	Individualbezogenheit der Anforderungen an das Verfahrens- und Prozessrecht	217
e)	Folgerungen aus der Individualbezogenheit des Rechtsstaatsprinzips	217
5.	Sozialstaatsprinzip als individualbezogene objektiv-rechtliche Garantie	218
a)	Sozialstaatsprinzip als staatstragendes Prinzip	218
b)	Individualbezogenheit des materiellen Gehalts des Sozialstaatsprinzips	218
aa)	Allgemeines	218
bb)	Menschenwürdiges Leben, soziale Sicherheit und sozialer Ausgleich als individualbezogene Zielsetzung des Sozialstaatsprinzips	219
cc)	Bedeutung im Verhältnis zu anderen Staatsstrukturmerkmalen und Staatszielbestimmungen	220

dd) Bedeutung der Grundrechte	221
c) Folgerungen aus der Individualbezogenheit des Sozialstaatsprinzips	223
6. Demokratieprinzip als individualbezogene objektiv-rechtliche Garantie	223
a) Demokratieprinzip als staatstragendes Prinzip	223
b) Individualbezogenheit des Demokratieprinzips	224
c) Folgerungen aus der Individualbezogenheit des Demokratieprinzips	226
d) Demokratische Beteiligung als Rechtmäßigkeitsvoraussetzung rechtlicher Regelungen	227
7. Bundesstaatsprinzip als individualbezogene objektiv-rechtliche Garantie	228
a) Bundesstaatsprinzip als staatstragendes Prinzip	228
b) Individualbezogenheit des Bundesstaatsprinzips und freiheitssichernde Funktion durch „vertikale“ Gewaltenteilung	229
c) Weitere Ausprägungen der Individualbezogenheit und Folgerungen	230
d) Verteilungsregelungen für die Gesetzgebungs-, Verwaltungs- und Rechtsprechungskompetenz	230
8. „Allgemeinheit“, „Gemeinwesen“, „Gemeinwohl“, „Gesellschaft“, „Öffentlichkeit“ und zusammengesetzte Begriffe mit Adjektiv „öffentlich“	230
VI. Verantwortung und Entscheidungsfreiheit als einfach- und verfassungsrechtliche Vorgaben	231
1. Allgemeines	231
2. Verantwortung	231
a) Allgemeines	231
b) Beziehungsgeflecht eines allgemeinen Verantwortungsmodells	234
aa) Allgemeines	234
bb) „Träger“ der Verantwortung („wer“)	235
cc) „Gegenstand“ der Verantwortung („für was“)	235
dd) „Begünstigter“ der Verantwortung („für wen“)	236
c) Einfach- und verfassungsrechtliche Dimension der Verantwortung	236
d) Individualbezogenheit im Beziehungsgeflecht eines allgemeinen Verantwortungsmodells im rechtlichen Kontext	237
aa) Allgemeines	237
bb) „Träger“ der Verantwortung („wer“)	237
cc) „Gegenstand“ der Verantwortung („was“)	238
dd) „Begünstigter“ der Verantwortung („für wen“)	238
3. Entscheidungsfreiheit	239

a) Allgemeines	239
b) Struktur eines allgemeinen Modells der Entscheidungsfreiheit .	239
c) Einfach- und verfassungsrechtliche Dimension der Entscheidungsfreiheit	240
d) Individualbezogenheit im Modell der Entscheidungsfreiheit .	241
VII. Bedeutung verfahrensrechtlicher Regelungen für (Einzel-)„Personen“	241
1. Allgemeines	241
2. Gesetzgebungsverfahren	242
3. Verwaltungsverfahren	242
4. Gerichtsverfahren	243
a) Allgemeines	243
b) Fachgerichtlicher Rechtsschutz	243
c) Verfassungsgerichtlicher Rechtsschutz	244
d) Rechtsschutz durch unionale und internationale Gerichte . . .	244
VIII. Individualgerichtlichkeit des Staat-Bürger-Verhältnisses und Folgerungen für weitere Untersuchung	245
<i>C. Rechtsbereichsspezifische Konkretisierung der individualrechtlichen Prägung des Staat-Bürger-Verhältnisses</i>	
I. Allgemeines	246
II. Individualbezogenheit des Steuerrechts	246
1. Allgemeines	246
2. Abgrenzung des Steuerrechts vom Recht der Gebühren, Beiträge und Sonderabgaben und dessen Individualbezogenheit	248
a) Allgemeines	248
b) Staatliche Leistung als Grund und Maßstab für Gebühren und Beiträge	249
c) „Besondere Finanzierungsverantwortung“ als limitierende Voraussetzung von Sonderabgaben	250
3. Steuerrecht als einfaches Recht	251
a) Allgemeines	251
b) Verhältnis des Steuerrechts zum Zivilrecht	252
c) Steuerrecht als Eingriffsrecht	253
d) Steuerarten und ihre Wesensmerkmale	254
e) Individualbezogenheit im Internationalen Steuerrecht	255
4. Grundsatz der Individualbesteuerung im einfachen und im Verfassungsrecht	256
a) Allgemeines	256
b) Grundsatz der Individualbesteuerung als rechtlicher und zugleich finanzwissenschaftlicher Grundsatz	257
c) Wesen und Inhalt des rechtlichen Grundsatzes der Individualbesteuerung	258

d) Verfassungsrechtliche Verwurzelung des Grundsatzes der Individualbesteuerung	260
e) Relative Inhaltslosigkeit des Grundsatzes der Individualbesteuerung und Bedeutung der Freiheitsgrundrechte	261
f) Spezielle Konstellationen	263
aa) Allgemeines	263
bb) Fremdbestimmte Steuerwirkungen und Grundsatz der Individualbesteuerung	263
cc) Korrespondenzprinzip und Grundsatz der Individualbesteuerung	266
dd) Steuerrechtliche Zurechnungsentscheidungen und Grundsatz der Individualbesteuerung	268
(1) Allgemeines	268
(2) Zurechnungsentscheidung als Voraussetzung für Besteuerung nach individueller wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit	268
(3) Zurechnungsentscheidung als Voraussetzung für ausgewogene zwischenstaatliche Aufteilung von Steuersubstrat	269
ee) Rechtsnachfolge	270
g) Grundsatz der Individualbesteuerung außerhalb des Einkommensteuerrechts	271
aa) Allgemeines	271
bb) Körperschaftsteuerrecht	272
cc) Gewerbesteuerrecht	273
dd) Umsatzsteuerrecht	274
5. Individuelle wirtschaftliche Leistungsfähigkeit als Maßstab für Bemessung der Steuerbelastung im einfachen und im Verfassungsrecht	276
a) Allgemeines	276
b) Leistungsfähigkeitsprinzip als zugleich rechtliches und finanzwissenschaftliches Prinzip	277
c) Wesen und Inhalt des rechtlichen Leistungsfähigkeitsprinzips	278
d) Inhaltliche Konkretisierung des Leistungsfähigkeitsprinzips .	281
aa) Allgemeines und Konkretisierungsbedürftigkeit	281
bb) Nettoprinzip	281
(1) Allgemeines	281
(2) Objektives Nettoprinzip	282
(3) Subjektives Nettoprinzip	282
(4) Vereinfachungsregelungen	284
cc) Steuergerechtigkeit	284
(1) Allgemeines	284

(2) Horizontale Steuergerechtigkeit	285
(3) Vertikale Steuergerechtigkeit	285
dd) Zufluss-/Abfluss- und Realisationsprinzip	286
e) Verfassungsrechtliche Verwurzelung des Leistungsfähigkeitsprinzips	287
aa) Allgemeines	287
bb) Verfassungstradition des Leistungsfähigkeitsprinzips	288
cc) Verfassungsrechtliche Verwurzelung des Leistungsfähigkeitsprinzips im Grundgesetz	290
(1) Allgemeines und Konkretisierungsbedürftigkeit	290
(2) Nettoprinzip	292
(a) Allgemeines	292
(b) Objektives Nettoprinzip	292
(c) Subjektives Nettoprinzip	293
(d) Vereinfachungsregelungen	293
(3) Steuergerechtigkeit	294
(a) Allgemeines	294
(b) Horizontale Steuergerechtigkeit	294
(c) Vertikale Steuergerechtigkeit	295
dd) Folgerichtigkeitsgebot als gleichheitsrechtliche Vorgabe zur Effektivierung des Leistungsfähigkeitsprinzips	296
(1) Allgemeines	296
(2) Gleichheitsrechtliche Verwurzelung	297
(3) Insbesondere Folgerichtigkeitsgebot und objektives Nettoprinzip	297
ee) Widerspruchsfreiheit der Rechtsordnung	298
ff) Freiheitsgrundrechte	299
gg) Sonstige verfassungsrechtliche Verwurzelung	299
f) Spezielle Konstellationen	301
aa) Allgemeines	301
bb) Fremdbestimmte Steuerwirkungen und Leistungsfähigkeitsprinzip	301
cc) Korrespondenzprinzip und Leistungsfähigkeitsprinzip	301
dd) Steuerrechtliche Zurechnungsentscheidungen und Leistungsfähigkeitsprinzip	302
(1) Allgemeines	302
(2) Zurechnungsentscheidung als Voraussetzung für Besteuerung nach individueller wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit	302
(3) Zurechnungsentscheidung als Voraussetzung für ausgewogene zwischenstaatliche Aufteilung von Steuersubstrat	303

e)	Rechtsnachfolge im Steuerrecht	305
g)	Leistungsfähigkeitsprinzip außerhalb des Einkommensteuerrechts	306
aa)	Allgemeines	306
bb)	Körperschaftsteuerrecht	306
cc)	Gewerbesteuerrecht	307
dd)	Umsatzsteuerrecht	310
6.	Bedeutung der Freiheitsgrundrechte als weiterer Konkretisierungsmaßstab	312
7.	Weitere individualbezogene verfassungsrechtliche Vorgaben für Besteuerung von (Einzel-)„Personen“	315
a)	Allgemeines	315
b)	Rechtsstaatliche Anforderungen an die Besteuerung	315
c)	Sozialstaatliche Anforderungen an die Besteuerung	316
d)	Verteilungsregelungen der bundesstaatlichen Finanzverfassung für die Gesetzgebungs-, Verwaltungs- und Rechtsprechungs- kompetenz sowie für die Ertragshoheit für Steuern	316
aa)	Allgemeines	316
bb)	Schutz- und Begrenzungsfunktion der Finanzverfassung	317
cc)	Keine rechtsausgestaltende und kaum limitierende Funktion	317
dd)	Vermeidung einer Überbelastung der Steuerpflichtigen nach Art. 106 Abs. 3 S. 4 Nr. 2 GG keine Ausnahme	318
e)	Besteuerung und demokratische Legitimation	319
8.	Verantwortung im Kontext steuerstaatlicher Steuerrechtfertigung	322
a)	Allgemeines	322
b)	Verantwortung des Staats im Steuerstaat des Grundgesetzes	322
c)	Verantwortung der Steuerpflichtigen im Steuerstaat des Grundgesetzes	323
9.	Entscheidungsfreiheit im Bereich des Steuerrechts	326
10.	Verfahrensrecht	328
III.	Individualbezogenheit des Sozialrechts	329
1.	Allgemeines	329
2.	Sozialrecht als einfaches Recht	330
a)	Allgemeines	330
b)	Verhältnis von Sozialrecht und Zivilrecht	331
c)	Sozialrecht als Leistungs- und zugleich Eingriffsrecht	333
aa)	Allgemeines	333
bb)	Sozialrecht als Leistungsrecht	333
cc)	Sozialrecht als Eingriffsrecht	334
d)	Verhältnis von Sozialrecht und Steuerrecht	335
aa)	Allgemeines	335

bb) Verhältnis von Grundsicherungs-/Sozialhilfe- und Steuerrecht	336
cc) Verhältnis von Sozialversicherungs- und Steuerrecht	336
e) Individualbezogenheit im Internationalen Sozialrecht	337
3. Soziale Gerechtigkeit und soziale Sicherheit als individualbezogene Aufgabe des einfachen Sozialrechts	339
a) Allgemeines	339
b) Grundsicherungs- und Sozialhilferecht	339
c) Sozialversicherungsrecht	341
aa) Allgemeines	341
bb) Beiträge zu Sozialversicherungssystemen	342
cc) Leistungen aus Sozialversicherungssystemen	343
4. Soziale Gerechtigkeit und soziale Sicherheit als grundrechtsflankierte sozialstaatliche Vorgabe	344
a) Allgemeines	344
b) Verfassungsrechtliche Verwurzelung	344
c) Inhaltliche Konkretisierung	346
5. Weitere individualbezogene verfassungsrechtliche Vorgaben für die Ausgestaltung des Sozialrechts	347
a) Allgemeines	347
b) Rechtsstaatliche Anforderungen an das Sozialrecht	347
c) Demokratische Legitimation und Sozialrecht	348
6. Verantwortung im Bereich des Sozialrechts	348
a) Allgemeines	348
b) Verantwortung des „Bürgers“	348
c) Verantwortung des Staats	350
7. Entscheidungsfreiheit im Bereich des Sozialrechts	351
8. Verfahrensrecht	351
IV. Individualbezogenheit des Polizei- und Sicherheitsrechts	352
1. Allgemeines	352
2. Abgrenzung zum Straf- und Strafverfahrensrecht	352
3. Polizei- und Sicherheitsrecht als einfaches Recht	354
4. Polizei- und sicherheitsrechtliche Verantwortlichkeit und Ermessensausübung im einfachen Recht als Beleg für Individualbezogenheit	354
a) Allgemeines	354
b) Polizei- und sicherheitsrechtliche Verantwortlichkeit als personeller Anknüpfungspunkt	355
c) Individualbezogene Gesichtspunkte im Rahmen der Ermessensausübung	356
5. Grundrechtliche Anforderungen an Rechtmäßigkeit polizei- und sicherheitsrechtlicher Maßnahmen	357

a) Allgemeines	357
b) Freiheitsrechtliche Anforderungen	357
c) Gleichheitsrechtliche Anforderungen, insbesondere Lastengleichheit	358
d) Schutzpflichten und Untermaßverbot	360
6. Weitere individualbezogene verfassungsrechtliche Vorgaben für die Ausgestaltung des Polizei- und Sicherheitsrechts	361
a) Allgemeines	361
b) Rechtsstaatliche Anforderungen	361
c) Demokratische Legitimation polizeilichen Handelns	362
d) Kostenersatz und Steuerstaat	362
7. Verantwortung und Entscheidungsfreiheit im Bereich des Polizei- und Sicherheitsrechts	362
8. Verfahrensrecht	363
V. Individualbezogenheit des Wirtschaftsverwaltungsrechts	363
1. Allgemeines	363
2. Wirtschaftsverwaltungsrecht als einfaches Recht	364
3. Individualbezogenheit im einfachen Recht	364
4. Individualbezogenheit verfassungsrechtlicher Vorgaben	365
5. Verantwortung und Entscheidungsfreiheit im Bereich des Wirtschaftsverwaltungsrechts	367
6. Verfahrensrecht	368
7. Individualbezogenheit der „Verkammerung“ wirtschaftlich tätiger Rechtsträger	368

Teil 2: Überindividualbezogene Erweiterungen des
individualrechtlich geprägten Staat-Bürger-Verhältnisses 371

Kapitel 3: Grundlagen der überindividualbezogenen Erweiterungen
des individualrechtlich geprägten Staat-Bürger-Verhältnisses . . . 371

A. Allgemeines 371

B. Überindividualbezogenheit des einfachen Rechts 372

C. Grundlagen der rechtlichen Verbindlichkeit der Ausübung von
Staatsgewalt 374

I. Allgemeines 374

II. Begriff und Wesen des Staats als Grundlage der Ausübung von
Staatsgewalt 374

 1. Allgemeines 374

 2. Merkmale des juristischen Staatsbegriffs 374

3. Insbesondere rechtspositivistisch motiviertes Staatsverständnis von Kelsen	375
III. Legitimation staatlicher Gewalt durch Gemeinwohlorientierung und weitere verfassungsrechtliche Grenzen	375
1. Allgemeines	375
2. Legitimation staatlicher Gewalt durch Gemeinwohlorientierung	376
3. Weitere verfassungsrechtliche Grenzen aus Grundrechten sowie Staatsstrukturmerkmalen und Staatszielbestimmungen	376
IV. Mehrdimensionale Teilung der Staatsgewalt	376
V. Recht als Mittel zur Ausübung von Staatsgewalt	376
<i>D. Grundrechte mit konzeptionell überindividualbezogenen Gewährleistungen</i>	377
<i>E. Grenzen staatlicher Gewalt im demokratischen, rechtsstaatlich-freiheitlichen und sozialen Bundesstaat des Grundgesetzes</i>	377
<i>F. Verantwortung und Entscheidungsfreiheit als einfach- und verfassungsrechtliche Vorgaben</i>	378
<i>G. Bedeutung verfahrensrechtlicher Regelungen für „Personenmehrheiten“</i>	378
I. Allgemeines	378
II. Gesetzgebungsverfahren	378
III. Verwaltungsverfahren	379
IV. Gerichtsverfahren	379
<i>H. Gestaltungsfreiheit des Gesetzgebers für „personenmehrheitsbezogene“ Regelungen und verfassungsrechtliche Grenzen</i>	381
<i>I. Bedeutung gesetzgeberischer Entscheidungen im Hinblick auf Vorgaben im Grundgesetz</i>	381
<i>J. Rechtsbereichsspezifische Konkretisierung der punktuellen Überindividualbezogenheit der Vorgaben aus übergeordnetem Recht</i>	382
Kapitel 4: Überindividualbezogenheit der Grundrechte	383
A. Allgemeines	383
B. Konzeptionelle Überindividualbezogenheit bestimmter Grundrechte außerhalb der „Grundrechtsträgerschaftserweiterung“ aus Art. 19 Abs. 3 GG	384
I. Allgemeines	384
II. Grundlagen der Struktur konzeptioneller Überindividualbezogenheit bestimmter Grundrechte	384

1.	Allgemeines	384
2.	Erkennbarkeit und Notwendigkeit konzeptioneller Überindividualbezogenheit bestimmter Grundrechte	384
3.	Dogmatische Verortung konzeptioneller Überindividualbezogenheit bestimmter Grundrechte	386
	a) Allgemeines	386
	b) Persönlicher Schutzbereich („Grundrechtsträgerschaft“)	386
	c) Sachlicher Schutzbereich	388
	d) Rechtfertigung	389
4.	Konzeptionelle Überindividualbezogenheit der Grundrechte und ihre subjektiv- und objektiv-rechtliche Dimension	390
5.	Funktionen und Wirkungen der konzeptionellen Überindividualbezogenheit	392
III.	Konzeptionelle Überindividualbezogenheit und Grundrechtsauslegung	392
IV.	Inhaltliche Begründung konzeptioneller Überindividualbezogenheit bestimmter Grundrechte	395
1.	Allgemeines	395
2.	Wesen bestimmter Grundrechte und menschenrechtliche Verwurzelung als Grundlage konzeptioneller Überindividualbezogenheit	395
3.	Objektiv-rechtliche Dimension der Grundrechte als Grund konzeptioneller Überindividualbezogenheit bestimmter Grundrechte	398
4.	„Transsubjektive“ Seite der Grundrechte mit konzeptioneller Überindividualbezogenheit	400
5.	Einordnung in größere Zusammenhänge, insbesondere Zuordnung zu Grundrechtstheorien	401
6.	Konkretisierung der konzeptionellen Überindividualbezogenheit	404
V.	Konkretisierung konzeptioneller Überindividualbezogenheit bestimmter Freiheitsgrundrechte	406
1.	Allgemeines	406
2.	Schutz individueller Betätigung mit Bezug zu anderen (Einzel-)„Personen“	407
3.	Schutz kollektiver Betätigung	409
	a) Allgemeines	409
	b) „Kommunikationsgrundrechte“, insbesondere Meinungsfreiheit (Art. 5 Abs. 1 S. 1 GG) und Versammlungsfreiheit (Art. 8 Abs. 1 GG)	410
	c) Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Art. 10 Abs. 1 GG) und „Computergrundrecht“ (Art. 2 Abs. 1 i. V. m. Art. 1 Abs. 1 GG)	413

4.	Schutz von Bildung, Bestand und Betätigung von „Personenmehrheiten“	414
a)	Allgemeines	414
b)	Besonderer Schutz der staatlichen Ordnung für Ehe und Familie (Art. 6 Abs. 1 GG)	416
c)	Vereinigungsfreiheit (Art. 9 Abs. 1 GG)	417
aa)	Allgemeines	417
bb)	Abgrenzung der persönlichen Reichweite von der „Grundrechtsträgerschaftserweiterung“ aus Art. 19 Abs. 3 GG und beschränkte sachliche Reichweite als Folge	420
cc)	Rechtliche Verfestigung von „Vereinigungen“	422
dd)	Abgrenzung zu anderen Grundrechten und „Unternehmerfreiheit“	425
d)	Koalitionsfreiheit (Art. 9 Abs. 3 S. 1 GG)	427
5.	Mehrfache subjektive Schutzrichtung von Grundrechten („Doppelgrundrechte“)	429
a)	Allgemeines	429
b)	Grund und Wirkung der „Doppelgrundrechte“	430
c)	Eigenschaft als „Doppelgrundrecht“ als Folge konzeptioneller Überindividualbezogenheit bestimmter Grundrechte	431
d)	Bestimmung der inhaltlichen Reichweite von „Doppelgrundrechten“	432
e)	Ausblick auf die Bedeutung von Art. 19 Abs. 3 GG neben den „Doppelgrundrechten“	433
6.	Konzeptionelle Überindividualbezogenheit von „inpersonalen Grundrechten“	433
7.	Grundrechtliche „Schutzdefizite“	434
8.	Berücksichtigung von Grundrechtseingriffen und daraus folgenden Belastungen bei anderen Rechtsträgern	435
a)	Allgemeines	435
b)	Berücksichtigung von Grundrechtseingriffen bei anderen Rechtsträgern	435
c)	„Mittelbare“ bzw. „faktische“ „personenmehrheitsbezogene“ Belastungen	437
VI.	Konkretisierung konzeptioneller Überindividualbezogenheit bestimmter Gleichheitsgrundrechte	441
1.	Allgemeines	441
2.	Gesamtheit der und Gruppen innerhalb der Gleichheitssatzberechtigten	441
3.	Vergleichsgruppen bei Anwendung der „Gruppenvergleichsformel“ („neue Formel“)	442

4. Gleichheitsgrundrechte und Behandlung der Mitglieder einer „Personenmehrheit“	443
a) Allgemeines	443
b) „Personenmehrheitsbedingte“ Belastungen	443
c) „Personenmehrheitsbedingte“ Entlastungen	444
5. Überindividualbezogene gesetzgeberische Belastungsentscheidungen und Folgerichtigkeitsgebot	446
a) Allgemeines	446
b) Überindividualbezogene Belastungsentscheidungen als Bezugspunkt des Folgerichtigkeitsgebots	447
c) Durchbrechung des Folgerichtigkeitsgebots als Ungleichbehandlung und ihre Rechtfertigung	448
6. Besonderer Schutz der staatlichen Ordnung für „Ehe“ und „Familie“ aus Art. 6 Abs. 1 GG	450
VII. Folgerungen für weitere Untersuchung	452
VIII. Konzeptionelle Überindividualbezogenheit bestimmter nichtgrundgesetzlicher Grundrechte	453
C. „Grundrechtsträgerschaftserweiterung“ aus Art. 19 Abs. 3 GG als (scheinbare) „Ausnahme“ von der grundsätzlichen Individualbezogenheit der Grundrechte	454
I. Allgemeines	454
II. „Personenmehrheiten“ als „juristische Personen“ im Sinne des Art. 19 Abs. 3 GG	457
III. Funktion und Wirkung der „Grundrechtsträgerschaftserweiterung“ aus Art. 19 Abs. 3 GG	458
IV. Inhaltliche Rechtfertigung der „Grundrechtsträgerschaftserweiterung“ aus Art. 19 Abs. 3 GG	460
V. Begriff der „inländischen juristischen Person“	462
1. Allgemeines	462
2. Begriff der „juristischen Person“ im Sinne des Art. 19 Abs. 3 GG	462
3. Begriff „inländisch“ und seine „personenmehrheitsbezogene“ Bedeutung	465
VI. „Wesensmäßige Anwendbarkeit“ der Grundrechte	467
1. Allgemeines	467
2. „Personales Substrat“	472
3. „Grundrechtstypische Gefährdungslage“	479
4. Relevanz und Folgen der unterschiedlichen Kriterien	482
VII. Bedeutung der „Grundrechtsträgerschaftserweiterung“ aus Art. 19 Abs. 3 GG für die objektiv-rechtliche Dimension der Grundrechte	483
VIII. „Grundrechtsträgerschaftserweiterung“ bei nichtgrundgesetzlichen Grundrechten	484

<i>D. Verhältnis der „Grundrechtsträgerschaftserweiterung“ aus Art. 19 Abs. 3 GG zu Grundrechten mit mehrfacher subjektiver Schutzrichtung („Doppelgrundrechte“)</i>	486
I. Allgemeines	486
II. Persönliche Reichweite	487
III. Sachliche Reichweite	488
IV. Weitere Grundrechte	489
<i>E. Grundrechtliche „Schutzdefizite“ bei „Personenmehrheiten“</i>	489
I. Allgemeines	489
II. Existenz grundrechtlicher „Schutzdefizite“ bei „Personenmehrheiten“	490
1. Allgemeines	490
2. „Schutzbedürftigkeit“ von „Personenmehrheiten“	490
3. „Schutzwürdigkeit“ von „Personenmehrheiten“	491
III. Faktische Bedeutung von „Personenmehrheiten“ in der Lebenswirklichkeit	493
1. Allgemeines	493
2. Feststellung der faktischen Bedeutung von „Personenmehrheiten“ in der Lebenswirklichkeit	496
3. Funktion und Wirkung der faktischen Bedeutung von „Personenmehrheiten“ in der Lebenswirklichkeit	500
4. Eignung der faktischen Bedeutung von „Personenmehrheiten“ in der Lebenswirklichkeit als Auslegungsmaxime	502
a) Allgemeines	502
b) Auslegungsrelevanz der Lebenswirklichkeit im Allgemeinen für die Verfassung, insbesondere die Grundrechte	502
aa) Allgemeines	502
bb) Zugriff auf die Problematik der Auslegungsrelevanz der Lebenswirklichkeit	503
cc) Vorfindlichkeit und Veränderung der Lebenswirklichkeit .	508
dd) Grenzen der Auslegungsrelevanz der Lebenswirklichkeit .	511
ee) Kritik an der Auslegungsrelevanz der Lebenswirklichkeit	514
c) Insbesondere „Personenmehrheiten“ in der Lebenswirklichkeit und Verfassung bzw. Grundrechte	516
aa) Allgemeines	516
bb) Grundrechte mit notwendiger konzeptioneller Überindividualbezogenheit	516
cc) Grundrechte ohne notwendig konzeptionelle Überindividualbezogenheit	518
dd) Vorfindlichkeit und Veränderung der faktischen Bedeutung von „Personenmehrheiten“ in der Lebenswirklichkeit . . .	519

ee)	Grenzen der Berücksichtigung der faktischen Bedeutung von „Personenmehrheiten“ in der Lebenswirklichkeit . . .	520
ff)	Kritik der Berücksichtigung der faktischen Bedeutung von „Personenmehrheiten“ in der Lebenswirklichkeit . . .	520
d)	Gestaltungsfreiheit des Gesetzgebers und ihre Grenzen	522
e)	Berücksichtigung der faktischen Bedeutung von „Personenmehrheiten“ in der Lebenswirklichkeit im Rahmen der Auslegung und ihre Grenzen	523
IV.	Eigenheiten des „Bezugspunkts“ zur Begründung des „Mehrerts“ von „Personenmehrheiten“	525
1.	Allgemeines	525
2.	Begriff und Funktion des „Bezugspunkts“ sowie beispielhafte Konkretisierung	525
a)	Allgemeines	525
b)	Begriff und Funktion des „Bezugspunkts“	526
c)	Beispiele zur Konkretisierung des „Bezugspunkts“	526
aa)	Allgemeines	526
bb)	„Allgemeinwohl“ als „Bezugspunkt“	527
cc)	Funktionsfähigkeit der (freiheitlichen) Rechts- und Wirtschaftsordnung als „Bezugspunkt“	527
(1)	Allgemeines	527
(2)	Rechtsordnung	527
(3)	Wirtschaftsordnung	528
dd)	Funktionsfähigkeit der politischen Ordnung als „Bezugspunkt“	531
ee)	Verwirklichung des Sozialstaatsprinzips als „Bezugspunkt“	532
ff)	Verwirklichung des Rechtsstaatsprinzips als „Bezugspunkt“	532
3.	„Bezugspunkt“ und Grundrechte anderer Grundrechtsträger . .	533
a)	Allgemeines	533
b)	Zusammenhang des „Bezugspunkts“ mit Grundrechten anderer Grundrechtsträger	533
aa)	Allgemeines	533
bb)	„Instrumentalisierung“ von Grundrechtsträgern	534
cc)	Rolle von „Personenmehrheiten“ hinsichtlich des Zusammenhangs von „Bezugspunkt“ und Grundrechten anderer Grundrechtsträger	536
dd)	Einordnung der Anerkennung grundrechtsrelevanter „Bezugspunkte“	536
c)	Bedeutung der Grundrechte anderer Grundrechtsträger für Beispiele zur Konkretisierung des „Bezugspunkts“	539
aa)	Allgemeines	539

bb) Funktionsfähigkeit der (freiheitlichen) Rechts- und Wirtschaftsordnung als „Bezugspunkt“	539
cc) Funktionsfähigkeit der politischen Ordnung als „Bezugspunkt“	540
dd) Verwirklichung des Sozialstaatsprinzips als „Bezugspunkt“	542
ee) Verwirklichung des Rechtsstaatsprinzips als „Bezugspunkt“	543
V. Vermeidung oder Behebung grundrechtlicher „Schutzdefizite“ durch „personenmehrheitsfreundliche Auslegung“ und ihre Grenzen . . .	543
1. Allgemeines	543
2. „Personenmehrheitsfreundliche“ Auslegung als Mittel zur Vermeidung oder Behebung grundrechtlicher „Schutzdefizite“ .	543
a) Allgemeines	543
b) Persönlicher Schutzbereich („Grundrechtsträgerschaft“) . . .	545
aa) Allgemeines	545
bb) Persönlicher Schutzbereich im Allgemeinen	546
cc) Persönlicher Schutzbereich und „Grundrechtsträger- schaftserweiterung“ aus Art. 19 Abs. 3 GG	547
c) Sachlicher Schutzbereich	547
d) Rechtfertigung	548
3. Grenzen „personenmehrheitsfreundlicher“ Auslegung	549
a) Allgemeines	549
b) Rechtsmethodische Begründung der Grenzen der Auslegung .	551
c) Wesensgehaltsgarantie aus Art. 19 Abs. 2 GG	552
d) Keine Relativierung der Grenzen der „personenmehrheitsfreundlichen“ Auslegung wegen eines Gebots der „Rechtsformneutralität“	553
VI. Folgerungen für die Untersuchung	554
<i>F. Erhöhter oder verminderter Grundrechtsschutz bei „Personenmehrheiten“ („Rechtsgewinne“ oder „Rechtsverluste“)</i>	
I. Allgemeines	555
II. Fallgruppenartige Abschichtung	556
III. Dogmatische Verortung erhöhten oder verminderten Grundrechtsschutzes	557
1. Allgemeines	557
2. Freiheitsgrundrechte	557
a) Allgemeines	557
b) Schutzbereich	557
c) Rechtfertigung	558
3. Gleichheitsgrundrechte	559
a) Allgemeines	559
b) Ungleichbehandlung	560

	c) Rechtfertigung	560
IV.	Inhaltliche Begründung erhöhten oder verminderten Grundrechtsschutzes	560
	1. Allgemeines	560
	2. Inhaltliche Begründung verminderten Grundrechtsschutzes („Rechtsverluste“)	561
	a) Allgemeines	561
	b) Vermeintlicher Ausschluss oder Relativierung des „persönlichen Moments“ wegen „Anonymisierung“	561
	c) „Freiwilligkeit“ des Zusammenschlusses zu „Personenmehrheit“ als „Einverständnis“, „Einwilligung“ bzw. „Verzicht“	562
	aa) Allgemeines	562
	bb) Vergleich mit Grundrechtsschutz bei zweiseitigen Verträgen	565
	cc) Anforderungen an „Einverständnis“, „Einwilligung“ bzw. „Verzicht“	566
	dd) Eignung der „Freiwilligkeit“ als Begründung verminderten Grundrechtsschutzes bei „Personenmehrheiten“	567
	d) „Personenmehrheitsspezifischer“ „Mehrwert“ als Grenze „personenmehrheitsfreundlicher“ Auslegung	568
	e) Vermeintlich geringere „Belastungsintensität“	568
	f) Begrenzung von „Machtpositionen“	570
	g) Schaffung und Anerkennung durch den Staat	578
	3. Inhaltliche Begründung erhöhten Grundrechtsschutzes („Rechtsgewinne“)	579
V.	Mechanismen zur Verhinderung von erhöhtem und vermindertem Grundrechtsschutz	580
	1. Allgemeines	580
	2. Mechanismen zur Verhinderung von vermindertem Grundrechtsschutz	580
	a) Allgemeines	580
	b) Gleichheitsrechtliche Mechanismen	580
	c) Freiheitsrechtliche Mechanismen	582
	d) Gesetzgeberische Entscheidungen	582
	3. Mechanismen zur Verhinderung von erhöhtem Grundrechtsschutz	583
	a) Allgemeines	583
	b) Gleichheitsrechtliche Mechanismen	583
	c) Freiheitsrechtliche Mechanismen	584
	d) Gesetzgeberische Entscheidungen	585

<i>G. Gestaltungsfreiheit des Gesetzgebers zur Schaffung von „Personenmehrheiten“ und grundrechtliche Grenzen</i>	585
I. Allgemeines	585
II. Gestaltungsfreiheit des Gesetzgebers zur Schaffung von „Personenmehrheiten“	586
III. Grundrechtliche Grenzen der Gestaltungsfreiheit des Gesetzgebers und Pflicht zur Schaffung von „Personenmehrheiten“	586
1. Allgemeines	586
2. Institutsgarantien	587
3. Grundrechtliche Schutzpflichten	588
4. Folgerichtigkeitsgebot	588
<i>H. Zusammenhang von konzeptioneller Überindividualbezogenheit der Grundrechte und rechtlicher Verfestigung von „Personenmehrheiten“</i>	589
I. Allgemeines	589
II. Vorgaben für inhaltliche Ausgestaltung der Regelungen über rechtliche Verfestigung von „Personenmehrheiten“	590
III. Vorgaben für Entscheidung über die Schaffung von Regelungen über rechtliche Verfestigung von „Personenmehrheiten“	591
IV. Bedeutung außerrechtlicher inhaltlicher Abgrenzungskriterien	592
<i>I. Rechtspositionen anderer Rechtsträger</i>	593
Kapitel 5: Überindividualbezogenheit der Staatsstrukturmerkmale und Staatszielbestimmungen sowie weiterer verfassungsrechtlicher Vorgaben	595
<i>A. Allgemeines</i>	595
<i>B. Grundlagen der konzeptionellen Überindividualbezogenheit der Staatsstrukturmerkmale und Staatszielbestimmungen</i>	596
I. Allgemeines	596
II. Inhaltliche Begründung der konzeptionellen Überindividualbezogenheit der Staatsstrukturmerkmale und Staatszielbestimmungen	596
III. Verhältnis der konzeptionellen Überindividualbezogenheit der Staatsstrukturmerkmale und Staatszielbestimmungen zu ihren „traditionellen“ Aufgaben	598
<i>C. Konzeptionelle Überindividualbezogenheit einzelner Staatsstrukturmerkmale und Staatszielbestimmungen</i>	599
I. Allgemeines	599
II. Rechtsstaatsprinzip und „Personenmehrheiten“	599

1. Allgemeines	599
2. Verhältnismäßigkeitsprinzip als Mechanismus zum Ausgleich von Rechtspositionen	599
3. Verhältnismäßigkeitsprinzip als rechtsträgerbezogene Schranke .	600
4. Vertrauensschutz und Rechtssicherheit	601
5. Anforderungen an das Verfahrens- und Prozessrecht	604
III. Sozialstaatsprinzip und „Personenmehrheiten“	605
1. Allgemeines	605
2. Überindividualbezogenheit des Sozialstaatsprinzips auf der „Leistungsseite“	606
3. Begrenzte Berücksichtigung von „Personenmehrheiten“ auf der „Beitragsseite“	607
IV. Demokratieprinzip und „Personenmehrheiten“	607
V. Bundesstaatsprinzip und „Personenmehrheiten“	610
<i>D. Erhöhter oder verminderter Schutz durch Staatsstrukturmerkmale und Staatszielbestimmungen bei „Personenmehrheiten“ („Rechtsgewinne“ oder „Rechtsverluste“)</i>	611
<i>E. Gestaltungsfreiheit des Gesetzgebers zur Schaffung von „Personenmehrheiten“ und Grenzen aus Staatsstrukturmerkmalen und Staatszielbestimmungen</i>	612
<i>F. Zusammenhang von konzeptioneller Überindividualbezogenheit der Staatsstrukturmerkmale und Staatszielbestimmungen und rechtlicher Verfestigung von „Personenmehrheiten“</i>	612
<i>G. Verantwortung, Entscheidungsfreiheit und „Personenmehrheiten“</i> . . .	613
I. Allgemeines	613
II. Verantwortung als einfach- und verfassungsrechtliche Vorgabe . . .	613
1. Allgemeines	613
2. Überindividualbezogenheit im Beziehungsgeflecht eines allgemeinen Verantwortungsmodells im rechtlichen Kontext . .	613
a) Allgemeines	613
b) „Träger“ der Verantwortung („wer“)	614
c) „Gegenstand“ der Verantwortung („für was“)	615
d) „Begünstigter“ der Verantwortung („für wen“)	615
III. Entscheidungsfreiheit als einfach- und verfassungsrechtliche Vorgabe	617
1. Allgemeines	617
2. Einfach- und verfassungsrechtliche Dimension der Entscheidungsfreiheit	617

Kapitel 6: Systematisierung der Erkenntnisse zur Einordnung von „Personenmehrheiten“ in das individualrechtlich geprägte Staat-Bürger-Verhältnis und Folgefragen	619
A. Allgemeines	619
B. Systematisierung der Erkenntnisse	619
I. Allgemeines	619
II. Rechtlich nicht verselbständigte „Personenmehrheiten“ („Typ 1“)	620
III. Rechtlich verselbständigte „Personenmehrheiten“ („Typ 2“)	620
C. Folgefragen	621
I. Allgemeines	621
II. Verhältnis von „Personenmehrheiten“ zu ihren Mitgliedern	621
1. Allgemeines	621
2. Verfassungsrechtliche Vorgaben für „Entstehen und Bestehen“ von „Personenmehrheiten“	622
3. Verfassungsrechtliche Vorgaben für „Betätigungen“ von „Personenmehrheiten“	622
4. Verfassungsrechtliche Vorgaben für Folgen der Mitgliedschaft	623
III. Verhältnis der Mitglieder einer „Personenmehrheit“ zueinander	626
1. Allgemeines	626
2. Grundrechtsschutz bei gegenläufigen Interessen der Mitglieder, insbesondere Minderheitenschutz	627
a) Allgemeines	627
b) Insbesondere Minderheitenschutz	628
3. Grundrechtsschutz der Mitglieder einer „Personenmehrheit“ als Mitglieder einer weiteren rechtlich nicht verselbständigten „Personenmehrheit“ („Typ 1“)	632
IV. „Personenmehrheiten“ als Mitglied anderer „Personenmehrheiten“	633
1. Allgemeines	633
2. Mitgliedschaft in rechtlich nicht verselbständigter „Personenmehrheit“ („Typ 1“)	633
3. Sonderfall einer weiteren „Personenmehrheit“ aus „Personenmehrheit“ und ihren Mitgliedern	634
4. Mitgliedschaft in rechtlich verselbständigter „Personenmehrheit“ („Typ 2“)	635
V. Abgrenzung zur „Kumulation von Belastungen“ bzw. zum „additiven“ bzw. „kumulativen“ Grundrechtseingriff	635
1. Allgemeines	635
2. Phänomen der „Kumulation von Belastungen“ bzw. des „additiven“ bzw. „kumulativen“ Grundrechtseingriffs	636

3. „Personenmehrheiten“ im Staat-Bürger-Verhältnis und „Kumulation von Belastungen“ als unterschiedliche Phänomene	637
a) Allgemeines	637
b) Rechtlich verselbständigte „Personenmehrheiten“ („Typ 2“)	638
c) Rechtlich nicht verselbständigte „Personenmehrheiten“ („Typ 1“)	638
4. „Personenübergreifende“ „Kumulation von Belastungen“	639
a) Allgemeines	639
b) Gesamtbelastung der „Personenmehrheit“ und ihrer Mitglieder	639
c) „Zurechnung“ von Grundrechtseingriffen bzw. Belastungen anderer Mitglieder einer „Personenmehrheit“	641
5. „Mittelbare“ bzw. „faktische“ Belastungen	642
a) Allgemeines	642
b) Rechtlich verselbständigte „Personenmehrheiten“ („Typ 2“)	642
c) Rechtlich nicht verselbständigte „Personenmehrheiten“ („Typ 1“)	643

Teil 3: Rechtsbereichsspezifische Konkretisierung der überindividualbezogenen Erweiterungen des Staat-Bürger-Verhältnisses	645
--	-----

Kapitel 7: Grundlagen der rechtsbereichsspezifischen Konkretisierung der überindividualbezogenen Erweiterungen des Staat-Bürger-Verhältnisses	645
---	-----

Kapitel 8: Überindividualbezogenheit des Steuerrechts	647
---	-----

A. Allgemeines	647
----------------	-----

B. Abgrenzung des Steuerrechts vom Recht der Gebühren, Beiträge und Sonderabgaben und dessen Überindividualbezogenheit	647
--	-----

I. Allgemeines	647
----------------	-----

II. Wert der staatlichen Leistung als Grund und Maßstab für Gebühren und Beiträge	648
---	-----

III. „Besondere Finanzierungsverantwortung“ als Voraussetzung von Sonderabgaben	648
---	-----

C. Steuerrecht als einfaches Recht	649
------------------------------------	-----

I. Allgemeines	649
----------------	-----

II. Verhältnis von Steuerrecht und Zivilrecht	649
---	-----

III. Abgrenzung wichtiger Begriffe	650
------------------------------------	-----

1. Allgemeines	650
----------------	-----

2. Einzelfälle	650
----------------	-----

a) Allgemeines	650
b) „Ehe“ und „Familie“	651
c) (Zivilrechtliche) Gesellschaften	653
3. Maßgeblichkeit des zivilrechtlichen Verständnisses	653
IV. Steuerrecht als Eingriffsrecht	653
V. Steuerarten und ihre Wesensmerkmale	654
VI. Überindividualbezogenheit im Internationalen Steuerrecht	654
<i>D. Berücksichtigung der Mitgliedschaft in „Personenmehrheit“ im Rahmen der leistungsfähigkeitsprinzipkonformen Individualbesteuerung</i>	
I. Allgemeines	655
II. Individualbesteuerung von (Einzel-)„Personen“ nach dem im Gleichheitssatz verwurzelten Leistungsfähigkeitsprinzip	656
1. Allgemeines	656
2. Berücksichtigung leistungsfähigkeitsrelevanter „personenmehrheitsbedingter“ Umstände, insbesondere im „Familienverband“	656
a) Allgemeines	656
b) Ehegattensplitting (§ 32a Abs. 5 EStG)	658
c) Berücksichtigung von Kindern und nicht vorhandenes Familiensplitting	661
3. Rechtlich nicht verselbständigte „Personenmehrheiten“ („Typ 1“), insbesondere der „Familienverband“, kein Steuersubjekt	666
a) Allgemeines	666
b) Behandlung von Ehegatten und eingetragenen Lebenspartnern „gemeinsam als Steuerpflichtiger“ (§ 26b EStG)	666
c) Keine Behandlung von Familien „gemeinsam als Steuerpflichtiger“ und Familiensplitting	669
4. Rechtlich nicht verselbständigte „Personenmehrheiten“ als Einkünfte- bzw. Gewinnermittlungssubjekt und „Zurechnung“ zu Mitgliedern	669
III. Begrenzte Bedeutung der Freiheitsgrundrechte für die Besteuerung von (Einzel-)„Personen“	670
IV. Weitere rahmensetzende verfassungsrechtliche Vorgaben für die Besteuerung von (Einzel-)„Personen“ als Mitglied von „Personenmehrheiten“	671
V. Verantwortung im Kontext steuerstaatlicher Steuerrechtfertigung	672
1. Allgemeines	672
2. Verantwortung des Staats im Steuerstaat des Grundgesetzes	672
3. Verantwortung der Steuerpflichtigen im Steuerstaat des Grundgesetzes	673
VI. Entscheidungsfreiheit im Bereich des Steuerrechts	674

1. Allgemeines	674
2. Gründung und Beendigung von „Personenmehrheiten“	674
3. Aktivitäten von „Personenmehrheiten“	675
VII. Steuern außerhalb des Einkommensteuerrechts	677
1. Allgemeines	677
2. Körperschaftsteuerrecht	678
3. Gewerbesteuerrecht	678
4. Umsatzsteuerrecht	679
<i>E. „Personenmehrheiten“ als „Steuerpflichtige“</i>	<i>680</i>
I. Allgemeines	680
II. „Individual“-besteuerung von „Personenmehrheiten“ nach dem im Gleichheitssatz verwurzelten Leistungsfähigkeitsprinzip	680
1. Allgemeines	680
2. Rechtlich nicht verselbständigte „Personenmehrheiten“ („Typ 1“), insbesondere der „Familienverband“, kein Steuersubjekt	681
3. Rechtlich verselbständigte „Personenmehrheiten“ („Typ 2“), insbesondere (zivilrechtliche) Gesellschaften, als Steuersubjekt	681
a) Allgemeines	681
b) Personengesellschaften als (transparentes) Einkünfte- bzw. Gewinnermittlungssubjekt mit Besteuerung der Gesellschafter	682
c) Kapitalgesellschaften und sonstige Körperschaftsteuersubjekte als eigenständiges Besteuerungssubjekt	683
III. Begrenzte Bedeutung der Freiheitsgrundrechte für die Besteuerung von „Personenmehrheiten“	686
IV. Weitere rahmensetzende verfassungsrechtliche Vorgaben für die Besteuerung von „Personenmehrheiten“	687
1. Allgemeines	687
2. Rechtsstaatliche Anforderungen an Besteuerung	687
3. Besteuerung von „Personenmehrheiten“ und demokratische Mitwirkung	688
V. „Verantwortung“ im Kontext steuerstaatlicher Steuerrechtfertigung	690
1. Allgemeines	690
2. Steuerstaat des Grundgesetzes und Steuerrechtfertigung bei „Personenmehrheiten“	691
a) Allgemeines	691
b) Verantwortung des Staats im Steuerstaat des Grundgesetzes	691
c) Verantwortung der Steuerpflichtigen im Steuerstaat des Grundgesetzes	692
3. „Flucht“ aus der „Verantwortung“ durch die Gründung von „Personenmehrheiten“	692
VI. „Entscheidungsfreiheit“ im Bereich des Steuerrechts	693

1. Allgemeines	693
2. Gründung und Beendigung von „Personenmehrheiten“	694
3. Aktivitäten von „Personenmehrheiten“	695
VII. Steuern außerhalb des Körperschaftsteuerrechts	695
1. Allgemeines	695
2. Einkommensteuerrecht	696
3. Gewerbesteuerrecht	696
4. Umsatzsteuerrecht	696
<i>F. Sonderfragen der Besteuerung von „Personenmehrheiten“</i>	<i>697</i>
I. Allgemeines	697
II. Personelle Zurechnung von Einkünften	697
1. Allgemeines	697
2. Einkünftezurechnung zwischen „Personenmehrheit“ und ihren Mitgliedern als Voraussetzung der Besteuerung	697
3. Weitere Folgen der Einkünftezurechnung	699
4. Einkünftezurechnung bei internationalen Sachverhalten	700
III. Willens- und Wissenszurechnung	701
IV. Rechtsformwahl als Entscheidung über maßgebliches Besteuerungsregime	703
1. Allgemeines	703
2. Ursprüngliche Wahl der Rechtsform und des Besteuerungsregimes a) Allgemeines	704
b) „Familienbesteuerung“	704
c) (Zivilrechtliche) Gesellschaften	707
aa) Allgemeines	707
bb) Steuerrechtliche Folgen für Gründung und Beendigung von „Personenmehrheiten“	708
cc) Steuerrechtliche Folgen für Aktivitäten von „Personenmehrheiten“ (Rechtsformneutralität der Besteuerung)	709
3. Wechsel der Rechtsform und des Besteuerungsregimes	712
V. Erhöhter oder verminderter Grundrechtsschutz	714
VI. Gestaltungsfreiheit des Gesetzgebers	716
<i>G. Weitere „personenmehrheitsbezogene“ Konkretisierungen und spezielle Konstellationen</i>	<i>717</i>
I. Allgemeines	717
II. Besteuerung im „Familienverband“ („Familienbesteuerung“)	717
1. Allgemeines	717
2. Einkünfteerzielungsabsicht und objektives Nettoprinzip, insbesondere Angehörigenverträge	718

3. Weitere Sonderregelungen für nahestehende Personen, insbesondere § 32d Abs. 2 Nr. 1 Buchst. a EStG	719
III. Besteuerung von Gesellschaften und ihren Gesellschaftern	719
1. Allgemeines	719
2. Personengesellschaften als Einkünfte- bzw. Gewinnermittlungssubjekt mit transparenter Besteuerung	720
3. Kapitalgesellschaften und sonstige Körperschaftsteuersubjekte als eigenständiges Besteuerungssubjekt mit intransparenter Besteuerung	721
a) Allgemeines	721
b) Steuerpflicht im Rahmen der Körperschaftsteuer	722
c) Leistungsfähigkeitsprinzip und seine konkretisierenden Ausprägungen	723
d) Sonderfall der sog. Einpersonen-Gesellschaft	724
e) Verhältnis der Besteuerung von Körperschaftsteuersubjekten wie Kapitalgesellschaften und der „hinter“ ihnen stehenden Rechtsträger	725
IV. Steuerrechtliche Behandlung in Abhängigkeit von der Besteuerung anderer Steuerpflichtiger (sog. Korrespondenzprinzip)	729
V. Abzugs- und Entrichtungspflichten Privater für Steuern Dritter	731
VI. Haftungschuldnerschaft für Steuern anderer Steuerpflichtiger	732
VII. Sonstige Fälle der Gesamtschuld im Steuerrecht	733
VIII. Rechtsnachfolge im Steuerrecht	733
1. Allgemeines	733
2. Zurechnung und Besteuerung von Einkünften bei Rechtsnachfolge	734
3. Sonderproblem des Übergangs von (laufenden) Verlusten bzw. Verlustvorträgen	734
4. Unternehmensumstrukturierungen	735
IX. Fremdbestimmte Steuerwirkungen	736
X. Besteuerung bei „Konzernen“	737
XI. Abgrenzung: mittelbare Relevanz des Verhältnisses zu anderen natürlichen Personen für besteuereungsrelevante Tatbestandsmerkmale	738
<i>H. Verfahrensrecht</i>	738
 Kapitel 9: Überindividualbezogenheit des Sozialrechts	740
<i>A. Allgemeines</i>	740
<i>B. Sozialrecht als einfaches Recht</i>	741
I. Allgemeines	741
II. Verhältnis von Sozialrecht und Zivilrecht	741

III.	Abgrenzung wichtiger Begriffe	742
IV.	Sozialrecht als Leistungs- und zugleich Eingriffsrecht	743
	1. Allgemeines	743
	2. Sozialrecht als Leistungsrecht	743
	3. Sozialrecht als Eingriffsrecht	745
	a) Allgemeines	745
	b) Mitgliedschaft in Sozialversicherungssystemen	745
	c) Pflicht zur Beitragszahlung	745
	d) Eingriffe als Vorbereitung bzw. Voraussetzung für Leistungsgewährung	746
V.	Verhältnis von Sozialrecht und Steuerrecht	746
	1. Allgemeines	746
	2. Verhältnis von Grundsicherungs-/Sozialhilferecht und Steuerrecht	746
	3. Verhältnis von Sozialversicherungsrecht und Steuerrecht	748
VI.	Überindividualbezogenheit im Internationalen Sozialrecht	748
	<i>C. Berücksichtigung der Mitgliedschaft in einer „Personenmehrheit“ im Sozialrecht</i>	750
I.	Allgemeines	750
II.	Insbesondere „Bedarfsgemeinschaften“, „Einsatzgemeinschaften“ und „Haushaltsgemeinschaften“ im SGB II und SGB XII	753
	1. Allgemeines	753
	2. Begriffe der „Bedarfsgemeinschaft“, „Einsatzgemeinschaft“ und „Haushaltsgemeinschaft“ im SGB II bzw. SGB XII	754
	a) Allgemeines	754
	b) Begriffe der „Bedarfsgemeinschaft“ und „Haushaltsgemeinschaft“ im SGB II	754
	c) Begriffe der „Einsatzgemeinschaft“ und „Haushaltsgemeinschaft“ im SGB XII	759
	3. Anmerkungen zur verfassungsrechtlichen Problematik des Verhältnisses sozialrechtlicher Regelungen zueinander und zu steuerrechtlichen Regelungen	762
	a) Allgemeines	762
	b) Verhältnis sozialrechtlicher Regelungen zueinander	762
	c) Verhältnis von sozial- und steuerrechtlichen Regelungen	764
III.	Weitere Fälle von Leistungen an andere Mitglieder eines „Familienverbands“	767
	1. Allgemeines	767
	2. „Familienversicherung“ in der gesetzlichen Krankenversicherung und der sozialen Pflegeversicherung	767

3.	Leistungen zur Unterstützung von „Familien“ (Kinder- und Elterngeld, Kinder- und Jugendhilfe)	769
4.	Hinterbliebenenrente in der gesetzlichen Rentenversicherung und der gesetzlichen Unfallversicherung	771
5.	„Familienmitglieder“ als Versicherte	773
IV.	Weitere Fälle von Leistungen unter Berücksichtigung der Mitgliedschaft in einem „Familienverband“	773
1.	Allgemeines	773
2.	„Familienbezogenheit“ der gesetzlichen Rentenversicherung	774
3.	„Familienbezogenheit“ der gesetzlichen Krankenversicherung	775
4.	„Familienbezogenheit“ der sozialen Pflegeversicherung	776
5.	„Familienbezogenheit“ der gesetzlichen Unfallversicherung	777
6.	„Familienbezogenheit“ der Arbeitslosenversicherung	777
7.	„Familienbezogenheit“ im Bereich der Grundsicherung für Arbeitssuchende und Sozialhilfe	778
8.	„Familienbezogenheit“ der Ausbildungsförderung	778
9.	„Familienbezogenheit“ des Wohngelds	778
V.	„Verantwortung“ im Bereich des Sozialrechts	779
1.	Allgemeines	779
2.	Verantwortung von „Personenmehrheiten“ und ihren Mitgliedern als „Bürger“	779
a)	Allgemeines	779
b)	Selbst- bzw. Eigenverantwortung als Grenze sozialrechtlicher Leistungen	780
c)	Verantwortung hinsichtlich der Finanzierung von Sozialleistungen	781
aa)	Allgemeines	781
bb)	Verantwortung der Gesamtheit der Steuerpflichtigen („Steuerzahler“)	782
cc)	Verantwortung der Mitglieder der sozialversicherungsrechtlichen Solidargemeinschaft und weiterer Rechtsträger	782
3.	Verantwortung des Staats	783
4.	„Flucht“ aus der Verantwortung bei „Personenmehrheiten“	783
VI.	„Entscheidungsfreiheit“ im Bereich des Sozialrechts	784
	<i>D. „Personenmehrheiten“ als solche im Sozialrecht</i>	785
	<i>E. Sonderfragen bei „Personenmehrheiten“ im Sozialrecht</i>	786
I.	Allgemeines	786
II.	Erhöhter oder verminderter Grundrechtsschutz	787
III.	Gestaltungsfreiheit des Gesetzgebers	788

<i>F. Weitere „personenmehrheitsbezogene“ Konkretisierungen und spezielle Konstellationen</i>	790
I. Allgemeines	790
II. Verträge zwischen Angehörigen als Sonderfrage des „Familienverbands“ im Sozialversicherungsrecht	790
III. Rechtsnachfolge im Sozialrecht	791
IV. Abgrenzung: mittelbare Relevanz des Verhältnisses zu anderen natürlichen Personen für sozial(-versicherungs-)rechtlich relevante Tatbestandsmerkmale	792
<i>G. Verfahrensrecht</i>	792
Kapitel 10: Überindividualbezogenheit des Polizei- und Sicherheitsrechts	794
<i>A. Allgemeines</i>	794
<i>B. Abgrenzung zum Straf- und Strafverfahrensrecht</i>	794
<i>C. Polizei- und Sicherheitsrecht als einfaches Recht</i>	795
<i>D. Berücksichtigung der Mitgliedschaft in einer „Personenmehrheit“ im Polizei- und Sicherheitsrecht</i>	795
I. Allgemeines	795
II. Überindividualbezogenheit der polizei- und sicherheitsrechtlichen Verantwortlichkeit	795
1. Allgemeines	795
2. Zurechnung von Verhalten als vorgelagerte Fragestellung der Verantwortlichkeit	798
3. Verantwortlichkeit für Verhalten Dritter	799
4. Freiheitsrechtliche Anforderungen bei Beteiligung anderer Rechtsträger	800
a) Allgemeines	800
b) Freiheitsgrundrechte als Grenze „personenmehrheitsbezogener“ polizei- und sicherheitsrechtlicher Maßnahmen	800
c) Freiheitsrechtlicher Schutz für überindividualbezogene Elemente der Aktivitäten mehrerer Rechtsträger	801
5. Gleichheitsrechtliche Anforderungen an Verantwortlichkeit bei Beteiligung mehrerer Rechtsträger, insbesondere Lastengleichheit	803
a) Allgemeines	803
b) Einzubeziehende Belastungen	803
c) Überlagerung durch grundlegende Prinzipien des Polizei- und Sicherheitsrechts	804

6. Rechtsstaatliche Anforderungen bei Beteiligung mehrerer Rechtsträger	805
7. Verantwortung und Entscheidungsfreiheit	805
III. Telekommunikation und ihre Überwachung zur Gefahrenabwehr .	806
<i>E. Polizei- und sicherheitsrechtliche Verantwortlichkeit von „Personenmehrheiten“</i>	
I. Allgemeines	807
II. Polizei- und sicherheitsrechtliche Verantwortlichkeit rechtlich verselbständigter „Personenmehrheiten“ („Typ 2“) im Allgemeinen .	808
1. Allgemeines	808
2. Zurechnung als vorgelagerte Fragestellung der Verantwortlichkeit rechtlich verselbständigter „Personenmehrheiten“ („Typ 2“)	808
3. Verantwortlichkeit für Verhalten Dritter	809
4. Freiheitsrechtliche Anforderungen bei rechtlich verselbständigten „Personenmehrheiten“ („Typ 2“)	809
5. Gleichheitsrechtliche Anforderungen an Verantwortlichkeit rechtlich verselbständigter „Personenmehrheiten“ („Typ 2“), insbesondere Lastengleichheit	810
a) Allgemeines	810
b) Einzubeziehende Belastungen	810
c) Überlagerung durch grundlegende Prinzipien des Polizei- und Sicherheitsrechts	811
6. Rechtsstaatliche Anforderungen an Verantwortlichkeit rechtlich verselbständigter „Personenmehrheiten“ („Typ 2“)	811
7. Verantwortung und Entscheidungsfreiheit	811
III. Verhältnis der Mitglieder einer rechtlich verselbständigten „Personenmehrheit“ („Typ 2“) zum Staat	812
<i>F. Weitere „personenmehrheitsbezogene“ Konkretisierungen und spezielle Konstellationen</i>	
I. Allgemeines	812
II. Verantwortlichkeit und Rechtsnachfolge	812
III. Durchführung von Versammlungen	814
<i>G. Verfahrensrecht</i>	816
<i>H. Schutz von „Personenmehrheiten“</i>	817
<i>I. Exkurs: Straf- und Ordnungswidrigkeitenrecht</i>	
I. Allgemeines	817
II. Überindividualbezogenheit des geltenden Straf- und Ordnungswidrigkeitenrechts	818

III. „Unternehmensstrafrecht“	819
IV. Strafrechtlicher Schutz von „Personenmehrheiten“	821
 Kapitel 11: Überindividualbezogenheit des Wirtschaftsverwaltungsrechts	 822
<i>A. Allgemeines</i>	822
<i>B. Wirtschaftsverwaltungsrecht als einfaches Recht</i>	822
<i>C. Berücksichtigung der Mitgliedschaft in einer rechtlich nicht verselbständigten „Personenmehrheit“ („Typ 1“) im Wirtschaftsverwaltungsrecht</i>	 823
I. Allgemeines	823
II. Insbesondere „Familienverband“ im Wirtschaftsverwaltungsrecht	824
<i>D. Rechtlich verselbständigte „Personenmehrheiten“ („Typ 2“) im Wirtschaftsverwaltungsrecht</i>	 825
I. Allgemeines	825
II. Wirtschaftliche Aktivitäten durch rechtlich verselbständigte „Personenmehrheiten“ („Typ 2“)	826
1. Allgemeines	826
2. Wirtschaftsaufsicht	826
a) Allgemeines	826
b) Gleichheitsrechtliche Anforderungen, insbesondere Gebot der Lastengleichheit	830
c) Freiheitsrechtliche Anforderungen	830
3. Wirtschaftsregulierung und Wirtschaftslenkung	831
4. Sonderfall der „freien Berufe“	832
III. Faktische Überindividualbezogenheit in bestimmten Bereichen	833
IV. Berufs- und Wirtschaftskammern als Körperschaft des öffentlichen Rechts	834
<i>E. Verfahrensrecht</i>	837
<i>F. Exkurs: Wettbewerbs- und Kartellrecht</i>	837
 Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse (Thesen)	 839
 Literaturverzeichnis	 853
 Register	 931

Abkürzungsverzeichnis

ABl.	Amtsblatt der Europäischen Union
Abs.	Absatz
AEO	Anwendungserlass zur Abgabenordnung
AEMR	Allgemeine Erklärung der Menschenrechte
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
a.F.	alte Fassung
AfA	Absetzung für Abnutzung
AfD	Alternative für Deutschland
AG	Aktiengesellschaft bzw. Amtsgericht
AktG	Aktiengesetz
AlkStG	Alkoholsteuergesetz
Alt.	Alternative
AO	Abgabenordnung
AOA	Authorized OECD Approach
ArbZG	Arbeitszeitgesetz
Art.	Artikel
AStG	Außensteuergesetz
ATÖR	Assistententagung Öffentliches Recht
Aufl.	Auflage
AVG	Angestelltenversicherungsgesetz
BAföG	Bundesausbildungsförderungsgesetz
BAG	Bundesarbeitsgericht
BAGE	Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts
BauGB	Baugesetzbuch
BayBergSkiV	Bayerische Berg- und Skischulverordnung
BayBO	Bayerische Bauordnung
BayFamGG	Bayerisches Familiengeldgesetz
BayLTGeschO	Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag
BayJG	Bayerisches Jagdgesetz
BayVersG	Bayerisches Versammlungsgesetz
BayVGH	Bayerischer Verwaltungsgeschichtshof
BBG	Bundesbeamtengesetz
BbgLWahlG	Brandenburgisches Landeswahlgesetz
BeamtStG	Beamtenstatusgesetz
BeamtVG	Beamtenversorgungsgesetz
BEEG	Gesetz zum Elterngeld und zur Elternzeit
BerLK GG	Berliner Kommentar zum Grundgesetz
BerzGG	Bundeserziehungsgeldgesetz
Beschl.	Beschluss

BFH	Bundesfinanzhof
BFHE	Sammlung der Entscheidungen des Bundesfinanzhofs
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBL	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Strafsachen
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen
BKGG	Bundeskindergeldgesetz
BoK	Bonner Kommentar zum Grundgesetz
BR-Drucks.	Bundesratsdrucksache
BranntwMonG	Branntweinmonopolgesetz
BRAO	Bundesrechtsanwaltsordnung
BRRG	Beamtenrechtsrahmengesetz
BSG	Bundessozialgericht
BSGE	Entscheidungen des Bundessozialgerichts
BStBl.	Bundessteuerblatt
BStGB	Bundessteuergesetzbuch
BSHG	Bundessozialhilfegesetz
BT-Drucks.	Bundestagsdrucksache
BtMBinHV	Betäubungsmittel-Binnenhandelsverordnung
Buchst.	Buchstabe
B'90/Grüne	Bündnis 90/Die Grünen
BV	Verfassung des Freistaats Bayern
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerfGG	Gesetz über das Bundesverfassungsgericht
BVerfSchGG	Bundesverfassungsschutzgesetz
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
BWahlG	Bundeswahlgesetz
bzw.	beziehungsweise
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern
DBA	Abkommen zur Vermeidung einer Doppelbesteuerung (Doppelbesteuerungsabkommen)
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DE-VG	Verhandlungsgrundlage für Doppelbesteuerungsabkommen im Bereich der Steuern vom Einkommen und Vermögen
d. h.	das heißt
DJT	Deutscher Juristentag
dt.	deutsch
EEG	Erneuerbare-Energien-Gesetz
EFU-DV	Verordnung zur Durchführung und Ergänzung des Einsatz- Familienunterhaltsgesetzes
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch
EG-Fusionskontroll- verordnung	Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates vom 20. Januar 2004 über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte

EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
engl.	englisch
ErbStG	Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetz
ESC	Europäische Sozialcharta
EStG	Einkommensteuergesetz
EStR	Einkommensteuerrichtlinien
etc.	et cetera (und so weiter)
EU	Europäische Union
EÜR	Einnahmenüberschussrechnung
EuG	Gericht der Europäischen Union
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Union
EUR	Euro
EUV	Vertrag über die Europäische Union
evtl.	eventuell
EWIV	Europäische wirtschaftliche Interessenvereinigung
EWK	Europäischer Wirtschaftsraum
FAO	Fachanwaltsordnung
FDP	Freie Demokratische Partei Deutschlands
FG	Finanzgericht
FGO	Finanzgerichtsordnung
Fn.	Fußnote
FRV	Frankfurter Reichsverfassung bzw. Paulskirchenverfassung
FS	Festschrift
FVG	Finanzverwaltungsgesetz
FZV	Fahrzeug-Zulassungsverordnung
GastStG	Gaststättengesetz
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
GemS-OGB	Gemeinsamer Senat der obersten Gerichtshöfe des Bundes
GewO	Gewerbeordnung
GewStG	Gewerbsteuergesetz
GewStR	Gewerbsteuerrichtlinien
GG	Grundgesetz
GGO	Gemeinsame Geschäftsordnung der Bundesministerien
ggf.	gegebenenfalls
GLJ	German Law Journal
GlStV	Glücksspielstaatsvertrag
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GO	Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern
GRCh	Charta der Grundrechte der Europäischen Union
GrEStG	Grunderwerbsteuergesetz
GS	Gedächtnisschrift/Gedenkschrift
Gw	Grundwerk
GWaldG	Gesetz über den Gemeinschaftswald im Land Nordrhein-Westfalen
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
HGB	Handelsgesetzbuch
HGR	Handbuch der Grundrechte in Deutschland und Europa

L

Abkürzungsverzeichnis

Hs.	Halbsatz
HStR	Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland
HVerfR	Handbuch des Verfassungsrechts der Bundesrepublik Deutschland
HwO	Handwerksordnung
JuWissÖR	Junge Wissenschaft im Öffentlichen Recht e.V.
i.H.	in Höhe
IHK	Industrie- und Handelskammer
IHKG	Gesetz zur vorläufigen Regelung des Rechts der Industrie- und Handelskammern
i.H.v.	in Höhe von
InsO	Insolvenzordnung
IPR	Internationales Privatrecht
IPwskR	Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte
IRS	Internal Revenue Service [Vereinigte Staaten von Amerika]
i. S.	im Sinne
i. V. m.	in Verbindung mit
KAGG	Gesetz über Kapitalanlagegesellschaften
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau
KG	Kommanditgesellschaft
KommZG	Gesetz über die kommunale Zusammenarbeit [Bayern]
KrWG	Kreislaufwirtschaftsgesetz
KStG	Körperschaftsteuergesetz
KStR	Körperschaftsteuer-Richtlinien
KWG	Kreditwesengesetz
lat.	lateinisch
LBO	Landesbauordnung [Baden-Württemberg]
LJG-NRW	Landesjagdgesetz Nordrhein-Westfalen
LSG	Landessozialgericht
LStVG	Landesstraft- und Verordnungsgesetz [Bayern]
LPartG	Lebenspartnerschaftsgesetz
LWahlG	Landeswahlgesetz [Schleswig-Holstein]
MEPolG	Musterentwurf eines einheitlichen Polizeigesetzes (Musterpolizeigesetz)
MüHdb GesR	Münchener Handbuch des Gesellschaftsrechts
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
n. F.	neue Fassung
NPO	Non-Profit-Organisation
NPOG	Niedersächsisches Polizei- und Ordnungsbehördengesetz
Nr.	Nummer
NV	Niedersächsische Verfassung
o. Ä.	oder Ähnliche[s]
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)
OECD-MA	OECD Model Tax Convention on Income and on Capital (OECD-Musterabkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen)

OHG	offene Handelsgesellschaft
OMT	Outright Monetary Transactions
OVG	Oberverwaltungsgericht
PAG	Polizeiaufgabengesetz [Bayern]
PartG	Parteiengesetz
PartGG	Partnerschaftsgesellschaftsgesetz
PostG	Postgesetz
PschVO M-V	Privatschulverordnung [Mecklenburg-Vorpommern]
RBStV	Rundfunkbeitragsstaatsvertrag
RfB	Rückstellung für Beitragsrückerstattung
RfBV	RfB-Verordnung
RG	Reichsgericht
Rn.	Randnummer
RVO	Reichsversicherungsordnung
s.	siehe
S.	Satz bzw. Seite
SchifT-VO	Verordnung über Schulen in freier Trägerschaft [Sachsen-Anhalt]
SchlichtO BA	Landesschlichtungsordnung [Baden-Württemberg]
SchO	Schiedsamtsordnung [Rheinland-Pfalz]
SE	Europäische Gesellschaft (Societas Europaea)
SGB I	Sozialgesetzbuch Erstes Buch – Allgemeiner Teil –
SGB II	Sozialgesetzbuch Zweites Buch – Grundsicherung für Arbeit- suchende –
SGB III	Sozialgesetzbuch Drittes Buch – Arbeitsförderung –
SGB IV	Sozialgesetzbuch Viertes Buch – Gemeinsame Vorschriften für die Sozialversicherung –
SGB V	Sozialgesetzbuch Fünftes Buch – Gesetzliche Kranken- versicherung –
SGB VI	Sozialgesetzbuch Sechstes Buch – Gesetzliche Renten- versicherung –
SGB VII	Siebtens Buch Sozialgesetzbuch – Gesetzliche Unfallversicherung –
SGB VIII	Sozialgesetzbuch Achtes Buch – Kinder- und Jugendhilfe –
SGB IX	Sozialgesetzbuch Neuntes Buch – Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen –
SGB X	Sozialgesetzbuch Zehntes Buch – Sozialverfahren und Sozialdatenschutz –
SGB XI	Sozialgesetzbuch Elftes Buch – Soziale Pflegeversicherung –
SGB XII	Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch – Sozialhilfe –
SGG	Sozialgerichtsgesetz
sog.	so genannte
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SSW	Südschleswigscher Wählerverband
StAnpG	Steueranpassungsgesetz
StBerG	Steuerberatungsgesetz
StGB	Strafgesetzbuch
StGG	Staatsgrundgesetz vom 21. December 1867, über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder [Österreich]

StVZO	Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung
TierSchG	Tierschutzgesetz
TKG	Telekommunikationsgesetz
TVG	Tarifvertragsgesetz
Tz.	Textziffer
u. a.	und andere
ÜbermittlungsVO	Verordnung über die Übermittlung von Daten aus dem Verwaltungsvollzug an das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
UhVorschG	Unterhaltungsvorschussgesetz
UmwG	Umwandlungsgesetz
UmwStG	Umwandlungssteuergesetz
UN-Charta	Charta der Vereinten Nationen
UNDRIP	United Nations Declaration on the Rights of Indigenous Peoples
UN-Sozialpakt	Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte
Urt.	Urteil
usw.	und so weiter
U.S.	United States of America (Vereinigte Staaten von Amerika) bzw. United States Reports
UStG	Umsatzsteuergesetz
v.	vom
VAG	Versicherungsaufsichtsgesetz
Var.	Variante
VBL	Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder
VereinsG	Vereinsgesetz
VersammlG	Versammlungsgesetz
VGH	Verwaltungsgerichtshof
vgl.	vergleiche
VN	Vereinte Nationen
VVaG	Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit
VwZG	Verwaltungszustellungsgesetz
WaffG	Waffengesetz
WoGG	Wohngeldgesetz
WpÜG	Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetz
WRV	Weimarer Reichsverfassung
YLJ	Yale Law Journal [Zeitschrift]
ZerlG	Zerlegungsgesetz
z. B.	zum Beispiel
ZJapanR	Zeitschrift für japanisches Recht
ZöR	Zeitschrift für öffentliches Recht
ZPhF	Zeitschrift für philosophische Forschung
ZPO	Zivilprozessordnung

Einleitung

A. Problemstellung

„Menschen“ („natürliche Personen“) sind als Individuum wichtige Akteure in der Lebenswirklichkeit. Als „Person“¹ werden sie zum Rechtssubjekt² und damit auch zum Adressaten rechtlicher Regelungen. Im Staatswesen haben sie als „Bürger“³ eine herausgehobene Stellung, weil dieser „den Staat legitimiert, im Staat eigene Rechte hat, mitwirkungsberechtigt ist und sich an der politischen und der Staatswillensbildung aktiv beteiligt“⁴. Das Verhältnis von „Menschen“ als „Bürger“ zum Staat („Staat-Bürger-Verhältnis“⁵) ist komplex. Rechte, aber auch Pflichten⁶ erge-

¹ Zum Begriff der „Person“ einschließlich seiner rechtlichen Relevanz s. Kapitel 1 B.

² Vgl. *Jellinek*, System, 2. Aufl., 1905, Nachdruck 1963, S. 28; *Kirchhof*, in: Flick (Hrsg.), Das demographische Problem als Gefahr für Rechtskultur und Wirtschaft, 2010, S. 81 (85); *Klein*, in: Klein/Menke (Hrsg.), Der Mensch als Person und Rechtsperson, 2011, S. 9 (10); *Marauhn*, in: Klein/Menke (Hrsg.), Der Mensch als Person und Rechtsperson, 2011, S. 89 (89); *Palm*, Person, 2013, S. 109; *Scholz*, Koalitionsfreiheit, 1971, S. 75 f., 106; *Selkälä/Rajavuori*, GLJ 18 (2017), 1017 (1018); *Stern*, in: Isensee/Kirchhof (Hrsg.), HStR, Band IX, 3. Aufl., 2011, § 184, Rn. 1; ferner *Campagna*, in: Hilgendorf/Joerden (Hrsg.), Rechtsphilosophie, 2. Aufl., 2021, S. 410 (411); *Nawata*, in: Campell/Moffat/Sato/Varga (Hrsg.), Biotechnologie, Ethik und Recht im wissenschaftlichen Zeitalter, 1991, S. 108 (108); *Quante*, Person, 2012, S. 4; *Schaefer*, in: Gröschner/Kirste/Lembcke (Hrsg.), Person und Rechtsperson, 2015, S. 245 (252); zum seiner Meinung nach vorhandenen Unterschied von „Rechtsperson“ und „Rechtssubjekt“ s. *Denninger*, Rechtsperson, 1967, S. 229 ff.; zum Unterschied der Begriffe „Mensch“ und „Individuum“ einerseits und „Person“ andererseits s. *Auer*, in: Gröschner/Kirste/Lembcke (Hrsg.), Person und Rechtsperson, 2015, S. 81 (81); *Schaefer*, in: Gröschner/Kirste/Lembcke (Hrsg.), Person und Rechtsperson, 2015, S. 245 (249 ff.); *Wolff*, Organschaft, Band 1, 1933, Neudruck 1968, S. 128 ff.; zur Garantie der Rechtspersönlichkeit in internationalen Menschenrechtsverträgen s. *Fassbender*, in: Klein/Menke (Hrsg.), Der Mensch als Person und Rechtsperson, 2011, S. 121 (121 ff.); zum „Ausschluss aus der Rechtsgemeinschaft“ s. *Walter*, in: Klein/Menke (Hrsg.), Der Mensch als Person und Rechtsperson, 2011, S. 203 (203 ff.); zur Funktion des Begriffs der „Person“ als subjektiver Anknüpfungspunkt für rechtliche Regelungen s. Kapitel 1 B. II.

³ Zum Begriff des „Bürgers“ s. Kapitel 1 B. IV. 3. f). Der Begriff des „Bürgers“ wird hier geschlechtsneutral verstanden. Auf die zusätzliche Nennung insbesondere der „Bürgerin“ wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit verzichtet. Dasselbe gilt entsprechend für andere Begriffe, insbesondere maskuline Substantive, für die es eine durch Motion bzw. Movierung gewonnene feminine Ableitung (dazu Duden [Begr.], Rechtschreibung, 28. Aufl., 2020, Stichwörter „Motion“ und „Movierung“) gibt.

⁴ Vgl. *Kirchhof*, in: Isensee/Kirchhof (Hrsg.), HStR, Band XII, 3. Aufl., 2014, § 283, Rn. 1.

⁵ Zum Begriff des „Staat-Bürger-Verhältnisses“ s. Kapitel 1 D. II.

⁶ Vgl. *Nawata*, in: Campell/Moffat/Sato/Varga (Hrsg.), Biotechnologie, Ethik und Recht im

ben sich aus Regelungen des einfachen öffentlichen Rechts und aus Vorgaben des übergeordneten Rechts.

Neben „Menschen“ als (Einzel-)„Personen“ prägen auch „Personenmehrheiten“⁷ (oft auch: „Kollektive“⁸) die Realität⁹. Der Begriff der „Personenmehrheit“ ist in der Untersuchung nicht rein rechtstechnisch zu verstehen, sondern unabhängig von seiner rechtlichen Relevanz zunächst als Sammelbegriff für (Rechts-)Gebilde, die aufgrund außerrechtlicher inhaltlicher Kriterien¹⁰ (wie der emotionalen Verbundenheit als Grundlage des „Familienverbands“ oder gleichgerichteter oder gemeinsamer Interessen als Grundlage einer zivilrechtlichen „Gesellschaft“) innerhalb der Gesamtheit der (Einzel-)„Personen“ abgegrenzt werden können¹¹. Nur „lose“ Verbindungen zwischen (Einzel-)„Personen“ wie bei sozialen Bewegungen¹² und emergenten menschlichen Verhaltensweisen („Schwärmen“)¹³ sind in der Lebenswirklichkeit zwar sichtbar und mitunter einflussreich, jedoch begründen sie mangels eines gewissen Grads an Verfestigung keine „Personenmehrheit“ im Sinne der Untersuchung¹⁴. „Personenmehrheiten“ sind heterogen strukturiert¹⁵ und wegen ihrer großen Anzahl und wichtigen Funktionen in zahlreichen Lebensbereichen in quantitativer und qualitativer Hinsicht von enormer faktischer Bedeutung¹⁶. Dies dürfte Allgemeingut sein und für eine rechtswissenschaftliche

wissenschaftlichen Zeitalter, 1991, S. 108 (108); ferner *Murach*, Verwaltungsschuldrecht, 2002, S. 52, speziell zum verwaltungsrechtlichen Schuldverhältnis.

⁷ Zum Begriff der „Personenmehrheit“ einschließlich seiner rechtlichen Relevanz s. Kapitel 1 C.

⁸ Vgl. *Scholz*, Koalitionsfreiheit, 1971, S. 122; zum Begriff s. *Ricke*, in: JuWissÖR (Hrsg.), 52. ATÖR, 2012, S. 143 (146).

⁹ Vgl. *Jellinek*, System, 2. Aufl., 1905, Nachdruck 1963, S. 28 („Das Leben des Menschen vollzieht sich in ununterbrochenen Beziehungen zu [...] anderen Menschen“, was zur Entstehung von „Personenmehrheiten“ führen kann); *Scholz*, Koalitionsfreiheit, 1971, S. 17 („Die heutige Gesellschaftsordnung [...] setzt sich aus einem vielfältigen Beziehungsgeflecht von individualen, inter- und überindividualen, gruppenmäßigen sowie verbandsförmigen Einheiten zusammen.“); allgemeiner *Volkman*, in: Merten/Papier (Hrsg.), HGR, Band II, 2006, § 32, Rn. 22 („Gemeinschaft als faktisches Phänomen“).

¹⁰ Zu diesen s. Kapitel 1 C. V. 2. b).

¹¹ S. Kapitel 1 C. I.

¹² Speziell dazu s. Kapitel 1 F. IV. 4., unter Berücksichtigung von sozialen Bewegungen wie „Fridays for Future“ und „Extinction Rebellion XR“ sowie neuerdings „Letzte Generation“.

¹³ Für Beispiele s. *Kersten*, RW 2012, 249 (249f.); *Kersten*, JuS 2014, 673 (674); *Kersten*, ZfRSoz 37 (2017), 8 (17); *Kersten*, Schwarmdemokratie, 2017, S. 1 ff., der unterschiedliche Phänomene menschlichen Sozialverhaltens im Begriff des „Schwarms“ zusammenfasst; *Köhler/Korch* (Hrsg.), Schwärme, 2022, zu „Schwärmen“ in verschiedenen Bereichen des Zivilrechts; speziell zur internetbasierten Kommunikation *Ingold*, Der Staat 53 (2014), 193 (193 ff.).

¹⁴ Zum Begriff der „Personenmehrheit“ im Sinne der Untersuchung s. Kapitel 1 C. V.

¹⁵ Vgl. *Funke*, VVDStRL 82 (2023), 316 (316).

¹⁶ Sehr anschaulich *Weick*, in: Staudinger (Begr.), BGB, §§ 21–79 (Vereine), Einleitung zu §§ 21 ff. BGB, Rn. 6 (Neubearbeitung 2005) („Der Wunsch, sich zusammenzuschließen und überindividuelle Vereinigungen zu gründen, ist ein Grundelement des sozialen Lebens. Es tritt uns in allen Lebensbereichen entgegen: in Religion und Wissenschaft, in der Politik, in der Wirtschaft sowie in Sport und anderen Freizeitbetätigungen; es hat in der Gegenwart in allen diesen Gebieten zur Gründung zahlreicher Verbände geführt. Ebenso gehört zu jeder höheren Kultur

Untersuchung keines empirischen Nachweises bedürfen¹⁷. Die Bedeutung zeigt sich in besonderem Maße im privaten Bereich beim Zusammenleben von „Menschen“ bzw. (Einzel-)„Personen“¹⁸ im „Familienverband“¹⁹ und im arbeitsteiligen²⁰ und

das Bedürfnis, überindividuelle Organisationen zu schaffen, sei es in Anlehnung an Verbände – heute auch oft in deren Rechtsformen – sei es in eigenen Formen, wie Anstalten und Stiftungen; Letztere haben sich insbes in religiösen, wissenschaftlichen und fürsorglichen Bereich entfaltet und spielen auch heute dort noch eine große Rolle. Gerade unter den technischen und ökonomischen Bedingungen unserer Zeit erscheint die überindividuelle Organisation, ja die Großorganisation, ganz unverzichtbar.“); ferner *Huber*, in: v. Mangoldt/Klein/Starck (Begr.), GG, 7. Aufl., 2018, Art. 19 GG, Rn. 225 (Art. 19 Abs. 3 GG ermöglicht die „Anpassung des Grundrechtsschutzes an die soziale Wirklichkeit, die die Grundrechtsberechtigten zunehmend dazu zwingt, ihre grundrechtlich geschützten Interessen im Zusammenwirken mit anderen zu verwirklichen“; ohne Hervorhebung aus Original); *Scheuner*, VVDStRL 22 (1964), 1 (32) („in der modernen Massendemokratie, die eine Gruppengesellschaft darstellt, längst von der Dreiheit: Staat – Gruppe – Individuum auszugehen wäre“).

¹⁷ Dazu s. Kapitel 4 E. III. 2., auch mit (kurzen) Ausführungen zur Vorgehensweise hinsichtlich der Feststellung der faktischen Bedeutung von „Personenmehrheiten“ in der Lebenswirklichkeit.

¹⁸ Allgemein zu „Abhängigkeiten und Hilfsbedürftigkeiten“ beim „Zusammenleben“ von „Menschen“ s. *Subr*, Gleiche Freiheit, 1988, S. 18.

¹⁹ Vgl. *Kirchhof*, in: Isensee/Kirchhof (Hrsg.), HStR, Band XII, 3. Aufl., 2014, § 283, Rn. 73 ff.; ferner *Badura*, in: Dürig/Herzog/Scholz (Begr.), GG, Art. 6 GG, Rn. 3 (Lfg. 86; 1/2019); *Becker*, Individualbesteuerung, 1970, S. 28 („Zelle der menschlichen Gesellschaft in biologischer und sittlicher Hinsicht“); *Gerber*, Rechte, 1852, Nachdruck 1913, S. 20 („Familien-Verbindungen“); *Jachmann*, in: Mössner (Hrsg.), Zukunft der Familienbesteuerung, 2008, S. 28 (28); *Schäfers*, Gegenwartskunde. Zeitschrift für Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Bildung, Sonderheft 1979, 13 (20 ff.).

²⁰ Arbeitsteilung meint hier zunächst, dass innerhalb eines Unternehmens Arbeitsteilung zwischen „Spezialisten“ erforderlich ist. Dazu s. *Augsberg*, in: Vesting/Korioth/Augsberg (Hrsg.), Grundrechte als Phänomene kollektiver Ordnung, 2014, S. 161 (163) („Spezialisierung und Arbeitsteilung“); *Hoffmann-Riem*, FS H. P. Ipsen, 1977, S. 385 (385) („Funktionen- und Arbeitsteiligkeit prägen die Arbeitsabläufe und die Verwertungsprozesse.“); *Scholz*, Koalitionsfreiheit, 1971, S. 6 („[Abhängige] Arbeit [enthält] in der Realität zumeist ein mechanisches [,arbeitsteiliges'] Gruppenmoment.“). Sind die Mitglieder der ein Unternehmen lediglich tragenden „Personenmehrheit“ unterschiedlich spezialisiert, kann auch insoweit Arbeitsteilung gegeben sein. Vgl. *Hoffmann-Riem*, FS H. P. Ipsen, 1977, S. 385 (385) („Dies gilt auch für den innerorganisatorischen Bereich von Betrieben und Unternehmen.“); *Subr*, EuGRZ 1984, 529 (542). Allgemein zur Arbeitsteiligkeit im Wirtschaftsleben s. BVerfG v. 1.3.1979 – 1 BvR 532/77 u. a., BVerfGE 50, 290 (362); *Bethge*, Grundrechtskollisionen, 1977, S. 327, 330, 365; *Böckenförde*, Staat, 2. Aufl., 1992, S. 409; *Freyer*, FS C. Schmitt zum 70. Geburtstag, 3. Aufl., 1994, S. 63 (67); *Ridder*, Ordnung, 1975, S. 95; *Rupp*, Wirtschaftsverfassung, 1974, S. 15 f., mit dem Hinweis auf das „hochkomplexe, extrem arbeitsteilige Sozialgeflecht gegenseitiger Angewiesenheit und Bindung“ im Kontext von Überlegungen zur Bedeutung von Grundrechten über das Individuum hinaus, freilich ohne spezifischen Bezug auf „Personenmehrheiten“; *Rupp*, AöR 101 (1976), 161 (164) („extrem arbeitsteilig“); *Rupp*, in: Merten/Papier (Hrsg.), HGR, Band II, 2006, § 36, Rn. 45; *Subr*, EuGRZ 1984, 529 (539); *Weber*, in: Reich (Hrsg.), Humanität und politische Verantwortung, 1964, S. 279 (280) („arbeitsteilige Berufstätigkeit“). Daran ändert es nichts, dass beispielsweise „durch Bildschirmarbeitsplätze“, die neuerdings häufig sogar Fern-/Heimarbeitsplätze sind, eine Vereinzelung im Arbeitsleben durch Reduzierung „sozialer Kontakte“ während der eigentlichen Arbeitsabläufe eintreten kann. Zu diesem Aspekt s. *Grimm*, Zukunft, 2. Aufl., 1994, S. 182 f. Ungeachtet dessen kann Arbeitsteilung auch unternehmensübergreifend erfolgen. Vgl. *Nipperdey*, Marktwirtschaft, 3. Aufl., 1965, S. 56, 64. Die Gesamtheit der „Unternehmer“ bildet

in einigen Bereichen kapitalintensiven²¹ Wirtschaftsleben²² beim Zusammenschluss in zivilrechtlichen „Gesellschaften“²³, aber auch im Rahmen der politischen Willensbildung durch „Versammlungen“ und „Vereinigungen“. In „Personenmehrheiten“ können sich „Menschen zur Steigerung ihrer individuellen Kräfte [...] zu Handlungseinheiten verbinden, um bestimmte Zwecke zu erreichen“²⁴. „Personenmehrheiten“ können wie zivilrechtliche „Gesellschaften“ aufgrund

keine „Personenmehrheit“. Zur fehlenden Eigenschaft eines so großen Personenkreises als „Personenmehrheit“ s. Kapitel 1 C. I. Allgemein zur Arbeitsteilung ohne besonderen Bezug zur Wirtschaft s. *Bayertz/Beck*, in: Heidbrink/Langbehn/Loh (Hrsg.), *Verantwortung*, 2017, S. 133 (139); *Lenk*, in: Heidbrink/Langbehn/Loh (Hrsg.), *Verantwortung*, 2017, S. 57 (58) („hoch differenzierten Gesellschaften und handlungs- und arbeitsteiligen Gruppenzusammenhängen [z. T. sehr vieler beteiligter Akteure und Betroffener]“), jeweils im Hinblick auf die Kategorie der „Verantwortung“.

²¹ Vgl. *Häberle*, *Wesensgehaltsgarantie*, 3. Aufl., 1983, S. 378 („Eigentumsfreiheit heute vielfach erst über Gruppenbildung und Gruppenschutz ‚kollektiv‘ ‚erfüllt‘ [z. B. im Handels- und Wirtschaftsrecht]“); *Isensee*, in: Isensee/Kirchhof (Hrsg.), *HStR*, Band IX, 3. Aufl., 2011, § 199, Rn. 3; *Weick*, in: Staudinger (Begr.), *BGB*, §§ 21–79 (Vereine), Einleitung zu §§ 21 ff. *BGB*, Rn. 61 (Neubearbeitung 2005); ferner *Badura*, *Eigentum*, 1972, T 9, der auf die „Assoziation und Konzentration des Kapitals“ durch Kapitalgesellschaften hinweist, was manchmal auch Folge einer gewissen Sinnhaftigkeit bzw. Notwendigkeit sein kann.

²² Vgl. *Burgi*, in: Kahl/Waldhoff/Walter (Hrsg.), *BoK GG*, Art. 12 Abs. 1 GG, Rn. 88, 102 (196. Aktualisierung; 2/2019) („großen und stetig wachsenden Vorkommens dieser Akteure in der heutigen Realität des Wirtschaftslebens“ und „Gesellschaftsrecht, [das] der unternehmerischen Betätigung jenes Maß an Leistungsfähigkeit vermittelt, das diese benötigt, um die [...] Funktionen beruflicher Betätigung überhaupt erst erfüllen zu können“); *Krüper*, *VVDStRL 79* (2020), 43 (54) („Welt der Wirtschaft keine Welt paktierender Individuen, sondern eine Welt der Korporationen“); *Weick*, in: Staudinger (Begr.), *BGB*, §§ 21–79 (Vereine), Einleitung zu §§ 21 ff. *BGB*, Rn. 6 (Neubearbeitung 2005) („Gerade unter den technischen und ökonomischen Bedingungen unserer Zeit erscheint die überindividuelle Organisation, ja die Großorganisation, ganz unverzichtbar.“); *Wagner*, *VVDStRL 27* (1969), 47 (74f.) („Kapitalgesellschaften [...] bestimmen die Struktur unserer Wirtschaftsordnung“); ferner *Subr*, *Bewußtseinsverfassung*, 1975, S. 354; *Subr*, *Gleiche Freiheit*, 1988, S. 20, mit dem Hinweis auf die „dichtgeflochtene Industriegesellschaft“ im Kontext von Überlegungen zur Bedeutung von Grundrechten über das Individuum hinaus, allerdings ohne spezifischen Bezug auf „Personenmehrheiten“; *Vesting/Korioth/Augsberg*, in: *Vesting/Korioth/Augsberg* (Hrsg.), *Grundrechte als Phänomene kollektiver Ordnung*, 2014, S. 1 (6) („praktische Zwänge der Sozialität [in der Wirtschaft [...]“); allgemein zur „Zusammenarbeit“ s. *Mathiesen*, in: Schmid/Schweikard (Hrsg.), *Kollektive Intentionalität*, 2009, S. 738 (738 ff.).

²³ Vgl. *Kirchhof*, in: Isensee/Kirchhof (Hrsg.), *HStR*, Band XII, 3. Aufl., 2014, § 283, Rn. 31; ferner *Isensee*, in: Isensee/Kirchhof (Hrsg.), *HStR*, Band IX, 3. Aufl., 2011, § 199, Rn. 3, speziell zu Kapitalgesellschaften im Wirtschaftsleben; *Jellinek*, *System*, 2. Aufl., 1905, Nachdruck 1963, S. 92f., zu den „mannigfaltigen juristischen Gebilde[n] der Gesellschaft, der gesamten Hand, sowie der Körperschaft, die von den einzelnen zur Ergänzung ihrer isolierten Kräfte und Taten zur besseren, sichereren, umfassenderen Befriedigung ihrer Interessen geschaffen werden“; *Nipperdey*, *Marktwirtschaft*, 3. Aufl., 1965, S. 51f., allgemein zur „freien Assoziation“ im Hinblick auf die Vereinigungsfreiheit aus Art. 9 Abs. 1 GG.

²⁴ Vgl. *Quilisch*, *Versammlung*, 1970, S. 139, speziell zu „Versammlungen“ im Sinne der Versammlungsfreiheit aus Art. 8 Abs. 1 GG und „Vereinigungen“ im Sinne der Vereinigungsfreiheit aus Art. 9 Abs. 1 GG, wobei es sich insoweit um eine Gemeinsamkeit wohl vieler „Personenmehrheiten“ handeln dürfte.

einer bewussten Entscheidung ihrer Mitglieder („künstlich“) gegründet werden, aber auch wie „Familienverbände“²⁵ oder andere Formen „kollektiven Zusammenwirkens“²⁶ ein Stück²⁷ weit „vorfindlich“ („natürlich“) sein²⁸. (Einzel-)„Personen“ sind dabei häufig Mitglied in einer Vielzahl von „Personenmehrheiten“ (z. B. Familie, Vereinigungen, Religionsgemeinschaft usw.)²⁹.

Wegen ihrer faktischen Bedeutung in der Lebenswirklichkeit können und dürfen „Personenmehrheiten“ von der Rechtsordnung nicht ignoriert werden, um diese nicht einem „rechtsfreien“ Raum zuordnen zu müssen. Das vorhandene Spektrum ihrer rechtlichen Relevanz reicht vom weitgehend unverbindlichen „Zusammenschluss“ von (Einzel-)„Personen“ (wie einer einmaligen „Versammlung“ im Sinne des Versammlungsrechts bzw. der Versammlungsfreiheit aus Art. 8 Abs. 1 GG) über den vor allem im Binnenverhältnis rechtsverbindliche Rechte und Pflichten begründenden Verbund von (Einzel-)„Personen“ (wie einem „Familienverband“ mit wechselseitigen Rechten und Pflichten seiner Mitglieder³⁰) bis hin zur rechtlichen Verselbständigung mehrerer (Einzel-)„Personen“ in einem eigenständigen Rechtsträger (wie einer zivilrechtlichen „Gesellschaft“ im Verhältnis zu ihren Mitgliedern und außenstehenden Rechtsträgern)³¹. Aufgrund ihrer faktischen

²⁵ Vgl. *Badura*, in: Dürig/Herzog/Scholz (Begr.), GG, Art. 6 GG, Rn. 4 (Lfg. 86; 1/2019); *Burgi*, in: Höfling (Hrsg.), BerlK GG, Art. 6 Abs. 1 GG, Rn. 17 (4. Erg.-Lfg.; IV/02) („Ehe und Familie sind Phänomene der sozialen Lebenswirklichkeit“); *Gerber*, Rechte, 1852, Nachdruck 1913, S. 19f.; *Häberle*, Verfassungsschutz, 1984, S. 1f. („[U]rverband“, „soziale Lebensgemeinschaft“ und „vorgegeben“); *Höfling*, Grundrechtsinterpretation, 1987, S. 191; *Küchenhoff*, Staatsrecht, Allgemeiner Teil, 1951, S. 28f. („Naturereignis“); *Scheffler*, in: Bettermann/Nipperdey/Scheuner (Hrsg.), Grundrechte, Band IV/1, 2. Aufl., 1972, S. 245 (249); *Seiler*, Grundzüge, 2008, S. 21f. („Verantwortungsgemeinschaft Familie als vorrechtliche Verfassungsvoraussetzung“); *Smend*, Verfassung, 1928, S. 17; ferner *Grimm*, in: Grimm (Hrsg.), Rechtswissenschaft und Nachbarwissenschaften, Band 1, 1976, S. 53 (56); allgemein zu „Lebensgemeinschaften“ *Burgi*, in: Höfling (Hrsg.), BerlK GG, Art. 6 Abs. 1 GG, Rn. 43 (4. Erg.-Lfg.; IV/02).

²⁶ Dazu könnten auch „Vereine und Versammlungen“ als „soziologisch verwandte Gebilde“ und „Urformen kollektiven Zusammenwirkens“ gehören. Vgl. *Füßlein*, in: Neumann/Nipperdey/Scheuner (Hrsg.), Grundrechte, Band II, 2. Aufl., 1968, S. 425 (426). Deren Begründung hängt jedoch tatsächlich mehr von einer Entscheidung ab als die eines „Familienverbands“.

²⁷ Aktuell sind „Familienverbände“ auch „von der Rechtsordnung, vor allem vom Bürgerlichen Recht, geprägt [und] rechtlich mitgeformt“. Vgl. *Müller/Christensen*, Methodik, 11. Aufl., 2013, Rn. 46. Anders als die „Familie“ setzt die „Ehe“ auch einen Rechtsakt, nämlich zwei übereinstimmende Willenserklärungen (§ 1310 Abs. 1 S. 1 BGB), voraus. Vgl. *Kloepfer*, in: Merten/Papier (Hrsg.), HGR, Band II, 2006, § 43, Rn. 74.

²⁸ Zur Entstehung von „Gruppen“ („Personenmehrheiten“) s. *Pettit*, in: Schmid/Schweikard (Hrsg.), Kollektive Intentionalität, 2009, S. 586 (599); allgemein zu „rechtlichen Gebilde[n]“, die „unabhängig vom positiven Recht“ bestehen und „von ihm vorausgesetzt und benutzt“ werden s. *Reinach*, Phänomenologie, 1953, S. 18.

²⁹ Vgl. *Funke*, VVDStRL 82 (2023), 247 (248).

³⁰ Vgl. *Funke*, VVDStRL 82 (2023), 247 (263; Fn. 54).

³¹ Vgl. *Subr*, EuGRZ 1984, 529 (533), der im Rahmen seiner Überlegungen zur „Freiheit durch andere“ am Ende des Spektrums mit den „loseren“ Formen auch „Spiel“, „Gespräch“ und „Vertrag“ einbezieht; ferner *Kelsen*, Staatslehre, 1925, Nachdruck 1966, S. 66, der am anderen Ende des Spektrums auch den „Staat“, den „Staatenverbund“ und die „Völkerrechtsgemeinschaft“ erfasst; ähnlich weitgehend *Volkman*, in: Merten/Papier (Hrsg.), HGR, Band II, 2006,

Bedeutung in einer Vielzahl von Lebensbereichen sind „Personenmehrheiten“ in ebenso vielen Rechtsbereichen³² relevant.

Die Gegenüberstellung der faktischen Bedeutung von „Personenmehrheiten“ in der Lebenswirklichkeit einerseits und ihrer Verrechtlichung andererseits ist aus zwei Gründen wichtig. Zum einen ist die Verrechtlichung – wie im Übrigen jede rechtliche Regelung – rechtfertigungsbedürftig und auch hier nicht zwangsläufige Folge einer bestimmten faktischen Bedeutung des zu regelnden Sachverhalts³³. Zum anderen kann sich die inhaltliche Ausgestaltung der „Verrechtlichung“ bei gleichbleibenden Fakten ändern. Ursache dafür kann unter anderem die „erhebliche Offenheit“³⁴, die „große inhaltliche Weite und Unbestimmtheit“³⁵ sowie die „hochgradige Konkretisierungsbedürftigkeit“³⁶ inhaltsbeeinflussender³⁷ verfassungsrechtlicher Normen sein, die „oft noch gar keinen fertigen Maßstab bereitstellen“³⁸. In der Folge kann sich der ihnen beigemessene Inhalt mit Auswirkungen auf die Ausgestaltung des einfachen Rechts ändern, etwa im Falle einer sich wandelnden Sensibilität hinsichtlich verfassungsrechtlicher Maßstäbe³⁹ im Zusammenspiel mit einer veränderten Wahrnehmung bzw. Bewertung der „Lebensverhältnisse“⁴⁰. Im Bereich von „Familienverbänden“⁴¹ wird dies deutlich bei der rechtlichen Behand-

§ 32, Rn. 30, teilweise unter Berufung auf *Weber*; dagegen sieht *Häberle*, ZHR 145 (1981), 473 (481) und *Häberle*, Wesensgehaltsgarantie, 3. Aufl., 1983, S. 376 das Ende dieser Seite des Spektrums in Art. 19 Abs. 3 GG, der „die Gruppe selbst zum ‚Grundrechtsträger‘ erhebt“; zur „Unübersichtlichkeit“ s. *Funke*, VVDStRL 82 (2023), 247 (258).

³² Zur Bedeutung in ausgewählten Rechtsbereichen s. Kapitel 7 bis 11.

³³ Zur gleichwohl bestehenden Relevanz der faktischen Bedeutung von „Personenmehrheiten“ in der Lebenswirklichkeit für die Auslegung der Verfassung, insbesondere der Grundrechte, s. Kapitel 4 E. III. 4.

³⁴ Vgl. *Höfling*, Grundrechtsinterpretation, 1987, S. 47 ff., 80 ff., insbesondere zu den „Formulierungen des Grundrechtskatalogs“, die jedoch auch bei anderen Verfassungsnormen wie Staatsstrukturmerkmalen und Staatszielbestimmungen feststellbar ist; ferner *Hesse*, in: Benda/Maihofer/Vogel (Hrsg.), HVerfR, 1994, § 1, Rn. 15 ff.; *Hoffmann-Riem*, Der Staat 43 (2004), 203 (207); *Müller-Franken*, FS Isensee, 2007, S. 229 (237); weiter *Kirchhof*, DRiZ 2019, 344 (345) („karge Normtexte“).

³⁵ Vgl. *Hesse*, Grundzüge, 20. Aufl., 1999, Rn. 19.

³⁶ Vgl. *Grimm*, Zukunft, 2. Aufl., 1994, S. 22; ferner *Bunke*, in: Hoffmann-Riem/Brandt/Schuler-Harms (Hrsg.), Offene Rechtswissenschaft, 2010, S. 435 (444); *Grimm*, in: Grimm (Hrsg.), Rechtswissenschaft und Nachbarwissenschaften, Band 1, 1976, S. 53 (54) („beträchtliche Allgemeinheit der Formulierung“); *Häberle*, Wesensgehaltsgarantie, 3. Aufl., 1983, S. 218, mit dem Hinweis auf den „Generalklauselcharakter“ und der „hieraus folgenden Konkretisierungsbedürftigkeit“ als Grund für die „inhaltliche Elastizität von Grundrechten und Grundrechtsgrenzen“.

³⁷ Dazu s. unten im Text und Kapitel 2 A., Kapitel 2 B. IV. 1. und Kapitel 2 B. VIII.

³⁸ Vgl. *Grimm*, in: Grimm (Hrsg.), Rechtswissenschaft und Nachbarwissenschaften, Band 1, 1976, S. 53 (56).

³⁹ Zur Problematik des „Verfassungswandels“ s. Kapitel 4 E. III. 4. b) cc).

⁴⁰ Allgemein dazu s. *Hesse*, Grundzüge, 20. Aufl., 1999, Rn. 23, 37; *Smend*, Verfassung, 1928, S. 137; ferner *Becker/Kersten*, AöR 141 (2016), 1 (14) („Wertvorstellungen in der Bevölkerung“). Von einer solchen Veränderung der Wahrnehmung bzw. Bewertung ist die allgemeine Relevanz der Lebenswirklichkeit für die Auslegung der Verfassung zu unterscheiden. Dazu s. Kapitel 4 E. III. 4., insbesondere zur faktischen Bedeutung von „Personenmehrheiten“.

⁴¹ Dazu s. *Becker/Kersten*, AöR 141 (2016), 1 (14) („Verfassungsinstitute und Verfassungsin-

lung von gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften⁴². Diese konnten zunächst hinsichtlich bestimmter Handlungen strafrechtliche Konsequenzen haben⁴³, ohne dass dies vom Bundesverfassungsgericht beanstandet wurde⁴⁴. Später wurde für diese Form menschlichen Zusammenlebens mit der „eingetragenen Lebenspartnerschaft“⁴⁵ die Möglichkeit zivilrechtlicher Verfestigung geschaffen, die – nicht zuletzt wegen verfassungsrechtlicher, insbesondere gleichheitsrechtlicher, Bindungen⁴⁶ – zumindest eine Annäherung⁴⁷ an die zivilrechtliche Ehe herbeiführte, die ursprünglich nur verschiedengeschlechtlichen Lebensgemeinschaften (§ 1353 Abs. 1 BGB a. F.) offen stand. In zentralen Bereichen des öffentlichen Rechts gab es eine ähnliche Entwicklung. So wurden gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften anerkannt, etwa im Sozialrecht als Bedarfsgemeinschaft⁴⁸. Zudem wurden ein-

titionen wie etwa [...] Ehe und Familie [...] aufgrund eines sozialen Kontextwandels normativ [mit]verändern“).

⁴² Vgl. *Prinz*, FR 2010, 105 (113), in Bezug auf das vor Einführung von § 2 Abs. 8 EStG bestehende (einfachrechtliche) Rechtsproblem der Erstreckung des steuerrechtlichen Ehegattensplittings (§ 32a Abs. 5 EStG) auf eingetragene Lebenspartnerschaften, das „zeigt, dass die realen Lebensbedingungen und -zusammenhänge sich mittlerweile stark von denjenigen unterscheiden, die 1958 zur Einführung des Ehegattensplittings geführt haben“.

⁴³ Dazu s. § 175 StGB, dessen (letzte) Fassung vom 10.3.1987 durch Art. 1 Nr. 1 des Neunundzwanzigsten Strafrechtsänderungsgesetzes – §§ 175, 182 StGB (29. StrÄndG) vom 31.5.1994, BGBl. I 1994, 1168 mit Wirkung vom 11.6.1994 aufgehoben wurde; § 175a StGB in der Fassung vom 28.6.1935 war bereits durch Art. 1 Nr. 52 des Ersten Gesetzes zur Reform des Strafrechts (1. StrRG) vom 25.6.1969, BGBl. I 1969, 645 mit Wirkung vom 1.9.1969 aufgehoben worden, wobei wesentliche Inhalte im zunächst fortbestehenden § 175 StGB geregelt wurden.

⁴⁴ Vielmehr wurde vom Bundesverfassungsgericht die Anwendung von § 175 und § 175a StGB für verfassungskonform gehalten. Vgl. BVerfG v. 10.5.1957 – 1 BvR 550/52, BVerfGE 6, 389 (419 ff.); ferner BVerfG v. 18.11.1954 – 1 BvR 550/52, BVerfGE 4, 110 (113 ff.).

⁴⁵ S. Gesetz über die eingetragene Lebenspartnerschaft (Lebenspartnerschaftsgesetz – LPartG) vom 16.2.2001, BGBl. I 2001, 266; zur Verfassungsmäßigkeit s. BVerfG v. 17.7.2002 – 1 BvF 1/01 u. a., BVerfG 105, 313 (313 ff.).

⁴⁶ Dazu s. BVerfG v. 19.2.2013 – 1 BvL 1/11 u. a., BVerfGE 133, 59 (50 ff.), zur sog. Sukzessiv-adoption. Verfassungs-, insbesondere grundrechtliche Bindungen bestehen keineswegs nur in der Bundesrepublik Deutschland, wie etwa die Rechtsprechung des U.S. Supreme Court im Fall „Obergefell v. Hodges“, 576 U.S. 644 (2015), zeigt.

⁴⁷ Eine Gleichstellung von „eingetragener Lebenspartnerschaft“ und „Ehe“ bestand jedoch nicht. So auch BVerfG v. 6.5.2008 – 2 BvR 1830/06, NJW 2008, 2325 (2326), zum Verheirateten-zuschlag im Beamtenbesoldungsrecht. Im Zivilrecht zeigte sich dies im Verbot gemeinschaftlicher Adoption von Kindern durch eingetragene Lebenspartner nach § 1741 Abs. 2 S. 1 BGB und § 9 Abs. 6 und Abs. 7 LPartG. Die Verfassungsmäßigkeit dieses Verbots blieb ungeklärt, denn Vorlagen des AG Schöneberg (AG Schöneberg v. 11.3.2013 – 24 F 172/12, 24 F 250/12, juris) waren unzulässig. S. BVerfG v. 23.1.2014 – 1 BvL 2/13, 1 BvL 3/13, juris.

⁴⁸ Dazu s. § 7 Abs. 3 Nr. 3 SGB II in der Fassung vom 20.7.2006, die durch Art. 1 Nr. 7 Buchst. a des Gesetzes vom 20.7.2006, BGBl. I. 2006, 1706 eingeführt wurde. Ausweislich der Begründung des Gesetzentwurfs sollen auch die Partner einer nicht eingetragenen gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaft zu einer Bedarfsgemeinschaft werden können, wenn sie eine Einstehensgemeinschaft im Sinne des § 7 Abs. 3 Nr. 3 Buchst. c SGB II bilden. Vgl. BT-Drucks. 16/1410, S. 19. Die nachfolgenden sprachlichen Änderungen der Regelungen haben daran nichts geändert. Vgl. Sächsisches LSG v. 4.1.2017 – L 3 AS 1222/15 NZB, juris. Auch Transsexuelle können Mitglied einer „Bedarfsgemeinschaft“ sein. Vgl. Sächsisches LSG v. 4.1.2017 – L 3 AS 1222/15 NZB, juris.

getragene Lebenspartnerschaften – bisweilen als Folge von Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts – der Ehe durch Erstreckung ehebezogener Regelungen angenähert, etwa im Steuer-⁴⁹ und Sozialrecht⁵⁰. Schließlich wurde im Jahre 2017 die zivilrechtliche „Ehe“ durch Ergänzung von § 1353 Abs. 1 BGB („zwei Personen verschiedenen oder gleichen Geschlechts“) für gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften geöffnet⁵¹ (sog. „Ehe für alle“)⁵². Damit werden verrechtlichte verschieden- und gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften im Zivil- und im öffentlichen Recht nunmehr vollständig gleichbehandelt.

Rechtliche Regelungen bewirken eine rechtliche Verfestigung von „Personenmehrheiten“⁵³, die neben außerrechtliche inhaltliche Kriterien zur Abgrenzung von „Personenmehrheiten“⁵⁴ oder an die Stelle solcher Kriterien tritt. Die Abgrenzungskriterien können als inhaltliche Begründung der rechtlichen Regelungen bedeutsam sein⁵⁵. Die Gestaltungsfreiheit des Gesetzgebers⁵⁶ für die Schaffung des „personenmehrheitsbezogenen“ Rechts ist dabei durch Vorgaben aus übergeord-

⁴⁹ Dazu s. BVerfG v. 21.7.2010 – 1 BvR 611/07 u. a., BVerfGE 126, 400 (400ff.), zu ehebezogenen Regelungen im Erbschaft- und Schenkungsteuerrecht; v. 18.7.2012 – 1 BvL 16/11, BVerfGE 132, 179 (179ff.), zu ehebezogenen Regelungen im Grunderwerbsteuerrecht; v. 7.5.2013 – 2 BvR 909/06 u. a., BVerfGE 133, 377 (377ff.), zum Ehegattensplitting im Einkommensteuerrecht. Mit Art. 1 Nr. 1 des Gesetzes zur Änderung des Einkommensteuergesetzes in Umsetzung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes vom 7.5.2013 vom 15.7.2013, BGBl. I 2013, 2397, wurde § 2 Abs. 8 EStG in das EStG eingefügt, wonach Regelungen des EStG zu „Ehegatten und Ehen“ auch auf „Lebenspartner und Lebenspartnerschaften“ anzuwenden sind. Damit ist insbesondere eine Zusammenveranlagung von Lebenspartnern nach § 26 Abs. 1 S. 1, § 26b EStG und in der Folge die Anwendung der ggf. vorteilhaften Tarifvorschrift in § 32a Abs. 5 EStG möglich (sog. Splitting-Verfahren bzw. Ehegattensplitting).

⁵⁰ Dazu s. BVerfG v. 7.7.2009 – 1 BvR 1164/07, BVerfGE 124, 199 (199ff.), zur betrieblichen Hinterbliebenenversorgung für Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes; v. 11.12.2019 – 1 BvR 3087/14, FamRZ 2020, 244 (244ff.), zur Berechnung der Zusatzrente der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL).

⁵¹ Dazu s. Art. 1 Nr. 2 des Gesetzes zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts vom 20.7.2017, BGBl. I 2017, 2787; zum Begriff „Ehe für alle“ bereits *Baer*, NJW 2013, 3145 (3146). „Eingetragene Lebenspartnerschaften“ dürfen nicht mehr geschlossen werden (Art. 3 Abs. 3 des Gesetzes zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts vom 20.7.2017, BGBl. I 2017, 2787) und bestehende können in zivilrechtliche Ehen umgewandelt werden können (§ 20a S. 1 LPartG).

⁵² Die verfassungsrechtliche Bewertung der Öffnung der „Ehe“ für gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften ist umstritten. Zur Problematik statt vieler *Brosius-Gersdorf*, NJW 2015, 3557 (3559ff.); *Schaefer*, AöR 143 (2018), 393 (393ff.), unter Heranziehung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts insbesondere aus Art. 2 Abs. 1 GG als „Auffanggrundrecht“; *Volkmann*, JZ 2018, 265 (271), mit Hinweis auf die Möglichkeit eines „Verfassungswandels“, jeweils für Verfassungsmäßigkeit; ebenso und besonders umfassend *Wollenschläger*, Rechtsgutachten, 2018; ferner *Ipsen*, NVwZ 2017, 1096 (1098f.); *Schmidt*, NJW 2017, 2225 (2227f.), jeweils für Verfassungswidrigkeit.

⁵³ Zu dieser s. Kapitel 1 C. V. 2. c).

⁵⁴ Zu diesen s. Kapitel 1 C. V. 2. b).

⁵⁵ Zum Verhältnis außerrechtlicher inhaltlicher Abgrenzungskriterien und rechtlicher Verfestigung s. Kapitel 1 C. V. 2. d).

⁵⁶ S. Kapitel 3 H., Kapitel 4 G. und Kapitel 5. E.

netem Recht begrenzt. Trotz des „Personenmehrheitsbezugs“ als Gemeinsamkeit weisen Regelungen zur rechtlichen Verfestigung von „Personenmehrheiten“ substantielle Unterschiede auf, die insbesondere die Eigenschaft als Normadressat betrifft⁵⁷. Zum einen können Rechtsnormen an die Mitglieder der „Personenmehrheit“ gerichtet sein, wenn diese rechtlich nicht verselbständigt ist. Dabei wird im Rahmen der inhaltlichen Ausgestaltung der maßgeblichen Vorschriften die Mitgliedschaft der Normadressaten in der „Personenmehrheit“ berücksichtigt. Zum anderen kann eine „Personenmehrheit“ selbst Normadressat sein, wenn Regelungen zur rechtlichen Verfestigung auch eine rechtliche Verselbständigung erzeugen.

Ungeachtet einer bestehenden „Verrechtlichung“ von „Personenmehrheiten“ scheint die Rechtsordnung auf der Grundlage eines „Menschenbild[s], das den einzelnen in seiner Würde und Freiheit in den Mittelpunkt des Rechts rückt“⁵⁸, individualrechtlich geprägt und auf „Menschen“ als (Einzel-)„Personen“ ausgerichtet zu sein. Dies gilt für das Zivilrecht, das dem „Menschen“ nach Vollendung der Geburt ohne weitere Voraussetzung die Rechtsfähigkeit zuerkennt (§ 1 BGB)⁵⁹. Individualbezogenheit ist aber auch Merkmal des öffentlichen Rechts, das durch einfaches und übergeordnetes Recht, insbesondere Verfassungsrecht, das Verhältnis⁶⁰ des „Bürgers“ als Normadressaten zum Staat begründet und inhaltlich ausgestaltet⁶¹. Als rechtsbereichsübergreifendes Merkmal ist die Individualbezogenheit Charakteristikum aller „bürgerrelevanten“ Bereiche des öffentlichen Rechts unter Einschluss aller Ebenen der Normenhierarchie. So enthält das einfache Recht zahlreiche eindeutig individualbezogene Grundentscheidungen wie den steuerrechtlichen Grundsatz der Individualbesteuerung⁶² oder die Aufgaben des Sozialgesetzbuchs und des Sozialrechts, die in § 1 Abs. 1 S. 1 und 2 SGB I als Sicherstellung sozialer Gerechtigkeit und sozialer Sicherheit beschrieben und durch weitere Individualbezüge konkretisiert werden⁶³. Solche Grundentscheidungen prägen die einfachrechtlichen Regelungen des jeweiligen Rechtsbereichs. Auf der Ebene des Verfassungsrechts schützen die überwiegend „menschenrechtlich“ verwurzelten, dabei im Wesentlichen rechtsbereichsunspezifischen Grundrechte als „Prototyp“

⁵⁷ Zur daraus folgenden „Typologie“ von „Personenmehrheiten“ s. Kapitel 1 E.

⁵⁸ Vgl. *Kirchhof*, in: Isensee/Kirchhof (Hrsg.), HStR, Band XII, 3. Aufl., 2014, § 283, Rn. 134; ferner *Scholz*, Koalitionsfreiheit, 1971, S. 69. Zumindest für die Auslegung der Grundrechte darf dieses Menschenbild jedoch „nicht auf Grund anthropologischer Vorverständnisse unterlegt werden, sondern ist aus den zumal grundrechtlichen Verfassungsbestimmungen zu gewinnen“. So zutreffend *Sachs*, in: Sachs (Hrsg.), GG, 9. Aufl., 2021, Vor Abschn. I GG, Rn. 62.

⁵⁹ Dazu s. *Hattenbauer*, in: Klein/Menke (Hrsg.), Der Mensch als Person und Rechtsperson, 2011, S. 39 (39); *Lehmann*, AcP 207 (2007), 225 (226 ff.); *Palm*, in: Gröschner/Kirste/Lembcke (Hrsg.), Person und Rechtsperson, 2015, S. 295 (312).

⁶⁰ Zu diesem s. Kapitel 1 D.

⁶¹ S. Kapitel 1 B. II.

⁶² Zum Grundsatz der Individualbesteuerung s. Kapitel 2 C. II. 4.

⁶³ Zu Konkretisierungen der Aufgaben des Sozialrechts s. Kapitel 2 C. III. 3., und Kapitel 2 C. III. 4.

individualbezogener Gewährleistungen vorrangig einzelne „Menschen“⁶⁴. Aufgrund ihres aus dem Verfassungsrang resultierenden Vorranganspruchs⁶⁵ und der damit zusammenhängenden „Fundamentalität“⁶⁶ beeinflussen sie maßgeblich die inhaltliche Ausgestaltung des einfachen Rechts und damit auch das Staat-Bürger-Verhältnis⁶⁷. Dasselbe gilt für die Vorgaben aus vielen Staatsstrukturmerkmalen und Staatszielbestimmungen wie Rechtsstaats-, Demokratie- und Sozialstaatsprinzip⁶⁸. Diese sind trotz ihres objektiv-rechtlichen Charakters individualbezogen, denn sie bestehen nicht um ihrer selbst, sondern wegen ihrer Funktion zur Ergänzung und Verstärkung der Grundrechte wie diese ebenfalls um des „Menschen“ willen, freilich ohne die Möglichkeit für „Menschen“, die entsprechenden Gewährleistungen selbst unmittelbar geltend zu machen. Die teilweise vorhandene und sogar einfach erkennbare konzeptionelle Überindividualbezogenheit einzelner Grundrechte wie dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung für Ehe und Familie aus Art. 6 Abs. 1 GG, der Versammlungsfreiheit aus Art. 8 Abs. 1 GG und der Vereinigungsfreiheit aus Art. 9 Abs. 1 GG sowie der „Grundrechtsträgerschaftserweiterung“ aus Art. 19 Abs. 3 GG für „juristische Personen“ ändern nichts an der grundsätzlichen Individualgerichtetheit des Staat-Bürger-Verhältnisses.

Die aus einer solchen Wahrnehmung folgende Beschreibung des „Staat-Bürger-Verhältnisses“ als individualrechtlich geprägt ist mit Blick auf die grundsätzliche Individualbezogenheit der verbindlichen Vorgaben aus übergeordnetem Recht, insbesondere aus dem Verfassungsrecht, aber auch die dem einfachen Recht zu Grunde liegenden konzeptionellen Grundentscheidungen zumindest als Ausgangspunkt für „personenmehrheitsbezogene“ Betrachtungen nachvollziehbar. Gleichwohl erfordert die faktische Bedeutung von „Personenmehrheiten“ in der Lebenswirklichkeit als weiterem Ausgangspunkt die genaue Bestimmung ihres

⁶⁴ Zu den Grundrechten als „Prototyp“ individualbezogener Gewährleistungen s. Kapitel 2 B. IV.

⁶⁵ Vgl. *Grimm*, *Zukunft*, 2. Aufl., 1994, S. 69; *Hesse*, in: Benda/Maihofer/Vogel (Hrsg.), *HVerfR*, 1994, § 1, Rn. 14; *Kingreen/Poscher*, *Grundrechte*, 39. Aufl., 2023, Rn. 5, 21; *Merten*, in: *Merten/Papier* (Hrsg.), *HGR*, Band II, 2006, § 35, Rn. 124; allgemein zum Vorrang der Verfassung *Grimm*, *Zukunft II*, 2012, S. 24; *Müller-Franken*, *FS Isensee*, 2007, S. 229 (238); *Scheuner*, *AöR* 95 (1970), 353 (362 ff.).

⁶⁶ Vgl. *Merten*, in: *Merten/Papier* (Hrsg.), *HGR*, Band II, 2006, § 35, Rn. 124.

⁶⁷ Vgl. *Vitzthum*, in: *Merten/Papier* (Hrsg.), *HGR*, Band II, 2006, § 48, Rn. 4 („Ausrichtung der Grundrechte auf das Bürger-Staat-Verhältnis“); *Henke*, *Recht*, 1968, S. 1; *Henke*, *DÖV* 1984, 1 (2); *Masing*, in: *Voßkuhle/Eifert/Möllers* (Hrsg.), *Grundlagen des Verwaltungsrechts*, Band I, 3. Aufl., 2022, § 10, Rn. 37 f. („zentral prägende Grundstrukturierung“; ohne Hervorhebung aus Original); *Maurer/Waldhoff*, *Allgemeines Verwaltungsrecht*, 20. Aufl., 2020, § 15, Rn. 15 („grundrechtlich geprägte[s] Staat-Bürger-Verhältnis“); *Merten*, in: *Merten/Papier* (Hrsg.), *HGR*, Band II, 2006, § 35, Rn. 116, 120; *Ruffert*, in: *Voßkuhle/Eifert/Möllers* (Hrsg.), *Grundlagen des Verwaltungsrechts*, Band I, 3. Aufl., 2022, § 7, Rn. 55 f. („verfassungs[=grundrechts]geprägtes Verwaltungsrecht“); *Schmitt*, *Verfassungslehre*, 11. Aufl., 1928, Nachdruck 2017, S. 164; ferner s. Kapitel 2 B. IV. 1. und Kapitel 2 B. VIII.

⁶⁸ Zu den Staatsstrukturmerkmalen und Staatszielbestimmungen als individualbezogene Gewährleistungen s. Kapitel 2 B. V.

Register

Abgrenzungskriterien 8, 55–65

- *siehe auch* „Personenmehrheiten“
- *siehe auch* Sozialwissenschaften
- *siehe auch* Verfestigung, rechtliche
- *siehe auch* Verselbständigung, rechtliche
- Bedeutung der Abgrenzungskriterien 55–58
- Bezugssubjekt und Bezugsobjekt 58–60
- emotionale Verbundenheit 60–61
- Feststellung 65
- gemeinsamer religiöser Glaube und gemeinsame religiöse Religionsausübung 64–65
- gleichgerichtete oder gemeinsame Interessen 61–63
- gleichgerichtetes oder gemeinsames Handeln 63–64
- parallele Interessen 62–63, 124, 127–128, 136, 408, 419
- Verhältnis zu rechtlicher Verfestigung 68–71

Allgemeines Persönlichkeitsrecht (Art. 2 Abs. 1 i. V. m. Art. 1 Abs. 1 GG)

- *siehe auch* besonderer Schutz der staatlichen Ordnung für Ehe und Familie (Art. 6 Abs. 1 GG)
- *siehe auch* Computergrundrecht (Art. 2 Abs. 1 i. V. m. Art. 1 Abs. 1 GG)
- *siehe auch* Grundrechte
- *siehe auch* Kommunikationsgrundrechte
- *siehe auch* Versammlungsfreiheit
- *siehe auch* Versammlungsrecht
- Entscheidungsfreiheit 240
- Grundrechtsträgerschaftserweiterung (Art. 19 Abs. 3 GG) 473
- Selbstbestimmungsrecht 240
- Verhältnis zum besonderen Schutz der staatlichen Ordnung für Ehe und Familie (Art. 6 Abs. 1 GG) 415

- Verhältnis zu Kommunikationsgrundrechten 109, 413

- Verhältnis zur Versammlungsfreiheit (Art. 8 Abs. 1 GG) 815

Allgemeinheit 137, 139, 143

- Einordnung als „Personenmehrheit“ 139
- Funktion 143, 230–231

- Individualbezogenheit 230–231

Allgemeinwohl, *siehe* Gemeinwohl

Arbeitgeber und Arbeitnehmer

- *siehe auch* Indienstnahme Privater
- *siehe auch* Sozialrecht
- *siehe auch* Steuerrecht
- Abzugs- und Entrichtungspflichten 84, 639, 731–732
- Einordnung von Arbeitgeber und Arbeitnehmer als „Personenmehrheit“ 84, 639
- Mitwirkungspflichten 254, 746

Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, insbesondere Gewerkschaften

- *siehe auch* Arbeitgeber und Arbeitnehmer
- *siehe auch* Koalitionsfreiheit (Art. 9 Abs. 3 GG)
- Einordnung als „Personenmehrheit“ 127

Auslegung

- *siehe auch* Schutzdefizite, grundrechtliche
- Auslegungsrelevanz der Lebenswirklichkeit im Allgemeinen und der faktischen Bedeutung von „Personenmehrheiten“ 493–496, 502–525
- faktische Bedeutung von „Personenmehrheiten“ in der Lebenswirklichkeit“ 493–525
- Grundrechte 167–168, 392–394
- personenmehrheitsfreundliche Auslegung 543–554

- Staatstrukturmerkmale und Staatszielbestimmungen 204–205

Beiträge 249–250, 648

- *siehe auch* Berufs- und Wirtschaftskammern
- *siehe auch* Finanzverfassungsrecht
- *siehe auch* Gebühren
- *siehe auch* Sonderabgaben
- *siehe auch* Steuerrecht
- *siehe auch* Vorzugslasten
- Begriff 249–250
- Berufs- und Wirtschaftskammern 280–281, 369–370, 835–836
- Gegenleistung 250, 648
- Individualbezogenheit 250
- Rundfunkbeitrag 125, 445–446
- Überindividualbezogenheit 648

Berufs- und Wirtschaftskammern 368–370, 834–836

- *siehe auch* Beiträge
- *siehe auch* Wirtschaftsverwaltungsrecht
- allgemein 74, 368–370, 834–836
- Beiträge 280–281, 369–370, 835–836
- demokratische Legitimation 90, 225, 836
- Leistungsfähigkeit 280–281, 369–370, 836
- Mitgliedschaft (Voraussetzungen) 835
- „Personenmehrheiten“ als Mitglieder 835
- Selbstverwaltung, funktional 89–91, 836
- Zwangszusammenschluss 90–91, 368, 835

Berufsfreiheit (Art. 12 Abs. 1 GG)

- *siehe auch* Grundrechte
- *siehe auch* Grundrechtsträgerschaftserweiterung (Art. 19 Abs. 3 GG)
- *siehe auch* Kapitalgesellschaften
- Beruf 426
- Grundrechtsträgerschaftserweiterung (Art. 19 Abs. 3 GG) 477

Besonderer Schutz der staatlichen Ordnung für Ehe und Familie (Art. 6 Abs. 1 GG) 416–417

- *siehe auch* Allgemeines Persönlichkeitsrecht (Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG)
- *siehe auch* Ehe
- *siehe auch* Familie

- *siehe auch* Grundrechte
- *siehe auch* Institutsgarantie
- Abstandsgebot 451–452
- Begriffe 416
- Freiheitsgrundrecht 416–417
- Gleichheitsgrundrecht 450–452
- Institutsgarantie 416–417
- Verhältnis zum allgemeinen Persönlichkeitsrecht (Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG) 415

Bewegungen, soziale

- *siehe auch* Emergenz, soziale
- Beispiele: Extinction Rebellion (XR), Fridays for Future und Letzte Generation 2, 111–112
- Einordnung als „Personenmehrheit“ 2, 111–112

Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Art. 10 Abs. 1 GG) 413–414

- *siehe auch* Grundrechte
- *siehe auch* Kommunikationsgrundrechte
- *siehe auch* Kommunikationsvorgänge
- allgemein 413–414
- Überwachung 806–807

Bürger

- *siehe auch* Person
- *siehe auch* Staat-Bürger-Verhältnis
- Begriff 39

Bundesrepublik Deutschland

- *siehe auch* Bundesstaat
- *siehe auch* Staatsstrukturmerkmale und Staatszielbestimmungen
- Grundrechte 164
- juristische Person des öffentlichen Rechts 119–120
- Staatlichkeit 154

Bundesstaat, *siehe* Bundesstaatsprinzip

- *siehe auch* Staatsstrukturmerkmale und Staatszielbestimmungen

Bundesstaatsprinzip 228–230, 610

- *siehe auch* Bundesrepublik Deutschland
- *siehe auch* Bundesstaat
- *siehe auch* Finanzverfassungsrecht
- *siehe auch* Staatsstrukturmerkmale und Staatszielbestimmungen
- Begriff 228–229
- Gewaltenteilung, mehrdimensional 161, 229

- Individualbezogenheit 229
- objektiv-rechtlich 230
- Überindividualbezogenheit 610
- Verhältnis zu Grundrechten 230
- Verteilungsregelungen für die Gesetzgebungs-, Verwaltungs- und Rechtsprechungskompetenz 230, 316–319

Computergrundrecht (Art. 2 Abs. 1 i. V.m. Art. 1 Abs. 1 GG) 414

- *siehe auch* Allgemeines Persönlichkeitsrecht (Art. 2 Abs. 1 i. V.m. Art. 1 Abs. 1 GG)
- *siehe auch* Grundrechte
- *siehe auch* Kommunikationsgrundrechte
- allgemein 414

Déclaration des Droits de l'Homme et du Citoyen (1789)

- *siehe auch* Grundrechte
- Grundrechte 170, 171, 175, 176
- Leistungsfähigkeitsprinzip 289
- Staatszweck 159
- Steuerstaat 324–325, 690

Demokratieprinzip 223–228, 607–610

- *siehe auch* Berufs- und Wirtschaftskammern
- *siehe auch* Staatsstrukturmerkmale und Staatszielbestimmungen
- Begriff 223–224
- Bezugspunkt zur Begründung des „Mehrerts“ von „Personenmehrheiten“ (politische Ordnung) 531–532, 540–542
- demokratische Legitimation des Gesetzgebers 71, 224
- demokratische Legitimation staatlicher Gewalt 224, 227–228
- Durchsetzung 225–226
- Grundgesetz 223–224
- Grundrechte bzw. grundrechtsähnliche/-gleiche Rechte (Wahlrecht) 225–226
- Individualbezogenheit 224–226
- Menschenwürde 226
- objektiv-rechtlich 226
- Polizei- und Sicherheitsrecht 362
- Selbstverwaltung 90, 225, 836
- Sozialrecht 348
- Staatsvolk 224–225

- Steuerrecht 319–321, 688–690
- subjektives Recht 226
- Überindividualbezogenheit 607–610
- Verhältnis zum Rechtsstaatsprinzip 224
- Verhältnis zum Sozialstaatsprinzip 220–221, 224
- Wesentlichkeitstheorie 224

Doppelgrundrechte 429–433, 486–489

- *siehe auch* Grundrechte
- *siehe auch* Grundrechtsträgerschaftserweiterung (Art. 19 Abs. 3 GG)
- *siehe auch* Koalitionsfreiheit (Art. 9 Abs. 3 GG)
- *siehe auch* Vereinigungsfreiheit (Art. 9 Abs. 1 GG)
- allgemein 429–433, 486–489
- Koalitionsfreiheit 428, 429
- Vereinigungsfreiheit 420–421, 429
- Verhältnis zur „Grundrechtsträgerschaftserweiterung“ aus Art. 19 Abs. 3 GG 433, 455–456, 486–489

Ehe

- *siehe auch* besonderer Schutz der staatlichen Ordnung für Ehe und Familie (Art. 6 Abs. 1 GG)
- *siehe auch* Familie
- allgemein 6
- Begriff 416, 651–652
- „Ehe für alle“ 6–8, 550, 708
- Ehegattensplitting 326, 658–661, 667, 676, 688, 705, 713
- eingetragene Lebenspartnerschaft 6–8, 451–452, 554, 584
- nichteheliche Lebensgemeinschaft 69, 70, 415, 657, 704, 705–706

Eigentumsgarantie (Art. 14 Abs. 1 GG)

- *siehe auch* Grundrechte
- *siehe auch* Institutsgarantie
- Institutsgarantie 197
- Mitgliedschaftsrechte 426–427, 603
- „Personenmehrheit“ 144
- Polizei- und Sicherheitsrecht 809
- Sozialrecht 772
- Steuerrecht 190, 262, 313–314, 686, 710

Einkommensteuerrecht

- *siehe auch* Individualbesteuerungsgrundsatz

- *siehe auch* Gewerbesteuerrecht
- *siehe auch* Körperschaftsteuerrecht
- *siehe auch* Leistungsfähigkeitsprinzip
- *siehe auch* Steuerrecht
- Individualbesteuerungsgrundsatz 271–272
- Individualbezogenheit 256–271, 276–306
- Leistungsfähigkeitsprinzip 306
- Überindividualbezogenheit 696
- Emergenz, soziale**
- *siehe auch* Bewegungen, soziale
- Schwärme 2, 14
- Schwarmdemokratie und liquid democracy 112–113
- soziale Medien 112–113
- Entscheidungsfreiheit 239–241, 617–618**
- *siehe auch* Grundrechte
- *siehe auch* Rechtsformwahl
- Begriff 239
- Individualbezogenheit 241
- Modell der Entscheidungsfreiheit 239
- Polizei- und Sicherheitsrecht 362, 807
- rechtliche Dimension 240–241
- Sozialrecht 351, 784–785
- Steuerrecht 326–328, 674–677, 693–695
- Überindividualbezogenheit 378, 617–618
- Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK)**
- *siehe auch* Grundrechte
- *siehe auch* Völkerrecht
- Grundrechtsträgerschaftserweiterung (Art. 19 Abs. 3 GG) 485
- Individualbezogenheit 166–167, 202
- Überindividualbezogenheit 454
- Europäische Union (EU)**
- *siehe auch* Grundfreiheiten
- *siehe auch* Grundrechte
- *siehe auch* Grundrechtecharta
- *siehe auch* Unionsgrundrechte
- *siehe auch* Unionsrecht
- juristische Person 119–120
- Staatlichkeit 119–120, 155
- Familie**
- *siehe auch* besonderer Schutz der staatlichen Ordnung für Ehe und Familie (Art. 6 Abs. 1 GG)
- *siehe auch* Ehe
- *siehe auch* Rechtsbereiche
- *siehe auch* Sozialrecht
- *siehe auch* Steuerrecht
- Begriff 416, 651–652
- Elterngeld 769–771
- emotionale Verbundenheit 60–61
- Familienbesteuerung 656–670, 704–707, 712–714, 717–719
- Familienleistungsausgleich 645–646, 664, 771, 774
- Familiensplitting 661–666, 668, 669
- Familienversicherung 646, 744, 749, 767–769, 773, 775, 776, 785, 789
- Grundsicherungs- und Sozialhilfe-recht 778
- Kindergeld 662–664, 769–771
- rechtliche Verfestigung 80–81
- Sozialversicherungsrecht 773–777
- Steuerrecht 656–670, 704–707, 712–714, 717–719
- „Typ 1“-„Personenmehrheit 93–94
- Wirtschaftsverwaltungsrecht 824–825
- Familienverband, *siehe* Familie**
- Finanzverfassungsrecht**
- *siehe auch* Bundesstaatsprinzip
- *siehe auch* Steuerrecht
- *siehe auch* Vorzugslasten
- Leistungsfähigkeitsprinzip 299–301
- materiellrechtliche Vorgaben 230, 316–319
- Verteilungsregelungen für die Gesetzgebungs-, Verwaltungs- und Rechtsprechungskompetenz sowie das Steueraufkommen 316–319
- Folgerichtigkeitsgebot 446–450**
- *siehe auch* Gleichheitsgrundrechte
- *siehe auch* Leistungsfähigkeitsprinzip
- *siehe auch* Nettoprinzip
- Gesellschaftsbesteuerung 682, 683, 717–712, 712–714, 719–729
- Gestaltungsfreiheit des Gesetzgebers 588–589
- Gleichheitssatz 297, 446–450
- Leistungsfähigkeitsprinzip 296–298
- objektives Nettoprinzip 297–298
- „Personenmehrheiten“ 381–382
- Sach- bzw. Systemgerechtigkeit 366

Frankfurter Reichsverfassung (FRV; Paulskirchenverfassung)

- Grundrechte 172, 175
- Menschenrechte 175

Frauen und Männer 137, 139, 143, 442

- *siehe auch* Gleichheitsgrundrechte
- Einordnung als „Personenmehrheit“ 139

Freiheitsgrundrechte

- *siehe auch* Grundrechte
- *siehe auch* Individualbesteuerungsgrundsatz
- *siehe auch* Leistungsfähigkeitsprinzip
- erhöhter Grundrechtsschutz 557–559, 560–561, 579–580
- Individualbezogenheit 192
- Leistungsfähigkeitsprinzip 299, 312–314, 670–671
- Überindividualbezogenheit 406–441, 670–671, 686–687
- verminderter Grundrechtsschutz 557–559, 560–561, 561–579, 580–583

Freistaat Bayern

- Grundpflichten 186, 188
- Leistungsfähigkeitsprinzip 247–248, 290
- Rechtsstaatsprinzip 208
- Sozialstaatsprinzip 218, 222
- Staatsstrukturmerkmale und Staatszielbestimmungen 208
- Steuerrecht 247–248
- Steuerstaat 188
- Überindividualbezogenheit 453

Gebühren 249–250, 648

- *siehe auch* Beiträge
- *siehe auch* Finanzverfassungsrecht
- *siehe auch* Sonderabgaben
- *siehe auch* Steuerrecht
- *siehe auch* Vorzugslasten
- Begriff 249–250
- Gegenleistung 250, 648
- Individualbezogenheit 250
- Überindividualbezogenheit 648

Gemeinden

- *siehe auch* Staat
- kommunale Selbstverwaltung 154
- Zuordnung zum „staatlichen“ Bereich 154

Gemeinschaften

- *siehe auch* Gläubigermehrheiten, insbesondere Gesamtgläubigerschaften
- *siehe auch* Schuldnermehrheiten, insbesondere Gesamtschuldner
- Einordnung als „Personenmehrheit“ 105

Gemeinwesen 137, 142, 143

- Einordnung als „Personenmehrheit“ 142
- Funktion 143, 230–231
- Individualbezogenheit 230–231

Gemeinwohl 137, 139–141, 143

- *siehe auch* Staatsgewalt
- Bezugspunkt zur Begründung eines Mehrwerts für „Personenmehrheiten“ 527

Gesellschaft und Zivilgesellschaft 137, 141–142, 143

- *siehe auch* Staat
- Dualismus Staat und Gesellschaft 142, 147
- Einordnung als „Personenmehrheit“ 141–142
- Funktion 143, 230–231
- Individualbezogenheit 230–231

Gesellschaften (zivilrechtlich)

- *siehe auch* Einkommensteuerrecht
- *siehe auch* Kapitalgesellschaften
- *siehe auch* Körperschaftsteuerrecht
- *siehe auch* Personengesellschaften
- *siehe auch* Sozialrecht
- *siehe auch* Steuerrecht
- *siehe auch* Unternehmenssteuerrecht
- *siehe auch* Verfestigung, rechtliche
- *siehe auch* Verselbständigung, rechtliche
- Begriffe 653
- Gesellschaftsbesteuerung 680–686, 707–712, 712–714, 719–729
- gleichgerichtete oder gemeinsame Interessen 61–63
- „Typ 1“-„Personenmehrheit“ 97
- „Typ 2“-„Personenmehrheit“ 95–96

Gestaltungsfreiheit des Gesetzgebers

- *siehe auch* Demokratieprinzip
- allgemein 380
- demokratische Legitimation des Gesetzgebers 71
- Einordnung von (Rechts-)Gebilden in Typologie 96–97
- Grenzen durch Vorgaben aus übergeordnetem Recht 8–9
- Grenzen in Bezug auf faktische Bedeutung von „Personenmehrheiten“ in der Lebenswirklichkeit 522–523
- Grundrechte 585–589
- Sozialrecht 789–790
- Staatsstrukturmerkmale und Staatszielbestimmungen 612
- Steuerrecht 716–717
- Verpflichtung zur Schaffung von Regelungen über rechtliche Verfestigung 71–72
- Verpflichtung zur Schaffung von Regelungen über rechtliche Verselbständigung 76–77

Gewerbsteuerrecht

- *siehe auch* Individualbesteuerungsgrundsatz
- *siehe auch* Leistungsfähigkeitsprinzip
- *siehe auch* Steuerrecht
- Individualbesteuerungsgrundsatz 273–274
- Leistungsfähigkeitsprinzip 307–310
- Überindividualbezogenheit 678–679, 696

Gewerkschaften, *siehe* Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, insbesondere Gewerkschaften**Gläubigermehrheiten, insbesondere****Gesamtgläubigerschaften**

- *siehe auch* Gemeinschaften
- *siehe auch* Schuldnermehrheiten, insbesondere Gesamtschuldner
- Einordnung als „Personenmehrheit“ 104

Gleichheitsgrundrechte

- *siehe auch* Frauen und Männer
- *siehe auch* Grundrechte
- *siehe auch* Individualbesteuerungsgrundsatz

- *siehe auch* Leistungsfähigkeitsprinzip
- Berücksichtigung von Be- und Entlassungen 443–446
- erhöhter Grundrechtsschutz 559–560, 560–561, 579–580, 580–583
- Folgerichtigkeitsgebot 297, 446–450
- Gruppenvergleichsformel 442–443
- Individualbezogenheit 192
- Leistungsfähigkeitsprinzip 276–312
- Rechtfertigung von Ungleichbehandlungen 442–443, 449
- Überindividualbezogenheit 441–452
- verminderter Grundrechtsschutz 559–560, 560–561, 561–579

Grundfreiheiten

- *siehe auch* Unionsgrundrechte
- *siehe auch* Unionsrecht
- Grundrechtsträgerschaftserweiterung (Art. 19 Abs. 3 GG) 466–467
- Verhältnis zu Grundrechten 166

Grundpflichten 186–187

- *siehe auch* Grundrechte
- allgemein 186–187
- Grundgesetz 186–187
- Grundrechte 187, 188, 190
- Grundrechtsträgerschaftserweiterung (Art. 19 Abs. 3 GG) 460
- Individualbezogenheit 187
- Steuerstaat 188–190
- Verfassung des Freistaats Bayern 186, 188
- Weimarer Reichsverfassung (WRV) 186, 188

Grundrechte 163–202, 384–594

- *siehe auch* Auslegung
- *siehe auch* besonderer Schutz der staatlichen Ordnung für Ehe und Familie (Art. 6 Abs. 1 GG)
- *siehe auch* Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Art. 10 Abs. 1 GG)
- *siehe auch* Bundesrepublik Deutschland
- *siehe auch* Computergrundrecht (Art. 2 Abs. 1 i. V. m. Art. 1 Abs. 1 GG)
- *siehe auch* Déclaration des Droits de l'Homme et du Citoyen (1789)
- *siehe auch* Doppelgrundrechte
- *siehe auch* Entscheidungsfreiheit
- *siehe auch* Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK)

- *siehe auch* Frankfurter Reichsverfassung (FRV; Paulskirchenverfassung)
- *siehe auch* Freiheitsgrundrechte
- *siehe auch* Gestaltungsfreiheit des Gesetzgebers
- *siehe auch* Gleichheitsgrundrechte
- *siehe auch* Grundpflichten
- *siehe auch* Grundrechtecharta
- *siehe auch* Grundrechtstheorien
- *siehe auch* Grundrechtsträgerschaftserweiterung (Art. 19 Abs. 3 GG)
- *siehe auch* Individualbezogenheit bzw. individualrechtliche Prägung der Rechtsordnung
- *siehe auch* Institutsgarantie
- *siehe auch* Koalitionsfreiheit (Art. 9 Abs. 3 GG)
- *siehe auch* Kommunikationsgrundrechte
- *siehe auch* Konkordanz, praktische
- *siehe auch* Länder
- *siehe auch* Menschenrechte
- *siehe auch* Menschenwürdegarantie
- *siehe auch* Rechtsstaatsprinzip
- *siehe auch* Schutzdefizite, grundrechtliche
- *siehe auch* Staatsgewalt
- *siehe auch* Überindividualbezogenheit bzw. überindividualbezogene Erweiterungen der Rechtsordnung
- *siehe auch* UN-Menschenrechtscharta
- *siehe auch* Unionsgrundrechte
- *siehe auch* Vereinigungsfreiheit (Art. 9 Abs. 1 GG)
- *siehe auch* Versammlungsfreiheit (Art. 8 GG)
- *siehe auch* Virginia Declaration of Rights (auch: Virginia Bill of Rights) (1776)
- *siehe auch* Weimarer Reichsverfassung (WRV)
- Absicherung (verfahrensmäßig) 185–186
- Abwehrrechte 183
- „additiver“ bzw. „kumulativer“ Grundrechtseingriff 635–644
- Auslegung 167–168, 392–394
- Beteiligungsrechte 184–185
- Bildung, Bestand und Betätigung von „Personenmehrheiten“ 414–429
- Durchsetzbarkeit 191–192
- Eingriff 435–441, 635–644
- Elemente der Gesamtrechtsordnung 198–199, 390
- erhöhter Grundrechtsschutz 555–585, 714–716
- Gesetzesvorbehalt (grundrechtlicher und rechtsstaatlicher) 200–201, 215–216, 390
- Individualbezogenheit 9–10, 19, 163–202
- Individualismus 180–181
- individuelle Betätigung mit Bezug zu anderen (Einzel-)„Personen“ 407–409
- inhaltliche Begründung der konzeptionellen Überindividualbezogenheit 395–406
- inhaltliche Weite, Offenheit, Unbestimmtheit 6, 177
- inpersonale Grundrechte 173–174, 433–434
- Institutsgarantien 197–198, 390
- kollektive Betätigung 409–414
- Kollektivismus (nationalsozialistischer) 179–180
- Konstitutionalisierung 163, 176–178
- konzeptionelle Überindividualbezogenheit bestimmter Grundrechte 384–454
- Kumulation von Belastungen 635–644
- Leistungs- und Teilhaberechte 183–184
- Menschenbild des Grundgesetzes 396–398
- menschenrechtliche Verwurzelung 170–176, 395–398, 404–406
- mittelbare Drittwirkung 15, 87, 199–200
- negative Kompetenznormen 196–197, 390
- objektiv-rechtliche Dimension 192, 194–201, 398–400, 460, 483
- objektive Wertordnung 199–200, 390
- Rechtsquellen 164–167
- Schranken 192–193
- Schranken-Schranken 193–194, 212
- Schutzdefizite (grundrechtliche) 434–435
- Schutzpflichten (grundrechtliche) 185, 588
- soziale Tiefenstruktur 385–386, 387–388, 388–389, 407

- subjektive Rechte 163, 191–192
- subjektiv-rechtliche Dimension 168–194, 458–460
- transsubjektive Seite 400–401
- Überindividualbezogenheit 377, 384–594
- Verfahrens- und Prozessgrundrechte 217
- Verhältnis von subjektiv- und objektiv-rechtlicher Dimension 201–202
- Verhältnis zu Staatsstrukturmerkmalen und Staatszielbestimmungen 205–208
- Verhältnismäßigkeitsprinzip 212, 389
- verminderter Grundrechtsschutz 555–585, 714–716
- Vorrecht- bzw. -staatlichkeit 174–176
- Zusammenhang des „Bezugspunkts“ zur Begründung eines „Mehrwerts“ von „Personenmehrheiten“ mit Grundrechten anderer Grundrechtsträger 533
- Grundrechtecharta**
 - *siehe auch* Grundrechte
 - *siehe auch* Unionsgrundrechte
 - *siehe auch* Unionsrecht
 - Grundrechtsträgerschaftserweiterung (Art. 19 Abs. 3 GG) 484–485
 - Individualbezogenheit 165–166, 202
 - Überindividualbezogenheit 453–454
- Grundrechtstheorien**
 - allgemein 183
 - inhaltliche Begründung der konzeptionellen Überindividualbezogenheit 401–404
- Grundrechtsträgerschaftserweiterung (Art. 19 Abs. 3 GG) 454–485**
 - *siehe auch* Doppelgrundrechte
 - *siehe auch* Grundrechte
 - *siehe auch* Vereinigungsfreiheit (Art. 9 Abs. 1 GG)
 - allgemein 454–457
 - Bedeutung für Individualbezogenheit der Grundrechte 178–179, 455–456
 - Doppelgrundrechte 429–433, 486–489
 - Entstehung 454–455, 468
 - Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) 485
 - Familie als juristische Person 668
 - Funktion 458–460
 - Grundpflichten 460
- Grundrechtecharta 484–485
- grundrechtstypische Gefährdungslage 479–481
- inhaltliche Rechtfertigung 460–462
- inländisch 465–467
- Institutsgarantie 459
- juristische Person (allgemein) 456–457, 457–458, 462–467
- juristische Person des öffentlichen Rechts 473–476
- Kommunikationsteilnehmer als „Personenmehrheit“ 108–109, 807
- objektiv-rechtliche Dimension 483
- personales Substrat 472–479
- Staatsstrukturmerkmale und Staatszielbestimmungen 460
- Verfassungen der Länder 484
- Verhältnis zur Grundrechtsberechtigung von „hinter“ juristischer Person stehenden Rechtsträgern 455
- Versammlung als juristische Person 815
- wesensmäßige Anwendbarkeit 467–482
- Grundsicherungs- und Sozialhilferecht**
 - *siehe auch* Solidargemeinschaften
 - *siehe auch* Sozialrecht
 - *siehe auch* Sozialversicherungsrecht
 - *siehe auch* Steuerrecht
 - Bedarfsgemeinschaft 753, 754, 754–759, 762–764
 - Begriff 339–341
 - Eigen-/Selbstverantwortung des Bürgers (Nachrangprinzip) 348–350, 780–781
 - Einsatzgemeinschaft 753, 754, 759–762, 762–764
 - Familienbezogenheit 778
 - Finanzierung 121–122, 782
 - Haushaltsgemeinschaft 753, 754, 754–759, 759–762, 762–764
- Gruppe, homogene 113**
 - *siehe auch* Sonderabgaben
 - Begriff 113, 250–251
 - Einordnung als „Personenmehrheit“ 113
 - parallele Interessen 62–63, 113
- Haftung (für fremde Schulden)**
 - Einordnung als „Personenmehrheit“ 105–106
 - Steuerrecht 732–733

Haushaltsrecht

- *siehe auch* Steuerrecht
- Gesamtdeckungsprinzip bzw. Non-Affektationsprinzip 247, 323
- Kontrollrechte der Steuerpflichtigen 324–325
- Umverteilung 279–280, 288

Herrenchiemsee-Entwurf

- *siehe auch* Staat
- Staatszweck 159, 187, 195

Indienstnahme Privater

- Abzugs- und Entrichtungspflichten 731–732
- allgemein 156

Individualbesteuerungsgrundsatz 256–276

- *siehe auch* Korrespondenzprinzip
- *siehe auch* Leistungsfähigkeitsprinzip
- *siehe auch* Rechtsnachfolge
- *siehe auch* Steuerrecht
- *siehe auch* Zurechnungsentscheidungen, steuerrechtliche
- Begriff 256–257
- finanzwissenschaftlicher Grundsatz 257–258
- Freiheitsgrundrechte 261–263
- fremdbestimmte Steuerwirkungen 263–266, 736
- Körperschaftsteuerrecht 272, 306, 678, 722
- rechtlicher Grundsatz 257–258
- verfassungsrechtliche Verwurzelung 260–261
- Wesen und Inhalt 258–260, 261–263
- Zurechnungsentscheidungen 268–269, 697–701
- Zusammenhang mit Leistungsfähigkeitsprinzip 247–248, 256–257, 276

Individualbezogenheit bzw. individualrechtliche Prägung der Rechtsordnung 145–246, 246–370

- *siehe auch* Grundrechte
- *siehe auch* „Personen“
- *siehe auch* Staatstrukturmerkmale und Staatszielbestimmungen
- *siehe auch* Verfassungsrecht
- allgemein 9–10, 19, 145–146, 245–246, 383

- einfaches Recht 148
- Formen der Individualbezogenheit (im engen und weiten Sinne) 145–146
- idealistisch 245

Institutsgarantie

- *siehe auch* besonderer Schutz der staatlichen Ordnung für Ehe und Familie (Art. 6 Abs. 1 GG)
- *siehe auch* Eigentumsgarantie (Art. 14 Abs. 1 GG)
- *siehe auch* Grundrechte
- *siehe auch* Grundrechtsträgerschaftserweiterung (Art. 19 Abs. 3 GG)
- *siehe auch* Vereinigungsfreiheit (Art. 9 Abs. 1 GG)
- Gestaltungsfreiheit des Gesetzgebers 587–588
- Grundrechtsträgerschaftserweiterung aus Art. 19 Abs. 3 GG 459

Kapitalgesellschaften

- *siehe auch* Gesellschaften (zivilrechtlich)
 - *siehe auch* Grundrechtsträgerschaftserweiterung (Art. 19 Abs. 3 GG)
 - *siehe auch* Körperschaftsteuerrecht
 - *siehe auch* Personengesellschaften
 - *siehe auch* Polizei- und Sicherheitsrecht
 - *siehe auch* Sozialrecht
 - *siehe auch* Steuerrecht
 - *siehe auch* Wirtschaftsverwaltungsrecht
 - Abschirmwirkung 78–79, 722
 - Besteuerung 683–686, 721–729
 - Einpersonen-Gesellschaften 83–84, 425, 457, 724
 - große Kapitalgesellschaften 424, 426, 470–471, 561–562, 574–575
 - Leistungsfähigkeitsprinzip 723
 - rechtliche Verselbständigung 82
 - Rechtspersönlichkeit 82
 - Trennungsprinzip 683–686, 722
 - „Typ 2“-„Personenmehrheit“ 95–96
- Kirchen, *siehe* Religionsgemeinschaften**
- Koalitionsfreiheit (Art. 9 Abs. 3 GG) 427–429**
- *siehe auch* Grundrechte
 - *siehe auch* Vereinigungsfreiheit (Art. 9 Abs. 1 GG)
 - allgemein 427–427

– Doppelgrundrecht 428

Körperschaftsteuerrecht

- *siehe auch* Individualbesteuerungsgrundsatz
- *siehe auch* Kapitalgesellschaften
- *siehe auch* Leistungsfähigkeitsprinzip
- *siehe auch* Steuerrecht
- Einpersonen-Gesellschaften 724
- Individualbesteuerungsgrundsatz 272–273

- Leistungsfähigkeitsprinzip 306–307
- Überindividualbezogenheit 678, 722

Kommunikationsgrundrechte 410–413

- *siehe auch* Grundrechte
- *siehe auch* Kommunikationsvorgänge
- *siehe auch* Meinungsfreiheit (Art. 5 Abs. 1 GG)
- *siehe auch* „Personenmehrheiten“
- *siehe auch* Vereinigungsfreiheit (Art. 9 Abs. 1 GG)
- *siehe auch* Versammlungsfreiheit (Art. 8 Abs. 1 GG)
- Begriff 410–413
- Telekommunikation 806–807

Kommunikationsvorgänge

- *siehe auch* Grundrechtsträgerschaftserweiterung (Art. 19 Abs. 3 GG)
- *siehe auch* Kommunikationsgrundrechte
- *siehe auch* Versammlungsfreiheit
- Einordnung der Teilnehmer als juristische Person i.S. des Art. 19 Abs. 3 GG 108–109, 807
- Einordnung der Teilnehmer als „Personenmehrheit“ 107–113, 806–807
- Überwachung von Telekommunikation 806–807

Konkordanz, praktische

- *siehe auch* Grundrechte
- Begrenzung von Machtposition 575
- Rechtspositionen anderer Rechtsträger 593–594
- Rechtsverletzungen, z.B. bei Fridays for Future 111–113
- Spannungen zwischen Staatsstrukturmerkmalen und Staatszielbestimmungen 202
- verminderter Grundrechtsschutz 575

Konkurrenz

- *siehe auch* Wettbewerb
- allgemein 135–137

Konzern 132, 134–135

- Begriff 134
- Besteuerung 134–135, 736–737
- Einordnung als „Personenmehrheit“ 134–135

Korrespondenzprinzip 266–267, 301, 729–731

- *siehe auch* Individualbesteuerungsgrundsatz
- *siehe auch* Leistungsfähigkeitsprinzip
- *siehe auch* Steuerrecht
- Begriff 266–267
- Leistungsfähigkeitsprinzip 301–302
- Überindividualbezogenheit 729–731

Länder

- *siehe auch* Bundesrepublik Deutschland
- *siehe auch* Bundesstaat
- *siehe auch* Bundesstaatsprinzip
- *siehe auch* Grundrechte
- *siehe auch* Steuerstaat
- Grundrechte 164–165
- Grundrechtsträgerschaftserweiterung (Art. 19 Abs. 3 GG) 484
- Individualbezogenheit 164–165, 202
- Rechtsstaatsprinzip 208
- Sozialstaatsprinzip 218, 222
- Staatlichkeit 154
- Staatsstrukturmerkmale und Staatszielbestimmungen 208

Lebensgrundlagen, Schutz der natürlichen (Art. 20a GG)

- *siehe auch* Staatsstrukturmerkmale und Staatszielbestimmungen
- Grundlage für Rechtfertigung von (Grundrechts-)Eingriffen 193
- Personenbezug 141, 204
- Staatszielbestimmung 202–204

Lebenspartnerschaft, eingetragene

- *siehe auch* Ehe
- *siehe auch* Familie
- Abstandsgebot 451–452
- Entwicklung 6–8
- Verfassungsrecht 6–8, 451–452, 554, 584

Leistungsfähigkeitsprinzip 276–312

- *siehe auch* Berufs- und Wirtschaftskammern
- *siehe auch* Déclaration des Droits de l’Homme et du Citoyen (1789)
- *siehe auch* Finanzverfassungsrecht
- *siehe auch* Folgerichtigkeitsgebot
- *siehe auch* Freiheitsgrundrechte
- *siehe auch* Gleichheitsgrundrechte
- *siehe auch* Individualbesteuerungsgrundsatz
- *siehe auch* Körperschaftsteuerrecht
- *siehe auch* Korrespondenzprinzip
- *siehe auch* Länder
- *siehe auch* Nettoprinzip
- *siehe auch* Rechtsnachfolge
- *siehe auch* Steuergerechtigkeit
- *siehe auch* Steuerrecht
- *siehe auch* Weimarer Reichsverfassung (WRV)
- *siehe auch* Zurechnungsentscheidungen, steuerrechtliche
- Bedeutung der Freiheitsgrundrechte 299, 312–314, 670–671, 686–687
- Begriff 276
- Belastungsverteilungsmaßstab 247, 288, 325
- Familienbesteuerung 656–670, 704–707, 712–714, 717–719
- Finanzverfassungsrecht 299–301
- finanzwissenschaftliches Prinzip 277–278
- fremdbestimmte Steuerwirkungen 301, 736
- Folgerichtigkeitsgebot 296–298
- Gesellschaftsbesteuerung 680–686, 707–712, 712–714, 719–729
- Gerechtigkeitstheorie von Aristoteles 248
- Gleichheitssatz 276–312
- Körperschaftsteuerrecht 272, 306, 678, 722
- Konkretisierungsbedürftigkeit 281, 290–292
- Realisationsprinzip 286–287
- rechtliches Prinzip 277–278
- Umverteilung 288
- verfassungsrechtliche Verwurzelung 287–301

- Verfassungsregelungen zum Leistungsfähigkeitsprinzip 247–248
- Wesen und Inhalt 278–281, 281–287
- Widerspruchsfreiheit der Rechtsordnung 298–299
- Zufluss-/Abflussprinzip 286–287
- Zusammenhang mit Individualbesteuerungsgrundsatz 247–248, 256–257, 276

Meinungsfreiheit (Art. 5 Abs. 1 GG)

- *siehe auch* Grundrechte
- *siehe auch* Kommunikationsgrundrechte
- *siehe auch* Kommunikationsvorgänge
- *siehe auch* Versammlungsfreiheit (Art. 8 Abs. 1 GG)
- *siehe auch* Versammlungsrecht
- allgemein 410–413

Menschen

- *siehe auch* Bürger
- *siehe auch* Menschenrechte
- *siehe auch* Menschenwürdegarantie
- *siehe auch* Person
- Eigenschaft als „Person“ 1, 146
- Menschenbild des Grundgesetzes 396–398

Menschenrechte

- *siehe auch* Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK)
- *siehe auch* Grundrechte
- *siehe auch* UN-Menschenrechtscharta (Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte)
- Grundgesetz (Bekenntnis zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten in Art. 1 Abs. 2 GG) 172–174, 175–176
- menschenrechtliche Verwurzelung der Grundrechte 170–176, 395–398, 404–406
- Universalität 174–175
- Vorrechtlich- bzw. -staatlichkeit 174–175

Menschenwürde, *siehe* Menschenwürdegarantie

Menschenwürdegarantie

- allgemein 159–160
- Menschenwürdegehalt/-kern 173–174, 206–207

Mitglieder einer „Personenmehrheit“
621–635

- *siehe auch* Grundrechte
- *siehe auch* Grundrechtsträgerschaftserweiterung (Art. 19 Abs. 3 GG)
- *siehe auch* „Personenmehrheiten“
- Minderheitenschutz 627–631
- „Personenmehrheiten“ als Mitglieder anderer „Personenmehrheiten“ 99–101, 633–635
- „Personenmehrheiten“ als Mitglieder einer weiteren „Personenmehrheit“ 98, 632–633
- Sonderfall einer „Personenmehrheit“ aus „Personenmehrheit“ und ihren Mitgliedern 100–101, 634–635
- Verhältnis der Mitglieder einer „Personenmehrheit“ zueinander 98, 626–631
- Verhältnis der Mitglieder einer rechtlich verselbständigten „Personenmehrheit“ („Typ 2“) zum Staat im Polizei- und Sicherheitsrecht 812
- Verhältnis zu rechtlich verselbständiger „Personenmehrheit“ („Typ 2“) 77–79, 97, 621–626

Naturrecht

- *siehe auch* Menschenrechte
- *siehe auch* Rechtspositivismus
- Begriff 162

Nettoprinzip 281–285, 292–294

- *siehe auch* Folgerichtigkeitsgebot
- *siehe auch* Leistungsfähigkeitsprinzip
- *siehe auch* Steuergerechtigkeit
- *siehe auch* Steuerrecht
- Begriff 281, 292
- objektives 282, 292–293, 656, 682, 683–684, 718, 727
- subjektives 282–283, 293, 661, 684, 746
- Vereinfachungsregelungen 284, 293–294

öffentlich, siehe Öffentlichkeit**Öffentlichkeit** 137–139, 143

- Einordnung als „Personenmehrheit“ 137–139
- Funktion 143, 230–231
- Individualbezogenheit 230–231

Ordnungswidrigkeitenrecht

- *siehe auch* Polizei- und Sicherheitsrecht
- *siehe auch* Strafrecht
- Abgrenzung zum Polizei- und Sicherheitsrecht 352–354, 794–795, 817–821
- Abgrenzung zum Strafrecht 353
- dogmatisches Eigenleben 353–354
- Individualbezogenheit 353–354
- öffentliches Recht 353–354
- Überindividualbezogenheit 818–819
- Vorwerfbarkeit 352–354, 819

Parteien, politische 125–127

- *siehe auch* Demokratieprinzip
- Einordnung als „Personenmehrheit“ 125–127

Paulskirchenverfassung, siehe Frankfurter Reichsverfassung (FRV; Paulskirchenverfassung)**Person 1, 22–41**

- *siehe auch* Bürger
- *siehe auch* Menschen
- *siehe auch* „Personenmehrheiten“
- *siehe auch* Rechtspositivismus
- *siehe auch* Staat–Bürger-Verhältnis
- Bedeutung in der Lebenswirklichkeit 1
- Begriff, allgemein 22–41
- Begriff, Herkunft (Etymologie) und Bedeutung (Semantik) 25–26
- Begriff, Medizin und Psychologie 29–30
- Begriff, Philosophie 26–29
- Begriff, Recht bzw. Gesetz 31–41
- Begriff, Recht, einfaches 36–39
- Begriff, Recht, Verfassung 39–41
- Begriff, Soziologie 30–31
- Begriff, Untersuchung 41
- Funktion 22–24
- juristische 82, 113–120
- juristische Person des öffentlichen Rechts 117–120, 473–476
- juristische Person des Zivilrechts 116–117
- natürliche 1
- Rechtsordnung 2
- Rechtspositivismus 34–36

Personengesellschaften

- *siehe auch* Gesellschaften (zivilrechtlich)
- *siehe auch* Grundrechtsträgerschaftserweiterung (Art. 19 Abs. 3 GG)

- *siehe auch* Kapitalgesellschaften
- *siehe auch* Körperschaftsteuerrecht
- *siehe auch* Polizei- und Sicherheitsrecht
- *siehe auch* Sozialrecht
- *siehe auch* Steuerrecht
- *siehe auch* Wirtschaftsverwaltungsrecht
- Besteuerung 682, 720–721
- Option zur Körperschaftsteuer (§ 1a KStG) 712, 712–714
- rechtliche Verselbständigung 81–82
- Thesaurierungsbegünstigung 712
- Transparenzprinzip 682, 720–721
- „Typ 1“-„Personenmehrheit“ 95–96
- „Typ 2“-„Personenmehrheit“ 95–96
- Personenmehrheiten 2–6, 42–85**
- *siehe auch* Abgrenzungskriterien
- *siehe auch* Gestaltungsfreiheit des Gesetzgebers
- *siehe auch* Grundrechte
- *siehe auch* Mitglieder einer „Personenmehrheit“
- *siehe auch* Polizei- und Sicherheitsrecht
- *siehe auch* Staat-Bürger-Verhältnis
- *siehe auch* Typologie
- *siehe auch* Verfestigung, rechtlich
- *siehe auch* Verselbständigung, rechtlich
- Bedeutung in der Lebenswirklichkeit 2–5, 17, 493–525
- Begriff, Herkunft (Etymologie) und Bedeutung (Semantik) 45–46
- Begriff, Medizin und Psychologie 47
- Begriff, Philosophie 46
- Begriff, Recht bzw. Gesetz 48–53
- Begriff, Recht, einfach 50–53
- Begriff, Recht, Verfassung 53
- Begriff, Soziologie 47–48
- Begriff, Untersuchung 44, 54–85
- Funktion 43–44
- Gegenstand von Berechtigungen 143–144, 817
- juristische Person i.S. des Art. 19 Abs. 3 GG 456–457, 457–458
- Rechtsordnung 5–6
- Rechtspositivismus 49–50
- regelungsinteressenbezogene bzw. mikrorechtsbereichsspezifische Abgrenzung 84–85, 97, 639
- Schutz von „Personenmehrheiten im Strafrecht“ 821
- Verrechtlichung 8–9
- Zusammenhang faktische Bedeutung und Verrechtlichung 6–8, 17
- Zusammenhang von Abgrenzungskriterien und Verrechtlichung 8–9, 68–71
- Polizei- und Ordnungsrecht, *siehe* Polizei- und Sicherheitsrecht**
- Polizei- und Sicherheitsrecht 352–363, 794–821**
- *siehe auch* Ordnungswidrigkeitenrecht
- *siehe auch* Strafrecht
- Abgrenzung zum Strafrecht 352–354, 794–795, 817–821
- Begriff 352
- Demokratieprinzip 362
- einfaches Recht 354, 795
- Entscheidungsfreiheit 362, 807, 811
- Ermessen 356–357
- Grundrechte 357–360, 800–803, 803–805, 809, 810–811
- Individualbezogenheit 352–363
- Lastengleichheit 358–360, 803–805, 810–811
- Mitgliedschaft in „Personenmehrheit“ 795–807, 812
- „Personenmehrheiten“ als Polizeipflichtige 807–812
- Rechtsnachfolge 812–814
- Rechtsstaatsprinzip 361, 805, 811
- Schuld, Vorverfbarkeit usw. 352–354, 795, 799, 807
- Schutz von „Personenmehrheiten“ 821
- Schutzpflichten und Untermaßverbot 360
- Steuerstaat 362
- Überindividualbezogenheit 794–821
- Verantwortlichkeit 355–356, 795–807, 807–812
- Verantwortung 362, 807, 811
- Verfahrensrecht 363, 816
- Verhalten Dritter 799–800, 809
- Zurechnung 798–799, 808
- Zweck des Polizei- und Sicherheitsrechts 352, 804–805

Recht

- *siehe auch* Rechtsordnung
- Funktion 32–33, 49
- Geltungsgrund 34–36, 49–50
- Mittel der Ausübung von Staatsgewalt 161–162

Rechte, subjektive

- *siehe auch* Grundrechte
- *siehe auch* Menschenrechte
- *siehe auch* Staatsstrukturmerkmale und Staatszielbestimmungen
- Begriff 191
- Durchsetzbarkeit 191
- Grundrechte 191–192
- Verhältnis von Durchsetzbarkeit und Individualbezogenheit 191–192

Rechtsbereiche 246–370, 645–838

- *siehe auch* Polizei- und Sicherheitsrecht
- *siehe auch* Sozialrecht
- *siehe auch* Steuerrecht
- *siehe auch* Wirtschaftsverwaltungsrecht
- Familienleistungsausgleich 645–646, 664, 771, 774
- Polizei- und Sicherheitsrecht 352–363, 794–821
- Referenzrechtsgebiete 18, 246, 382, 645–646
- regelungsinteressenbezogene bzw. mikrorechtsbereichsspezifische Abgrenzung 84–85, 97, 639
- Sozialrecht 329–352, 740–793
- Steuerrecht 246–329, 647–739
- Überindividualbezogenheit 382, 645–838
- Wirtschaftsverwaltungsrecht 363–370, 822–838

Rechtsdogmatik 16**Rechtsformwahl**

- *siehe auch* Entscheidungsfreiheit
- Familienverband 704–707
- Gesellschaften 707–712
- „personenmehrheitsfreundliche“ Auslegung 553–554
- Rechtsformneutralität 553–554, 709–712
- Rechtsformwahl 703–714
- Steuerrecht 239, 703–714
- Wechsel der Rechtsform 712–714

Rechtsphilosophie

- allgemein 162
- Gerechtigkeitstheorie von Aristoteles 248

Rechtsordnung

- *siehe auch* Individualbezogenheit bzw. individualrechtliche Prägung der Rechtsordnung
- *siehe auch* Recht
- *siehe auch* Schutzdefizite, grundrechtliche
- *siehe auch* Überindividualbezogenheit bzw. überindividualbezogene Erweiterungen der Rechtsordnung
- *siehe auch* Wirtschaftsordnung
- Bezugspunkt zur Begründung des „Mehrerts“ von „Personenmehrheiten“ 527–528, 539–540

Rechtsnachfolge

- *siehe auch* Individualbesteuerungsgrundsatz
- *siehe auch* Leistungsfähigkeitsprinzip
- allgemein 106–107
- Leistungsfähigkeitsprinzip 305–306
- Polizei- und Sicherheitsrecht 812–814
- Sozialrecht 791–792
- Steuerrecht 270–271, 733–736
- Umwandlungssteuerrecht 694, 709, 714, 735
- Unternehmensumstrukturierungen 675, 694, 735–736

Rechtspositivismus

- *siehe auch* Naturrecht
- Person 34–36
- Personenmehrheit 49–50
- Staat 152–153

Rechtsstaatsprinzip 208–217, 599–605

- *siehe auch* Grundrechte
- *siehe auch* Schutzdefizite, grundrechtliche
- *siehe auch* Staatsstrukturmerkmale und Staatszielbestimmungen
- Begriff 208–209
- Bezugspunkt zur Begründung des „Mehrerts“ von „Personenmehrheiten“ (Verwirklichung des Rechtsstaatsprinzips) 532, 543
- Durchsetzung 217

- formell 215–216
- Gerechtigkeitsgebot 210–212
- Gesetzesvorbehalt 200–201, 215–216
- Gewaltenteilung (mehrdimensional) 161, 216
- Grundgesetz 208
- Individualbezogenheit 208–217
- liberaler 211–212
- materiell 209–214
- objektiv-rechtlich 217
- Polizei- und Sicherheitsrecht 361, 805, 811
- sozialer 211–212
- Sozialrecht 347–348
- Steuerrecht 315–316, 687–688
- Überindividualbezogenheit 599–605
- Verfahrensrecht 209, 217, 604–605
- Verfassung des Freistaats Bayern 208
- Verhältnis zum Sozialstaatsprinzip 209, 211–212
- Verhältnismäßigkeitsprinzip 212, 599–601
- Vertrauensschutz und Rechtssicherheit 213–214, 601–604
- Vorrang des Gesetzes 215–216
- Wirtschaftsverwaltungsrecht 367

Rechtstheorie 16, 162

Religionsfreiheit (Art. 4 Abs. 1 und 2 GG)

- *siehe auch* Grundrechte
- *siehe auch* Religionsgemeinschaften
- Religionsausübung 64–65

Religionsgemeinschaften 128–132

- *siehe auch* Religionsfreiheit
- *siehe auch* Weimarer Reichsverfassung (WRV)
- Abgrenzungskriterien 91
- Einordnung als „Personenmehrheit“ 128–132
- Grundrechte 91, 473, 476
- Grundrechtsträgerschaftserweiterung (Art. 19 Abs. 3 GG) 476, 489

Rundfunkanstalten

- allgemein 91
- Grundrechtsträgerschaftserweiterung (Art. 19 Abs. 3 GG) 476
- Rundfunkbeitrag 125, 445–446
- Rundfunkfreiheit (Art. 5 Abs. 1 GG) 433, 473, 476

Schuldnermehrheiten, insbesondere Gesamtschuldner

- *siehe auch* Gemeinschaften
- *siehe auch* Gläubigermehrheiten, insbesondere Gesamtgläubigerschaften
- Einordnung als „Personenmehrheit“ 103–104
- Steuerrecht 733

Schutzdefizite, grundrechtliche 434–435, 489–555

- *siehe auch* Auslegung
- *siehe auch* Demokratieprinzip
- *siehe auch* Grundrechte
- *siehe auch* Rechtsordnung
- *siehe auch* Sozialstaatsprinzip
- *siehe auch* Staatsstrukturmerkmale und Staatszielbestimmungen
- *siehe auch* Wirtschaftsordnung
- Auslegungsrelevanz der Lebenswirklichkeit 493–496, 502–525
- Bedeutung von „Personenmehrheiten“ in der Lebenswirklichkeit 2–5, 17, 493–525
- Begriff 490–492
- Bezugspunkt zur Begründung eines „Mehrerts“ 525–543
- faktische Bedeutung von „Personenmehrheiten“ in der Lebenswirklichkeit 2–5, 17, 493–525
- Feststellung der faktischen Bedeutung von „Personenmehrheiten“ in der Lebenswirklichkeit 496–500
- personenmehrheitsfreundliche Auslegung 543–554
- Zusammenhang des „Bezugspunkts“ zur Begründung eines „Mehrerts“ von „Personenmehrheiten“ mit Grundrechten anderer Grundrechtsträger 533–539

Selbstverwaltung

- *siehe auch* Berufs- und Wirtschaftskammern
- demokratische Legitimation 225
- funktionale Selbstverwaltung 89–91, 154
- kommunale Selbstverwaltung 154
- Zuordnung zum „staatlichen“ Bereich 89–90, 154

Solidargemeinschaften 120–125

- *siehe auch* „Personenmehrheiten“

- Einordnung als „Personenmehrheit“ 120–121
- Rundfunkbeitrag 125, 445–446
- Sozialversicherungssysteme 123–125
- Steuerzahler 122–123, 190, 323
- Sonderabgaben 250–251, 648–649**
- *siehe auch* Finanzverfassung
- *siehe auch* Gruppe, homogene
- *siehe auch* Steuerrecht
- *siehe auch* Steuerstaat
- *siehe auch* Vorzugslasten
- Begriff 250–251
- Finanzierungsverantwortung 250–251
- Individualbezogenheit 250–251
- Überindividualbezogenheit 648–649
- Sozialrecht 329–352, 740–793**
- *siehe auch* Grundrechte
- *siehe auch* Grundsicherungs- und Sozialhilferecht
- *siehe auch* Rechtsnachfolge
- *siehe auch* Sozialstaatsprinzip
- *siehe auch* Sozialversicherungsrecht
- Angehörigenverträge 790–791
- Arbeitslosenversicherungsrecht 343, 376, 777
- Ausbildungsförderungsrecht (BAföG) 769, 778
- Begriff 329–330
- Demokratieprinzip 348
- einfaches Recht 330–331, 741–750
- Eingriffsrecht 333, 334–335, 743, 745–746
- Elterngeld 769–771
- Entscheidungsfreiheit 351, 784–785
- erhöhter Grundrechtsschutz 787–788
- Familienversicherung 646, 744, 749, 767–769, 773, 775, 776, 785, 789
- Flucht aus der Verantwortung 783–784
- Gesetzgebungskompetenz 248, 346
- Gestaltungsfreiheit des Gesetzgebers 330, 789–790
- gewöhnlicher Aufenthalt 792
- Individualbezogenheit 329–352
- Internationales Sozialrecht 337–338, 746–748
- Kindergeld 662–664, 769–771
- Krankenversicherungsrecht 341, 349, 767–769, 773, 774–775
- Leistungsrecht 333, 743–744
- Mitgliedschaft in „Personenmehrheit“ 750–784
- Mitwirkungspflichten 334–335, 746
- „Personenmehrheiten“ im Sozialrecht 785–786
- „personenmehrheitsbezogene“ Begriffe 742–743
- Pflegeversicherungsrecht 767–769, 776
- Rechtsstaatsprinzip 347–348
- Rentenversicherungsrecht 774–775
- Überindividualbezogenheit 740–793
- Unfallversicherungsrecht 767–769, 773, 777
- Verantwortung 348–351, 779–784
- Verfahrensrecht 351–352, 792–793
- verfassungsrechtliche Vorgaben 344–347
- Verhältnis zum Steuerrecht 335–337, 746–748, 764–766
- Verhältnis zum Zivilrecht 331–333, 741–742
- verminderter Grundrechtsschutz 787–788
- Wohngeld 778–779
- Wohnsitz 792
- Ziele 339–344, 750–752
- Sozialstaatsprinzip 218–223, 605–607**
- *siehe auch* Grundrechte
- *siehe auch* Schutzdefizite, grundrechtliche
- *siehe auch* Staatsstrukturmerkmale und Staatszielbestimmungen
- Bedeutung für das Steuerrecht 316
- Begriff 218, 329, 344–347
- Bezugspunkt zur Begründung des „Mehrerts“ von „Personenmehrheiten“ (Verwirklichung des Sozialstaatsprinzips) 532, 542
- Durchsetzung 217, 222
- Eigen-/Selbstverantwortung des Bürgers (Nachrangprinzip) 348–350, 780–781
- Eingriffs- und Differenzierungsrehtfertigung 223
- Individualbezogenheit 218–223
- inhaltliche Weite, Offenheit, Unbestimmtheit 6, 218–219
- materielles 223

- objektiv-rechtlich 223
- soziale Grundrechte 221–222
- subjektives Recht 222, 223
- Überindividualbezogenheit 605–607
- Verantwortung des Staats 350–351, 783
- Verfassung des Freistaats Bayern 218, 222
- Verfassungen der Länder 218, 222
- Verhältnis zu Grundrechten 221–223
- Verhältnis zum Demokratieprinzip 220–221
- Verhältnis zum Rechtsstaatsprinzip 209, 211–212, 220
- Ziele (menschenwürdiges Leben, soziale Sicherheit und sozialer Ausgleich) 219–220
- Sozialstaat**, *siehe* Sozialstaatsprinzip
- Sozialversicherungsrecht**
 - *siehe auch* Grundsicherungs- und Sozialhilferecht
 - *siehe auch* Solidargemeinschaften
 - *siehe auch* Sozialrecht
 - *siehe auch* Sozialstaatsprinzip
 - Begriff 341–344
 - Einordnung von Sozialversicherungssystemen als „Personenmehrheit“ 123–124
 - Finanzierung 121–122, 782–783
 - Gesetzgebungskompetenz und materiellrechtliche Vorgaben 230
- Sozialwissenschaften**
 - Bedeutung für Abgrenzungskriterien 56
 - Bedeutung für Auslegung der Grundrechte 496–500
- Staat**
 - *siehe auch* Bundesrepublik Deutschland
 - *siehe auch* Europäische Union (EU)
 - *siehe auch* Gemeinden
 - *siehe auch* Gesellschaft und Zivilgesellschaft
 - *siehe auch* Länder
 - *siehe auch* Staatsgebiet
 - *siehe auch* Staatsgewalt
 - *siehe auch* Staatsstrukturmerkmale und Staatszielbestimmungen
 - *siehe auch* Staatsvolk
 - Begriff 148–153
 - Begriff, Philosophie 150
 - Begriff, Politikwissenschaft 149–150
 - Begriff, Recht 150–153
 - Begriff, Soziologie 150
 - Drei-Elemente-Lehre 151–152, 155–156
 - Dualismus Staat und Gesellschaft 147
 - juristische Person des öffentlichen Rechts 119–120
 - staatlicher Bereich (unter Einschluss aller juristischen Personen des öffentlichen Rechts) 89–90
 - Staatszweck 159
- Staat-Bürger-Verhältnis 1–2, 85–91**
 - *siehe auch* Bürger
 - *siehe auch* Individualbezogenheit bzw. individualrechtliche Prägung der Rechtsordnung
 - *siehe auch* Staat
 - *siehe auch* Überindividualbezogenheit bzw. überindividualbezogene Erweiterungen der Rechtsordnung
 - Abgrenzung horizontales und vertikales Verhältnis 13–14, 15–16
 - Begriff 1–2, 15, 86–87, 274–275
 - Beteiligung von (Einzel-)„Personen“ im Allgemeinen 88
 - Beteiligung von (Einzel-)„Personen“ in einem Sonderstatusverhältnis 88
 - Beteiligung von „Personenmehrheiten“ im Allgemeinen 89–91
 - Beteiligung von „Personenmehrheiten“ im Fall öffentlich-rechtlicher Verfasstheit 89–91
 - Gleichordnungsverhältnis 87
 - Normenhierarchie 87
 - öffentliches Recht als Grundlage der rechtlichen Verselbständigung 87–88
 - rechtliche Verselbständigung und Beteiligung am Staat-Bürger-Verhältnis 89
 - Über-/Unterordnungsverhältnis 48, 87
 - Zurechnung hoheitlicher Maßnahmen 156
- Staatsgebiet**
 - *siehe auch* Staat
 - allgemein 150–151
- Staatsgewalt 147, 148–162**
 - *siehe auch* Bundesstaatsprinzip
 - *siehe auch* Rechtsstaatsprinzip
 - *siehe auch* Staat

- allgemein 147, 148–162, 274–275
- Begrenzung durch Grundrechte sowie Staatsstrukturmerkmale und Staatszielbestimmungen 147, 156, 158–161, 375, 376
- Gewaltenteilung (mehrdimensional) 161, 376
- Inhalt 151–152
- Legitimation bei Gemeinwohlorientierung 156–158, 375–376
- Recht als Mittel der Ausübung 161–162, 376–377
- Rechtspositivismus 152–153, 375
- Reichweite 153
- Staatsstrukturmerkmale und Staatszielbestimmungen 202–231, 595–618**
 - *siehe auch* Auslegung
 - *siehe auch* Bundesstaatsprinzip
 - *siehe auch* Demokratieprinzip
 - *siehe auch* Grundrechte
 - *siehe auch* Rechtsstaatsprinzip
 - *siehe auch* Schutzdefizite, grundlegende
 - *siehe auch* Sozialstaatsprinzip
 - *siehe auch* Staat
 - *siehe auch* Staatsgewalt
 - *siehe auch* Steuerrecht
 - Auslegung 204–205
 - Begriff 202–204
 - Durchsetzbarkeit 191–192, 203–204, 208
 - erhöhter Schutz 611
 - Individualbezogenheit 9–10, 19, 202–231
 - inhaltliche Begründung der konzeptionellen Überindividualbezogenheit 596–598
 - objektiv-rechtlich 203–204
 - praktische Konkordanz bei Spannungen zwischen Staatsstrukturmerkmalen und Staatszielbestimmungen 202
 - Steuerrecht 315–321
 - Überindividualbezogenheit 377
 - Verfassungen der Länder 208
 - Verhältnis der konzeptionellen Überindividualbezogenheit zu „traditionellen“ Aufgaben 598–599
 - Verhältnis von Durchsetzbarkeit und Individualbezogenheit 192, 204
- Verhältnis von Staatsstrukturmerkmalen und Staatszielbestimmungen zueinander 202, 209, 211–212, 220
- Verhältnis zu Grundrechten 205–208, 221–223
- verminderter Schutz 611
- Zusammenhang von konzeptioneller Überindividualbezogenheit der Staatsstrukturmerkmale und Staatszielbestimmungen und rechtlicher Verfestigung von „Personenmehrheiten“ 533
- Staatsvolk 139–140, 149, 151–152**
 - *siehe auch* Staat
 - demokratische Legitimation 224–225
 - Einordnung als „Personenmehrheit“ 139
 - Funktion 143
- Steuergerechtigkeit 284–286, 294–296**
 - *siehe auch* Grundrechte
 - *siehe auch* Leistungsfähigkeitsprinzip
 - *siehe auch* Steuerrecht
 - Begriff 284–285, 294
 - horizontale 285, 294
 - vertikale 285–286, 295–296
- Steuerrecht 246–329, 647–739**
 - *siehe auch* Beiträge
 - *siehe auch* Einkommensteuerrecht
 - *siehe auch* Finanzverfassungsrecht
 - *siehe auch* Gebühren
 - *siehe auch* Gewerbesteuerrecht
 - *siehe auch* Individualbesteuerungsgrundsatz
 - *siehe auch* Körperschaftsteuerrecht
 - *siehe auch* Korrespondenzprinzip
 - *siehe auch* Leistungsfähigkeitsprinzip
 - *siehe auch* Rechtsnachfolge
 - *siehe auch* Sonderabgaben
 - *siehe auch* Steuerstaatsprinzip
 - *siehe auch* Umsatzsteuerrecht
 - *siehe auch* Vorzugslasten
 - Abgrenzung zu anderen Abgaben 249–251, 647–649
 - Angehörigenverträge 718
 - Außensteuerrecht 722, 724
 - Begriff 248–249
 - Demokratieprinzip 319–321, 688–690
 - Ehegattensplitting 326, 658–661, 667, 676, 688, 705, 713

- Eigentumsgarantie (Art. 14 Abs. 1 GG) 190, 262, 313–314, 686, 710
 - einfaches Recht 251–256, 649–655
 - Eingriffsrecht 253–254, 653–654
 - Entscheidungsfreiheit 326–328, 674–677, 693–695
 - erhöhter Grundrechtsschutz 714–716
 - Familienbesteuerung 656–670, 704–707, 712–714, 717–719
 - Familiensplitting 665–666, 669
 - Gesellschaftsbesteuerung 680–686, 707–712, 712–714, 719–729
 - Gesetzgebungskompetenz 230, 248, 290
 - gesonderter Tarif 719
 - gewöhnlicher Aufenthalt 738
 - Hinterbliebenenrente 771–773, 791–792
 - Individualbezogenheit 246–329
 - Internationales Steuerrecht 255–256, 654–655
 - Kinder, Kinderfreibetrag, Kindergeld 661–666, 705, 769–771
 - Kirchensteuerrecht 91, 131
 - Lenkungssteuern 327–328
 - Mitgliedschaft in „Personenmehrheit“ 655–680
 - Mitwirkungspflichten 252, 254, 328–329, 569
 - „Personenmehrheiten“ als Steuerpflichtige 680–697
 - „personenmehrheitsbezogene“ Begriffe 650–653
 - Rechtsstaatsprinzip 315–316, 687–688
 - Sozialstaatsprinzip 316, 672–673
 - Steuerarten 254–255, 654
 - Steuern als Preis der Freiheit 190, 248
 - Steuerrechtfertigung 190, 248, 323, 692
 - Überindividualbezogenheit 647–739
 - Umwandlungssteuerrecht 694, 709, 714, 735
 - Unternehmensumstrukturierungen 675, 694, 735–736
 - Verantwortung 323–326, 672–674, 690–693
 - Verfahrensrecht 328–329, 738–739
 - Verhältnis zum Sozialrecht 335–337, 746–748, 764–766
 - Verhältnis zum Zivilrecht 252–253, 256, 649–650, 650–653
 - verminderter Grundrechtsschutz 714–716
 - Willens- und Wissenszurechnung 701–703
 - Wohnsitz 738
- Steuerstaatsprinzip**
- *siehe auch* Grundpflichten
 - *siehe auch* Individualbesteuerungsgrundsatz
 - *siehe auch* Leistungsfähigkeitsprinzip
 - *siehe auch* Steuerrecht
 - *siehe auch* Verantwortung
 - Aufgabenerfüllungsverantwortung des Staats 322–323, 672–673, 691–692
 - Begriff 188–190, 246–247
 - Eingriffsrechtfertigung 189–190
 - Finanzierungsverantwortung der Steuerpflichtigen 323–326, 673–674, 692
 - Flucht aus der Verantwortung 692–693
 - Grundpflichten 188–190
 - Polizei- und Sicherheitsrecht 362
 - Steuerrechtfertigung 190, 248, 323
 - Verfassung des Freistaats Bayern 188
 - Weimarer Reichsverfassung (WRV) 188, 324
- Steuerstaat, *siehe* Steuerstaatsprinzip**
- Strafrecht**
- *siehe auch* Ordnungswidrigkeitenrecht
 - *siehe auch* Polizei- und Sicherheitsrecht
 - Abgrenzung zum Ordnungswidrigkeitenrecht 353
 - Abgrenzung zum Polizei- und Sicherheitsrecht 352–354, 794–795, 817–821
 - dogmatisches Eigenleben 353
 - öffentliches Recht 353
 - Schuldprinzip 352–354, 818
 - sozial-ethisches Unwerturteil 817–818, 820
 - strafrechtlicher Schutz von „Personenmehrheiten“ 821
 - Überindividualbezogenheit 818–819
 - Unternehmenstrafrecht 819–821
- Typologie 91–101, 610–621**
- *siehe auch* „Personenmehrheiten“
 - Normadressat 9, 17
 - Nutzen 91–92

- rechtliche Verfestigung und Verselbständigung sowie Rechtspersönlichkeit 93, 94–95
- „Typ 1“ – „Personenmehrheiten“ 92–94, 620
- „Typ 2“ – „Personenmehrheiten“ 94–96, 620–621
- Typen von „Personenmehrheiten“ 92–96
- typenübergreifende Fragestellungen 96–101

Überindividualbezogenheit bzw. überindividualbezogene Erweiterungen der Rechtsordnung 371–644, 645–838

- *siehe auch* Grundrechte
- *siehe auch* Individualbezogenheit bzw. individualrechtliche Prägung der Rechtsordnung
- *siehe auch* „Personenmehrheiten“
- *siehe auch* Polizei- und Sicherheitsrecht
- *siehe auch* Rechtsbereiche
- *siehe auch* Rechtsordnung
- *siehe auch* Schutzdefizite, grundrechtliche
- *siehe auch* Sozialrecht
- *siehe auch* Staatstrukturmerkmale und Staatszielbestimmungen
- *siehe auch* Steuerrecht
- *siehe auch* Verfassungsrecht
- *siehe auch* Wirtschaftsverwaltungsrecht
- allgemein 10–11
- Begriff 371
- einfaches Recht 372–374
- Grundrechte 383–594
- Grundrechtseingriffe in Konstellationen mit Überindividualbezug 435–441, 635–644
- Menschenbild des Grundgesetzes 396–398
- Schutzdefizite, grundrechtliche 434–435, 489–555
- Spektrum der Überindividualbezogenheit 383
- Verantwortung 378, 613–616
- Verfahrensrecht 378–380
- Verfassungsrecht 374–382

Umsatzsteuerrecht

- *siehe auch* Individualbesteuerungsgrundsatz

- *siehe auch* Leistungsfähigkeitsprinzip
- *siehe auch* Steuerrecht
- Individualbesteuerungsgrundsatz 274–276
- Leistungsfähigkeitsprinzip 310–312
- Überindividualbezogenheit 679–680, 696–697

UN-Menschenrechtscharta

- *siehe auch* Grundrechte
- *siehe auch* Menschenrechte
- Grundrechte 171

Ungehorsam, zivil

- *siehe auch* Bewegungen, soziale
- allgemein 112

Unionsrecht

- *siehe auch* Europäische Union (EU)
- *siehe auch* Grundrechtecharta
- *siehe auch* Unionsrechtgrundrechte
- Anwendungsvorrang 155

Unionsgrundrechte

- *siehe auch* Europäische Union (EU)
- *siehe auch* Grundrechte
- *siehe auch* Grundrechtecharta
- *siehe auch* Unionsrecht
- Individualbezogenheit 165–166, 202

Universitäten

- allgemein 91
- Freiheit von Forschung und Lehre (Art. 5 Abs. 3 GG) 91, 433, 473, 476
- Grundrechtsträgerschaftserweiterung (Art. 19 Abs. 3 GG) 476

Unternehmen 132–135

- *siehe auch* Unternehmerfreiheit
- Einordnung als „Personenmehrheit“ 132–134

Unternehmerfreiheit

- *siehe auch* Berufsfreiheit (Art. 12 Abs. 1 GG)
- *siehe auch* Grundrechte
- *siehe auch* Grundrechtsträgerschaftserweiterung (Art. 19 Abs. 3 GG)
- *siehe auch* Vereinigungsfreiheit (Art. 9 Abs. 1 GG)
- Abgrenzung zur Berufsfreiheit 425–427
- Abgrenzung zur Vereinigungsfreiheit 425–427
- Herleitung 426, 486, 830

- Unionsgrundrecht (Art. 16 GrCh) 425, 453–454, 486

Unternehmenssteuerrecht

- *siehe auch* Einkommensteuerrecht
- *siehe auch* Gesellschaften (zivilrechtlich)
- *siehe auch* Gewerbesteuerrecht
- *siehe auch* Kapitalgesellschaften
- *siehe auch* Körperschaftsteuerrecht
- *siehe auch* Personengesellschaften
- *siehe auch* Steuerrecht
- *siehe auch* Umsatzsteuerrecht
- Dualismus der Unternehmensbesteuerung 686, 707–712, 719, 830
- Gesellschaftsbesteuerung 680–686, 707–712, 712–714, 719–729
- Umwandlungssteuerrecht 694, 709, 714, 735
- Unternehmensumstrukturierungen 675, 694, 735–736

Verantwortung 231–239

- *siehe auch* Sonderabgaben
- *siehe auch* Steuerstaatsprinzip
- Begriff 231–234
- Begünstigter 236, 238–239, 615–616
- Beziehungsgeflecht 234–236
- Gegenstand 235–236, 238, 615
- Individualbezogenheit 237–239
- Polizei- und Sicherheitsrecht 362, 807
- rechtliche Dimension 236–237
- Sozialrecht 348–351, 779–784
- Steuerrecht 322–326, 672–674, 690–693
- Träger 235, 237–238, 614–615
- Überindividualbezogenheit 378, 613–616
- Wirtschaftsverwaltungsrecht 367–368

Verbände 127–128

- *siehe auch* Parteien, politische
- *siehe auch* Vereinigungsfreiheit (Art. 9 Abs. 1 GG)
- Bedeutung für politisches System 418–419
- Einordnung als „Personenmehrheit“ 127–128

Vereinigungsfreiheit (Art. 9 Abs. 1 GG) 417–427

- *siehe auch* Doppelgrundrechte
- *siehe auch* Grundrechte

- *siehe auch* Kommunikationsgrundrechte
- *siehe auch* Institutsgarantie
- allgemein 417–427
- Bedeutung der Grundrechtsträgerschaftserweiterung (Art. 19 Abs. 3 GG) 420–421
- Doppelgrundrecht 420–421, 429
- Institutsgarantie 422–424
- Kommunikationsgrundrecht 410–411, 418
- Vereinigung 422–425

Verfahrensrecht 241–245

- dienendes Recht 241–242, 328, 351, 363, 368, 378, 738, 792, 837
- effektiver Rechtsschutz (Art. 19 Abs. 4 GG) 243
- Fachgerichte 243–244
- Gerichtsverfahren 243–245, 379–380
- Gesetzgebungsverfahren 241, 378–379
- Individualbezogenheit 241–245
- internationale Gerichte 244–245
- Polizei- und Sicherheitsrecht 363
- Rechtsstaatsprinzip 209
- Sozialrecht 351–352, 792–793
- Steuerrecht 328–329, 738–739
- Überindividualbezogenheit 378–380
- Unionsgerichte 244–245
- Verfahrensgrundrechte 217, 242
- Verfassungsgerichte 244
- Verwaltungsverfahren 242–243, 379–380
- Wirtschaftsverwaltungsrecht 368, 837

Verfassungsänderung

- *siehe auch* Menschenwürdegarantie
- *siehe auch* Verfassungswandel
- Ewigkeitsklausel 176, 206–207
- Grundrechte 176

Verfassungsrecht

- *siehe auch* Auslegung
- *siehe auch* Grundrechte
- *siehe auch* Staatsgewalt
- *siehe auch* Staatsstrukturmerkmale und Staatszielbestimmungen
- Grund für individualrechtliche Prägung der Rechtsordnung 9–10, 19, 146, 373
- inhaltliche Weite, Offenheit, Unbestimmtheit 6, 177
- Menschenbild des Grundgesetzes 396–398

- Verhältnis zum einfachen Recht 8–9, 168–169

Verfassungswandel

- *siehe auch* Verfassungsänderung
- Wandel der Lebenswirklichkeit 502, 510–511, 519–520

Verfestigung, rechtliche 65–68

- *siehe auch* Abgrenzungskriterien
- *siehe auch* „Personenmehrheiten“
- *siehe auch* Verselbständigung, rechtliche
- Gründe 65–67
- Quellen und Qualität 67–68, 70–71
- öffentliches Recht 70–71
- Verhältnis zu Abgrenzungskriterien 68–71
- Verhältnis zu rechtlicher Verselbständigung 75
- Verpflichtung zur Schaffung von Regelungen über rechtliche Verfestigung 71–72
- Zusammenhang von konzeptioneller Überindividualbezogenheit der Grundrechte und rechtlicher Verfestigung von „Personenmehrheiten“ 589–592

Versammlungsfreiheit (Art. 8 GG)

- 410–413
- *siehe auch* Grundrechte
- *siehe auch* Grundrechtsträgerschaftserweiterung (Art. 19 Abs. 3 GG)
- *siehe auch* Kommunikationsgrundrechte
- *siehe auch* Versammlungsrecht
- allgemein 410–413, 814–816
- Begriff der „Versammlung“ 814
- virtuelle Versammlungen 816

Versammlungsrecht

- *siehe auch* Polizei- und Sicherheitsrecht
- *siehe auch* Versammlungsfreiheit
- Begriff der „Versammlung“ 814
- Durchführung von Versammlungen 814–816
- Gesetzgebungskompetenz 814
- Leiter 815
- Maßnahmen 815
- Verhältnis zum Allgemeinen Persönlichkeitsrecht (Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG) 815

- Verhältnis zu rechtlicher Verselbständigung 75
- Verhältnis zum allgemeinen Polizei- und Sicherheitsrecht 814
- virtuelle Versammlungen 816

Verselbständigung, rechtliche 72–79

- *siehe auch* Mitglieder einer „Personenmehrheit“
- *siehe auch* Verfestigung, rechtliche
- Gründe 73–74
- öffentliches Recht 74–75, 89–91
- Quellen und Qualität 74–75
- Rechtspersönlichkeit 75–76
- Verhältnis zu rechtlicher Verfestigung 75
- Verpflichtung zur Schaffung von Regelungen über rechtliche Verselbständigung 76–77

Virginia Declaration of Rights (auch: Virginia Bill of Rights) (1776)

- Grundrechte 171, 175, 176
- Staatszweck 159

Völkerrecht

- *siehe auch* Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK)
- *siehe auch* Grundrechte
- Grundrechte 166–167, 454
- Individualbezogenheit 166–167, 202
- Staatlichkeit 155–156
- Überindividualbezogenheit 454

Vorzugslasten

- *siehe auch* Beiträge
- *siehe auch* Finanzverfassungsrecht
- *siehe auch* Gebühren
- *siehe auch* Sonderabgaben
- *siehe auch* Steuerrecht
- *siehe auch* Steuerstaatsprinzip

Weimarer Reichsverfassung (WRV)

- Grundpflichten 186, 188
- Grundrechte 172, 173
- Leistungsfähigkeitsprinzip 289–290
- Religionsgemeinschaften 128–132, 488
- Steuerstaat 188, 324, 690

Wesensgehalt der Grundrechte (Art. 19 Abs. 2 GG)

- *siehe auch* Auslegung
- *siehe auch* Grundrechte

- Grenze der Auslegung 552–553
- Grundpflichten 186

Wettbewerb

- *siehe auch* Konkurrenz
- *siehe auch* Wirtschaftsverwaltungsrecht
- allgemein 135–137
- Wettbewerbs- und Kartellrecht 837–838

Widerspruchsfreiheit der Rechtsordnung

- *siehe auch* Leistungsfähigkeitsprinzip
- Leistungsfähigkeitsprinzip 298–299
- Verhältnis von sozial- und steuerrechtlichen Regelungen 765–765

Widerstandsrecht

- *siehe auch* Ungehorsam, ziviler
- allgemein 112

Wirtschaftsordnung

- *siehe auch* Rechtsordnung
- *siehe auch* Schutzdefizite, grundrechtliche
- Bezugspunkt zur Begründung des „Mehrerts“ von „Personenmehrheiten“ 528–531, 539–540
- wirtschaftspolitische Neutralität des Grundgesetzes 528–531

Wirtschaftsverwaltungsrecht 363–370, 822–838

- *siehe auch* Berufs- und Wirtschaftskammern
- Bankenaufsichtsrecht 833
- Begriff 363–364
- Berufs- und Wirtschaftskammern 368–370, 834–836
- einfaches Recht 364, 364–365, 822–823
- Familienverband 824–825
- freie Berufe 832
- Grundrechte 365–367, 830, 830–831

- Individualbezogenheit 363–370
- Lastengleichheit 366, 830
- Leistungsfähigkeit 366–367, 835–836
- Mitgliedschaft in „Personenmehrheit“ 823–825
- „Personenmehrheiten“ als Adressat wirtschaftsverwaltungsrechtlicher Regelungen 825–836
- Rechtsstaatsprinzip 367
- Sach- bzw. Systemgerechtigkeit 366
- Typisierungen 366
- Überindividualbezogenheit 822–838
- Verfahrensrecht 368, 837
- verfassungsrechtliche Vorgaben 365–367
- Versicherungsaufsichtsrecht 833–834
- Wettbewerbs- und Kartellrecht 837–838

Zivilgesellschaft, *siehe* Gesellschaft und Zivilgesellschaft

Zivilrecht

- Bedeutung für das Sozialrecht 331–333, 741–742
- Bedeutung für das Steuerrecht 252–253, 256, 649–650
- Begriff 87
- Internationales Privatrecht 253, 256, 333, 338

Zurechnungsentscheidungen, steuerrechtliche 268–269

- *siehe auch* Individualbesteuerungsgrundsatz
- *siehe auch* Leistungsfähigkeitsprinzip
- *siehe auch* Steuerrecht
- Begriff 268–269
- Leistungsfähigkeitsprinzip 302–305
- Überindividualbezogenheit 697–701

Zusammenfassung (Thesen) 839–851